

2024

Historisches Institut der Universität Bern

*Berner* Historische Mitteilungen



41. Jahrgang/2024

Redaktion:

Sandra Brander

Administration:

Gabriele Jordan, Sandra Brander, Daniel Marc Segesser

Herausgegeben vom

Historischen Institut der Universität Bern

Länggassstrasse 49

3012 Bern

Tel.: 031 684 39 45

<http://www.hist.unibe.ch/forschung/publikationen/behmi>

© 2025 by Historisches Institut der Universität Bern

ISSN 1660-1904

## *Editorial*

Seit dem vergangenen Jahr hat das fünfte Jahrzehnt der Berner Historischen Mitteilungen (BeHMi) begonnen. Waren es in den Anfängen 2–3 Dissertationen und 6 – 8 Lizentiatsarbeiten pro Jahr, sind es für 2024 stattliche 6 Dissertationen und 28 Masterarbeiten, deren Ergebnisse Absolventinnen und Absolventen unseren Leserinnen und Lesern präsentieren. Die Abstracts zeigen auf, zu welch vielfältigen Themen Doktorandinnen und Doktoranden sowie Masterstudierende neue Ergebnisse zu Tage gefördert haben.

Das positive Echo, welches uns seit nun mehr als 40 Jahren immer wieder erreicht hat, bestärkt uns darin, die Herausgabe der BeHMi weiterhin mit grosser Sorgfalt weiterzuführen. Sie sind auch ein Grund für ein grosses Dankeschön an all diejenigen Kolleginnen und Kollegen im Institut, die das Erscheinen der BeHMi weiterhin möglich machen. 2024 verfügten viele Arbeiten über einen Bezug zur Schweiz, verknüpfen diesen aber vielfach mit Entwicklungen ausserhalb: so in Afrika, Osteuropa oder Portugal. Alltags-, regional- und geschlechtergeschichtliche Arbeiten sind ebenso vertreten wie solche zur Medizin-, Umwelt-, Sozial-, Kultur-, Militär-, Münz-, Politik-, Sport-, Raum-, Technik-, und Migrationsgeschichte sowie Arbeiten zu Themen wie Krieg und Gewalt. Zeitlich reichen sie wieder von der Antike über das Mittelalter und die Frühe Neuzeit bis zur Gegenwart. Besondere Erwähnung verdienen zwei Arbeiten, die sich einerseits aus dem Bereich der Medizingeschichte mit dem medizinisch-ethischen Diskurs in der Schweiz zwischen 1969 und 2014 und andererseits mit körpergeschichtlichen Rezeptionen in digitalen Spielen beschäftigten. Sie sind ein gutes Beispiel dafür, welche spannenden Themen Doktorierende und Studierende am Historischen Institut der Universität Bern bearbeitet haben und auch weiterhin bearbeiten können. Dass wir Ihnen als Leserinnen und Lesern der Berner Historischen Mitteilungen damit zeigen können, welche Innovationskraft von unseren Absolventinnen und Absolventen ausgeht, freut uns als Institut sehr und wir danken allen Autorinnen und Autoren herzlich dafür, dass sie ihre Einsichten an dieser Stelle teilen und unsere Nachfragen immer freundlich beantwortet haben.

Viele in dieser Nummer vorgestellte Arbeiten sind in der Universitätsbibliothek einsehbar. Auf der [Homepage](#) lassen sich ältere Exemplare der BeHMi zudem kostenlos herunterladen. Verweise zu geplanten Publikationen finden sich jeweils im Schlussteil der vorliegenden Zusammenfassungen. Einzelne speziell gute Arbeiten werden auch im Open Access Verfahren in den verschiedenen Reihen der Berner Studien zur Geschichte publiziert. Eine ganze Reihe von Arbeiten aus den vergangenen Jahren finden sich nun unter [Berner Studien zur Geschichte](#). Deren Zahl wird immer grösser.

Ein grosser Dank für ihr präzises Arbeiten geht dieses Jahr an Sandra Brander. Ihrer engagierten und präzisen Arbeit verdankt diese Ausgabe mehr als was sich in Worte fassen lässt. In verdankenswerter Weise hat auch dieses Jahr meine Hilfsassistentin Vanja Nikic das Korrekturlesen übernommen und die Administration der BeHMi blieb in den bewährten Händen von Gabriele Jordan. Auch die Erstellung dieser Ausgabe war eine Teamleistung: Merci viu mau! Wie gut diese Zusammenarbeit funktioniert, zeigte auch im vergangenen Jahr, wie häufig das Team gemeinsam lachen konnte.

Bern, im Juni 2025

Daniel Marc Segesser  
Studienleiter und Mitarbeiter der Geschäftsführung



## Inhaltsverzeichnis

### Dissertationen

VERA BLASER

Expertise herausfordern – Partizipation erkämpfen

Gehörlosigkeit, Bildung und Beruf in der Deutschschweiz, 1980er und 1990er Jahre .....6

IZEL DEMIRBAS

La fabrique du scientifique moral

Le discours médico-éthique sur la recherche médicale en Suisse entre 1969 et 2014 .....8

CHRISTOPH HERTNER

Kontinuität in Zeiten des Wandels?

Kollektivbiografie des Schweizerischen Generalstabskorps, 1967–1994 ..... 10

KATRIN KELLER

adresse, capacité et crédit

Der Bündner Soldatendienstoffizier Peter Stuppa (1619–1701) als Schlüsselfigur in den französisch-eidgenössischen Beziehungen unter Ludwig XIV. .... 12

JANNIK LENGELING

Verschörungstheorien in der späten römischen Republik ..... 14

YVONNE SCHÜPBACH

Perfekte Performanz

Geschlechter- und körperhistorische Perspektiven auf das Frauenkunstturnen in der Schweiz 1949–1985 ..... 16

### Masterarbeiten

SABRINA SOPHIE ALTHAUS

„Revisionistische“ Reaktionen auf den Irving-Lipstadt-Prozess

Wissenschaftsselbstverständnis und Abgrenzung eines „Denkkollektivs“ ..... 19

YVES BERSET

Von „germanischen Warägerfürsten“ und „buntvölkischen Kosaken“

NS-Narrative zum ukrainischen historischen Erbe ..... 20

ADRIANA BEYELER

Instrumentalisierung, Fiktionalisierung, Desinteresse

Die Darstellung der ‚Anarchie‘ in der englischen Chronistik zwischen dem Ende des 12. Jahrhunderts und dem ausgehenden 14. Jahrhundert ..... 21

NICK-NOAH BORTOT

Das Kadettenkorps Aarau

Das Kadettenwesen als Transfermedium zwischen Militär, Schule und Gesellschaft ..... 23

MARTIN ALOIS BÜRGISSER

Von Kündigungen und freundlichen Einladungen den Betrieb nun zu verlassen

Die Situation der (ehemaligen) Arbeiter der W+F Bern in den Jahren 1918 und 1919 ..... 24

ERNST HEINRICH BÜTIKOFER Der schweizerische Bundesstaat von 1848 und seine Aussenbeziehungen in den Jahren 1848 bis 1872 mit besonderer Berücksichtigung von Frankreich .....	25
SERAINA CAMPELL Die Entwicklung des portugiesischen Vereinswesens im Oberengadin Das Vereinsleben aufgearbeitet in Zusammenhang mit den Migrationserfahrungen der Mitglieder seit den 1980er Jahren .....	26
CAROLE FREIBURGHHAUS Kindheit und Sexualität in der Römischen Antike Akzeptanz und Verurteilung von sexuellen Kontakten zu Kindern .....	27
JANNICK FUX Raumübergreifende Visionen, Naturbezwungung und Technikkult Die Einflüsse technischer Entwicklungen auf das russische Raumverständnis der Jahre 1900 bis 1925 .....	29
MARLON GATTIKER Die „stille Epidemie“ in Schweizer Tageszeitungen Eine historische Diskursanalyse der Wahrnehmungen von Hepatitis C .....	30
CORINA HALLER Der Niedergang der aargauischen Stroh- und Hutgeflechtindustrie im aargauischen Freiamt - Ein Oral History-Projekt Zeitzeug:innen erzählen über die Freiämter „Strauindustrie“ .....	32
LEONARD KIENER Der Münzhortfund von Bubendorf .....	33
TOBIAS KÜNG Vom Erdölpreisschock zum Energieartikel Die Debatte zum Energiesparen in der Schweiz 1970 bis 1990 .....	34
JAN PETER LANG Swiss Medical Unit (1989–1990) Ein friedenserhaltender Einsatz im Spannungsfeld zwischen EDA und EMD .....	36
MICHAEL MINDER Dribbling an der Grenze Die Entwicklung des schweizerischen Fussballsports während des Ersten Weltkriegs .....	37
ALLIYA AHMAD OPPLIGER „Have never been there and don't want to“ Die Repatriierungspolitik durch die Alliierten im Spiegel der Child Search Branch Akten und die Repatriierung jugoslawischer Kinder .....	38
JANA BERNADETTE RIEDER Schnittstellen weiblicher und männlicher religiöser Gesellschaften Das Beispiel der Freiburger Ursulinen und Jesuiten.....	39

MARVIN RODRIGUEZ	
Auswirkungen erinnerungskultureller Institutionen auf die Vergangenheitsaufarbeitung der lokalen Bevölkerung – Fallbeispiel Gailingen .....	40
NICOLA SCHIESS	
Von der Schweiz an die Ostfront	
Die Erfahrungen der Teilnehmenden der dritten und vierten Ärztemission 1942/43 .....	41
AVA-KATHARINA SCHRÖDER	
Mehr als Völkermord und antifaschistischer Widerstand	
Die Darstellung der systematischen Judenverfolgung und -vernichtung in der historischen Kinder- und Jugendliteratur der DDR von 1949 – 1990 .....	42
MARC ANDRÉ SIEGENTHALER	
Antike aus Polygonen	
Körpergeschichtliche Rezeptionen in digitalen Spielen .....	43
JOEL SOLLBERGER	
Weibliches Exil	
Drei jüdische Frauen aus Wien und die Schweizer Flüchtlingspolitik von 1938 bis 1955.....	45
NORA STAMPBACH	
„For Pleasure and Instruction“	
Kew Gardens als öffentlicher Freizeitort, 1841 – 1885 .....	46
JULIA THERESIA STUCKI	
Akteur:innen, die Menschlichkeit vor Gesetzlichkeit stellten?	
Eine Analyse der Strafverfolgung von Fluchthelfenden im St. Galler Rheintal 1938 – 1940...	47
SINA MARGRITH THÖNY	
Im besten Interesse des Kindes?	
Machtverhältnisse bei den internationalen Adoptionen Alice Honeggers unter der Privaten Mütter- und Kinderfürsorge von 1953 bis 1964 .....	48
ISABEL VOLLMER	
Wertvolle Kälte	
Der kommerzielle Eisabbau an den Grindelwaldgletschern und in Strättligen am Thunersee	50
RAPHAEL WALKER	
Geistliche Mobilität im Bistum Basel	
Der niedere Klerus in den Dekanaten Sisgau und Frickgau von 1460 bis 1490.....	51
MIRJAM WIEDEMAR	
„Wieder ein Kind gerettet“	
Diskursive Muster zur Verschleierung von kommerziellen Marktlogiken in den Adoptions- dossiers von Alice Honegger .....	52



Vera Blaser

## **Expertise herausfordern – Partizipation erkämpfen**

Gehörlosigkeit, Bildung und Beruf in der Deutschschweiz, 1980er und 1990er Jahre

Dissertation bei Prof. em. Dr. Brigitte Studer und PD Dr. Sonja Matter

Noch bis ins letzte Drittel des 20. Jahrhunderts wurden gehörlose Menschen in der Schweiz – ebenso wie in anderen Ländern – von der Gesellschaft und von Fachpersonen der Gehörlosenarbeit als schwer behindert und nur bedingt in die hörende Mehrheitsgesellschaft integrierbar wahrgenommen. Im Kontrast dazu versteht sich heute eine Mehrheit der gehörlosen Personen als Mitglied einer gebärdensprachlich kommunizierenden kulturellen Minderheit: als «Betroffene» beteiligen sie sich an politischen Debatten und sind beruflich in der Gehörlosenarbeit tätig.

Die Dissertation setzt an dieser Diskrepanz an und fragt danach, welche Faktoren dazu beitragen, dass sich ab den späten 1970er Jahren in der Deutschschweizer Gehörlosengemeinschaft Kritik an den etablierten institutionellen Machtstrukturen im Gehörlosenwesen zu formieren begann. Der Fokus liegt auf der Frage, wie sich gehörlose Menschen Zugänge zu politischer Mitsprache sowie zu Ausbildungen im Feld der Sozialen Arbeit und der Gebärdenspracharbeit erkämpften. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf den Akteur:innen und den Konstellationen, die diese Veränderungen ermöglichten. Die Analyse erforderte ein multiperspektivisches Vorgehen und den Einbezug eines heterogenen Quellenkorpus: So stützt sich die Studie auf schriftliche Quellen aus sieben öffentlichen und privaten Archiven sowie audiovisuelle und publizierte schriftliche Quellen der institutionellen Akteure. Einen gewichtigen Teil des Korpus stellen die 25 Oral History Interviews dar, welche die Verfasserin mit Aktivist:innen der Gehörlosenbewegung, gehörlosen Fachpersonen der Sozialen Arbeit und Gebärdenspracharbeit sowie hörenden Unterstützer:innen der Emanzipationsbestrebungen der Gehörlosen geführt hat. Das Material wird gemäss der akteurszentrierten systematisch-rekonstruktiven Hermeneutik in ver-

schiedene strukturelle Zusammenhänge eingeordnet und mit verschiedenen Forschungsfeldern in Dialog gebracht.

*Erstens* zeichnet die Autorin die Formierung der Gehörlosenemanzipationsbewegung seit den späten 1970er Jahren in der Schweiz nach und verortet diese im Kontext der gesellschaftlichen Demokratisierungs- und Pluralisierungstendenzen nach 1968, die sukzessive auch «an den Rändern der Gesellschaft» zu mobilisieren vermochten. Die Aktivist:innen der Gehörlosenbewegung, die in engem Austausch mit anderen Emanzipationsbewegungen im In- und Ausland standen, politisierten die marginale gesellschaftliche Stellung gehörloser Menschen: Sie forderten den hegemonialen Expertiseanspruch hörender Fachleute heraus und stellten das eklatante Machtgefälle zwischen Hörenden und Gehörlosen in der Gehörlosenarbeit in Frage. Die Kritik an der oralen Gehörlosenschulung, die auf Anpassung an die kommunikative Norm der hörenden Mehrheitsgesellschaft abzielte und die Gebärdensprache systematisch abwertete, und an den begrenzten beruflichen Perspektiven sowie die Forderung nach umfassender Teilhabe Gehörloser im Gehörlosenwesen stellten zentrale politische Schwerpunkte der Gehörlosenbewegung dar. Erst durch die Politisierung der Lage gehörloser Menschen unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit wurde Gehörlosigkeit als soziale Kategorie der Ungleichheit fassbar und ungleiche Zugangschancen im Bildungskontext als Unrechts- respektive Barriereerfahrungen sichtbar.

*Zweitens* untersucht die Dissertation auf einer verbandspolitischen Ebene, wie im Zuge der Politisierung der Gehörlosenbewegung neue Bildungsperspektiven für gehörlose Personen in der Gebärdenspracharbeit sowie in der Sozialen Arbeit entstanden. Dabei zeigte sich, dass die Zusammenarbeit und die Allianzen zwischen Expo-

nennt:innen der Gehörlosenselbst- und -fachhilfe eine zentrale Voraussetzung dafür waren, dass gehörlose Personen in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren neue Möglichkeiten der beruflichen Teilhabe im Gehörlosenwesen erringen konnten. Zwischen den politischen Forderungen der Aktivist:innen der Gehörlosenbewegung einerseits und den fachlichen Haltungen kritisch-reflektierter Professioneller aus der Sozialen Arbeit und der Pädagogik andererseits, entstanden produktive Wechselwirkungen, die zu einem schrittweisen Wandel in der Gehörlosenarbeit führten. Im Zuge dessen wurde das verkörperte Erfahrungswissen Gehörloser zu einer Ressource für die Arbeit mit Gehörlosen umgedeutet, was auch einen Wandel hinsichtlich der Auffassung von Expertise über Gehörlosigkeit bedeutete. So entstanden in den 1980er Jahren für gehörlose Personen neue Bildungszugänge in der Sozialen Arbeit und der Gebärdenspracharbeit sowie Nischen der professionellen Teilhabe innerhalb des Gehörlosenwesens, die es ihnen ermöglichten, Mitsprache und Deutungshoheit zu erhalten. Insbesondere die Perspektive auf die Soziale Arbeit als Wirkungsfeld für gehörlose Personen ist auch im internationalen Vergleich ein neues Forschungsfeld, das gleichsam zur Geschichte partizipativer Ansätze in der Sozialen Arbeit beiträgt. Die Darstellung der Aushandlungsprozesse über die Mitarbeit Gehörloser im Gehörlosenwesen trägt zum Verständnis von Behinderung als historisch wandelbare und kontingente Kategorie bei und beleuchtet, wie sich im Zuge der Emanzipationsbestrebungen der Gehörlosen ein kulturell-sprachliches Konzept von Gehörlosen als gesellschaftliche Minderheit in der Deutschschweiz zu etablieren begann.

*Drittens* nimmt die Dissertation die Bildungs- und Berufsbiographien einer ersten Generation gehörloser Fachpersonen im Gehörlosenwesen in den Blick: Der Fokus auf die erinnerten Erfahrungen der gehörlosen Interviewpartner:innen erlaubt differenzierte Einblicke in Ein- und Ausschlusserfahrungen gehörloser Personen in ihrem Bildungs- und Berufsweg, die durch die orale

Methode der Gehörlosenschule und das Paradigma der beruflichen Eingliederung der Eidgenössischen Invalidenversicherung (IV) geprägt waren und trägt so zu einer Wirkungsgeschichte der IV bei. Die Perspektive der Betroffenen ist in Quellen zur Sozial- und Sozialstaatsgeschichte oft unterrepräsentiert. So gilt auch für die Forschung zur IV, dass die Perspektive der betroffenen Leistungsbezüger:innen bislang kaum untersucht worden ist. Die erinnerten Erzählungen der gehörlosen Interviewpartner:innen zeugen von langfristigen und persistenten negativen Auswirkungen von Diskriminierungen und Ausschlusserfahrungen durch die lautsprachliche Schulung in den Gehörlosenschulen und stereotype Zuschreibungen im Berufswahlprozess. Die Möglichkeit, aktivistisch und insbesondere auch beruflich im Gehörlosenwesen tätig zu sein, hatte hingegen eine emanzipatorische Funktion für die gehörlosen Interviewpartner:innen. Als heuristisch nützlich erwies sich dabei das Konzept des Audismus, verstanden als Effekt pädagogischer Praktiken und stereotypisierter Zuschreibungen über die eingeschränkten Fähigkeiten und Chancen gehörloser Menschen, die ungleiche berufliche und allgemein gesellschaftliche Zugangschancen legitimieren und normalisieren. Der IV ist insgesamt eine ambivalente Wirkung zu attestieren: Zum einen stärkte das in der IV-Gesetzgebung verankerte Paradigma der beruflichen Eingliederung von Menschen mit Behinderungen den lautsprachlichen Schulungsansatz der Gehörlosenschulen und stabilisierte eine Berufseingliederungspraxis, die mit eklatanten Ausschlüssen einher ging. Gleichzeitig profitierte die Gehörlosenselbsthilfe – allen voran der Schweizerische Gehörlosenbund – ab den späten 1980er Jahren von Subventionen der IV. Diese kamen Projekten zugute, die gehörlosen Personen neue Berufsperspektiven im Gehörlosenwesen eröffneten, und zur Professionalisierung der Gehörlosenselbsthilfe beitrugen. So wirkte die IV indirekt auch fördernd auf die Emanzipationsbestrebungen gehörloser Menschen.



## **La fabrique du scientifique moral**

Le discours médico-éthique sur la recherche médicale en Suisse entre 1969 et 2014

Dissertation bei Prof. Dr. Hubert Steinke

Diese Dissertation befasst sich mit der Geschichte der Ethik der (bio-)medizinischen Forschung in der Schweiz zwischen 1969 und 2014. Sie stützt sich hauptsächlich auf die Archive der 1943 in Basel gegründeten Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW) sowie auf deren Austausch mit politischen Akteur:innen. Die Arbeit zeichnet die Geschichte der Problematisierung der Ethik und des Aufbaus des medizinisch-ethischen Diskurses im Zuge der gesellschaftlichen Kontroversen um bestimmte Praktiken nach. Um die Schweizer Geschichte der Fabrikation von Ethik in der medizinischen Forschung zu untersuchen, fragt die Arbeit nach den Akteuren, die sie gestaltet haben, und verfolgte dabei drei Forschungsschwerpunkte.

Der Erste fragt nach der Natur des medizinisch-ethischen Wissens: Beruht es auf einer rein medizinischen und wissenschaftlichen Rhetorik oder integriert es - und nach welchen Kriterien - Elemente des Denkens ausserhalb der medizinischen Disziplin? Der zweite Schwerpunkt untersucht die Institutionen und Akteure, die an den Entscheidungen darüber beteiligt waren, was im Hinblick auf experimentelle Praktiken richtig oder ethisch und was ungerechtfertigt sei. Der dritte Schwerpunkt schliesslich fragt nach externen Einflüssen: Inwieweit haben medizinische Skandale einen Einfluss auf die Entwicklung ethischer Regeln? Folgen die Debatten dem Verlauf der technologischen und medizinischen Entwicklungen, die nach und nach neue moralische Dilemmata aufwerfen würden?

Die Hauptthese der Doktorarbeit war, dass der Diskurs über Forschungsethik in medizinischen Kreisen stattfand, die gegenüber gesellschaftlichen Kontroversen abgeschottet waren. Dieser Diskurs wurde anhand wissenschaftlicher Bezugspunkte und einer wissenschaftlichen Sprache im Sinne des Denkens der Historikern Steven Shapin und Simon Schaffer dekliniert; es trug dazu bei, eine Entität des ‚Laien‘ zu formen, dessen medizinisch-ethisches Wissen als nicht-authentisch galt. Eine Alterisierung der beruflichen und

gesellschaftlichen Kategorien, die als die ‚Anderen‘ der Medizin und der Wissenschaft betrachtet wurden. Die vorliegende Arbeit stützt die These, dass Erfahrungswissen, wie von der Historikerin Joan Scott vorgeschlagen, erst seit Ende der 2000er-Jahre im medizinisch-ethischen Diskurs berücksichtigt wurde. Dies wurde durch eine Dezentrierung des ethischen Subjekts möglich, die auf den zunehmenden Einfluss der Pflegeethik auf die Forschungsethik zurückzuführen ist.

In diesem Rahmen wurden drei historische Perioden identifiziert: Die erste Phase ab 1969, d. h. ab der ersten Arbeitsgruppe, die sich mit der Erstellung von Forschungsrichtlinien befasste, dauerte bis 1979. Es handelt sich um eine Zeit, in der intern die damals identifizierten „Problemen“ der medizinischen Forschung behandelt wurden, nach dem Vorbild dessen, was von Historikern als Club-Regulierung beschrieben wurde. Insbesondere, wie die Historikerin Noortje Jacobs vorgeschlagen hatte, geschah dies im Sinne eines selbsterklärten epistemischen Ideals. In den Sitzungen, in denen 1969 die ersten Richtlinien verfasst wurden, wird zum Beispiel eines Verstosses der Einwilligungserklärung durch die Forscher gesprochen, die damit begründet wird, dass der ‚Laien‘ manchmal nicht verstehen könne, worum es bei der Forschung gehe. Der Verstoss wird durch das, was als „seit langem etablierte Praxis“ beschrieben wird, sowie durch Interessen im Zusammenhang mit dem medizinischen Fortschritt gerechtfertigt. Darüber hinaus ist festzustellen, dass der Art und Weise, wie die Richtlinien formuliert werden, besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird, und zwar um die „Psychologie“ der ‚Laien‘ nicht zu verletzen. Es wird auf der Ebene der verwendeten bzw. verwendbaren Sprache zwischen Wissenschaftlern und ‚Laien‘ unterschieden.

Die zweite identifizierte Phase ist gekennzeichnet durch das, was die Anthropologin Marilyn Strathern als „Audit-Kultur“ bezeichnete hat: eine Selbstverantwortung der Forscher angesichts externer Kontroversen. Anfang der 1980er-Jahre wurde die Forschung an Tieren und Embryonen

von Skandalen um einen Fall von Wissenschaftsbetrug und Vorwürfen grausamer Forschungspraktiken schwer getroffen. Für die Mitglieder der SAMW, muss die Forschung nun Sinn ergeben und moralisch gerechtfertigt sein, indem sie über rein wissenschaftliche Interessen hinausgeht. Die Wissenschaftlichkeit wurde dabei stark betont und eng mit der aufkommenden Prüfungskultur verknüpft. Was moralisch war, galt als gleichbedeutend mit wissenschaftlicher Qualität. Ethik wurde zu einem Qualitätsmerkmal, jedoch nur, solange sie praktikabel blieb und nicht das Risiko eines „Exodus der Forschung ins Ausland“ heraufbeschwor.

Ab der Regelung der Interkantonalen Kontrollstelle für Heilmittel im Jahr 1993 und den verschiedenen Volksinitiativen, die sich in den 1990er-Jahren direkt auf die Forschung auswirkten, nahmen Vertreter der Rechtswissenschaften und der Pflege nach und nach Einsitz in die Kommissionen der SAMW. Dies ist die dritte identifizierte Phase. Die Relevanz und der potenzielle Nutzen der Forschung für die Therapie begannen nun mobilisiert zu werden, um bestimmte Praktiken zu rechtfertigen. Die „therapeutische Wende“ in einem Diskurs, der den Fokus auf die klinischen Anwendungen der Forschung legt, wird insbesondere genutzt, um die Forschung an menschlichen Stammzellen zu legitimieren. Dabei handelt es sich um einen zukunftsgerichteten Diskurs, der gezielt eingesetzt wird, um bestimmte Verbote aufzuheben. Der praktische Leitfaden von 2009 sowie die Arbeit der Subkommission für Therapiestandards, ein gemeinsames Projekt der Akademie und der Schweizerischen Patientenorganisation, illustrieren den Übergang zu einer neuen Form der Medizinethik. Im Kontext dessen, was in der Literatur als „Konstruktion der Partizipation“ beschrieben wird, bemühen sich die Mitglieder der Akademie, ein Modell partizipativer Forschung zu entwickeln, bei dem das Subjekt zunehmend als „Teilnehmer“ definiert wird.

Die Archive zeugen jedoch von einem gewis-

sen Widerstand der medizinischen Kreise gegen die verschiedenen Eingriffe in das medizinische *ethos*. Es zeigt sich, dass die Debatten immer von wissenschaftlichen Bedenken geleitet wurden. Selbst wenn einige Berufe, die der medizinischen Disziplin nahe stehen, in die Kommissionen integriert wurden, war dies bei den Betroffenen, d. h. Patienten und Forschungssubjekte, nicht der Fall. In einigen Debatten – insbesondere über Therapiestandards – sollte die Akademie 2011 versuchen, einen bestimmten medizinisch-ethischen Jargon angesichts der Gefahr einer rechtlichen Überregulierung der therapeutischen Freiheit des Arztes durchzusetzen.

Abschliessend lässt sich anhand dieser Arbeit feststellen, dass eine Ethik, die nach einem deontologischen Modell konzipiert ist, trotz der Einführung eines rechtlichen Rahmens für bestimmte Fragen fortbesteht. Es zeigt sich, dass die Ethik in einer Sprache formuliert wurde, die sich auf ein Wertesystem bezieht, das einem hegemonialen medizinischen Ethos unterliegt. Die Wahrnehmung der Betroffenen wurde dabei systematisch ausgeschlossen, da ihr Wissen als nicht-expertenbasiert und somit nicht-authentisch betrachtet wurde. Infolgedessen sind die ethischen und bürokratischen Instrumente, die eingeführt wurden, um das Vertrauen der Bevölkerung zu gewährleisten – Instrumente, die einige Soziologen als Mikromanagement beschrieben haben – nicht in Werte und Wahrnehmungen von 'Laien' übersetzbar. Drittens kann diese Arbeit eine Kontinuität in der Verbindung zwischen Forschungsethik und wirtschaftlichen Interessen nachweisen, was auf einen kollektiven und vielschichtigen Aspekt der Herstellung medizinischer Ethik hindeutet, die sich letztlich rein wissenschaftlichen Herausforderungen entzieht.

Veröffentlichung der Dissertation voraussichtlich im Frühjahr 2026 bei den Éditions BHMS, CHUV-UNIL, Lausanne.



## **Kontinuität in Zeiten des Wandels?**

Kollektivbiografie des Schweizerischen Generalstabskorps, 1967–1994

Dissertation bei PD Dr. Daniel Marc Segesser und PD Dr. Carl Alexander Kretlow

Die vorliegende Studie untersucht die soziodemografische Zusammensetzung und Veränderung des Schweizerischen Generalstabskorps zwischen 1967 und 1994. Methodisch angelegt als Kollektivbiografie, werden die soziodemografische Merkmale der untersuchten Personen quantitativ analysiert und mit gesellschaftlichen Daten und Entwicklungen verglichen. Dabei analysiert der Autor das „Profil“ der neu in den Generalstab eintretenden Offiziere – ihre regionale und soziale Herkunft, ihre militärische Einteilung, die politische und konfessionelle Zugehörigkeit und ihre Ausbildung und berufliche Tätigkeit – sowie dessen Veränderung im untersuchten Zeitraum. Durch den Abgleich mit aus der Gesamtgesellschaft gebildeten Vergleichsgruppen zeigt die Studie sowohl gleichlaufende als auch konträre Entwicklungen zwischen dem Generalstabskorps und der Schweizer Gesellschaft auf und erklärt mithin, welche Entwicklungen durch gesellschaftliche Veränderungen bedingt waren und welche sich losgelöst oder sogar gegenläufig zu diesen vollzogen. Mit dieser systematischen quantitativen Einbettung der untersuchten Gruppe in einen breiteren gesellschaftlichen Kontext beschreibt die Studie einen innerhalb bisheriger schweizerischer Kollektivbiografien neuen Weg. Zentrale These der Untersuchung ist, dass sich die Zusammensetzung des Generalstabskorps nach einer anfänglichen Öffnung hin zu breiteren Gesellschaftsgruppen gegen Ende der Untersuchungsperiode wieder auf gewisse soziale, ausbildungstechnische und berufliche Teilgruppen verengte und so zunehmend von wirtschaftlich-gesellschaftlichen Entwicklungen löste. Diese zunehmende Entkoppelung von Generalstabskorps und Schweizer Gesellschaft erklärt sich aus der Rezession von 1973/74, dem sich danach beschleunigenden wirtschaftlichen Strukturwandel sowie aus der verstärkten wirtschaftlichen Globalisierung und dem damit verbundenen Zerfall der „ökonomischen Alpenfestung“ (Mach u.a. 2017).

Als Datengrundlage dient eine Prosopographie aller 1217 in diesem Zeitraum in den Generalstab

eingetretenen Offiziere. Die dafür notwendigen Informationen stammen aus 454 ausgefüllt zurückgesandten Fragebögen betroffener Generalstabsangehöriger, aus militärischen Akten des Bundesarchivs, der Sekundärliteratur, Zeitschriften wie der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift (ASMZ) und der Revue Militaire Suisse (RMS) sowie Zeitungen und Online-Publikationen. Erhoben wurden die untersuchten Merkmale zum Zeitpunkt des Eintritts in den Generalstab. In denjenigen Analysen, in denen aus den verfügbaren Informationen oder aus datenschutzrechtlichen Einschränkungen keine Vollerhebungen möglich waren, wertet die Studie die Stichproben unter Beizug statistischer Verfahren aus, um ihre Aussagekraft sicherzustellen. Diese datenschutzrechtlichen Einschränkungen des Aktenzugangs, die sich in den vergangenen Jahren zu einem ernstzunehmenden Hindernis zeithistorischer Forschung entwickelt haben, und den Umgang damit reflektiert die Arbeit kritisch. Die gesellschaftlichen Vergleichsgruppen bildet der Autor dabei anhand von Daten der Eidgenössischen Volkszählungen und der Statistischen Jahrbücher der Schweiz.

Die untersuchten Generalstabsoffiziere wohnen zum grössten Teil in den vier Mittellandkantonen Waadt, Bern, Aargau und Zürich, wobei insbesondere Bern und Zürich als Wohnkanton hervorstachen (rund 45%). Die Konzentration auf diese vier Kantone nahm im Laufe der Zeit und insbesondere ab Mitte der 1980er Jahre ab, blieb aber bis 1994 bestehen. Die Gründe dafür liegen in der (bundes-)politischen und ökonomischen Bedeutung insbesondere Berns und Zürichs. Konfessionell waren Angehörige protestantischer Glaubensgemeinschaften bis Mitte der 1980er Jahre in der Mehrheit, bevor sich die Anteile umkehrten und Katholiken die deutliche Mehrheit bildeten. Diese Veränderung lässt sich nicht mit den erhobenen strukturellen Daten erklären; möglicherweise führte der gesellschaftliche Wertewandel, also der Bedeutungsverlust des Militärischen als gesellschaftliche Bezugsgrösse in breiten Teilen der Bevölkerung (Haltiner 1985), zu einer verstärkten

(Selbst-)Rekrutierung wertkonservativ gesinnter Personen. Für die politische Parteizugehörigkeit hatte diese Umkehr der konfessionellen Verhältnisse keine Auswirkungen. Über den gesamten Untersuchungszeitraum waren rund 40% der befragten Generalstabsoffiziere Mitglied der FDP, während der Anteil der CVP bei nur rund 10% lag. Der Anteil der CVP fiel in der letzten Teilperiode trotz des Anstiegs von Katholiken im Generalstabskorps sogar auf unter 10%. Konfessionelle Zugehörigkeiten übersetzten sich also nicht (mehr) in politische Parteizugehörigkeiten. Die FDP konnte im Generalstabskorps ihre Rolle als traditionelle „Staatspartei“ aufrechterhalten. Zu beachten ist allerdings, dass rund 43% der Befragten gar keiner Partei angehörten oder keine Angabe dazu machten. Bei der sozialen Herkunft, gemessen an der Ausbildung und sozio-professionellen Kategorie (Joye/Schuler 1995) der Väter, ergeben sich einige interessante Resultate. So verfügten im gesamten Untersuchungszeitraum die Mehrheit der Väter über einen Berufsbildungsabschluss als höchste Ausbildungsqualifikation, mit einigem Abstand gefolgt von Hochschulabschlüssen. Jedoch zeigt sich eine Verschiebung über die Zeit, von intermediären und qualifizierten nicht-manuellen und manuellen Berufen hin zur obersten Kategorie „Oberstes Management“. Eine ‚Vererbung‘ der Mitgliedschaft im Generalstabskorps von Vater auf Sohn fand kaum statt: Fast 60% der Väter bekleideten einen Rang als Soldat oder Unteroffizier, nur rund 3% waren selbst Generalstabsoffiziere.

Während die politische Zugehörigkeit eine hohe Kontinuität und die regionale Herkunft nur graduelle Veränderungen aufweisen, vollzogen sich bei der konfessionellen Zugehörigkeit und

der sozialen Herkunft innerhalb des Generalstabskorps deutliche Umwälzungen. Dabei weist insbesondere die soziale Herkunft auf eine zunehmende Konzentration auf höhere wirtschaftliche Schichten hin. Diese Entkoppelungstendenzen von gesellschaftlichen Entwicklungen werden bei der Analyse der Ausbildung und beruflichen Tätigkeit nochmals deutlicher.

Zwar verfügten unter den Miliz-Generalstabsoffizieren rund 78% über einen Hochschulabschluss und waren damit Teil der hochausgebildeten Gesellschaftsschichten. Allerdings kam es dabei zu grossen Veränderungen in der Zusammensetzung der akademischen Disziplinen innerhalb des Generalstabskorps. So verschoben sich die Anteile der beiden zusammengefassten Fächergruppen Rechtswissenschaften/Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Architekten/Ingenieure und Naturwissenschaften von fast gleich hohen Werten zu Beginn der Untersuchungsperiode zu einem deutlichen Übergewicht der ersten Fächergruppe am Ende der Periode. Eine ähnliche Tendenz lässt sich bei den Berufen feststellen, wo der Anteil technischer und naturwissenschaftlicher Berufe über die Zeit sank, während der Anteil rechtswissenschaftlicher und „ökonomischer“ Berufe (Tätigkeiten, die kaufmännisches oder wirtschaftswissenschaftliches Wissen erfordern) stieg. Dies spiegelt sich auch in den sozio-professionellen Kategorien wider, wo eine Verschiebung hin zur höchsten Kategorie stattfand. Allen drei Entwicklungen standen gegenläufigen Tendenzen in den gesamtgesellschaftlichen Vergleichsgruppen gegenüber. Die Veränderungen in Ausbildung und Berufe der Generalstabsoffiziere lassen sich daher nicht durch gesellschaftliche Prozesse erklären.



Katrin Keller

*adresse, capacité et crédit*

Der Bündner Solddienstoffizier Peter Stuppa (1619–1701) als Schlüsselfigur in den französisch-eidgenössischen Beziehungen unter Ludwig XIV.

Dissertation bei Prof. em. Dr. André Holenstein und Prof. Dr. Andreas Würigler (Université de Genève)

Mit dem Ewigen Frieden und der Soldallianz von 1516/21 festigten und verstetigten sich die Aussenbeziehungen zwischen Frankreich und dem Corpus helveticum und die Partner erneuerten ihr Bündnis bis 1663 regelmässig. Ein Kernbereich der Allianz, der die gemeinsamen Beziehungen ausserordentlich stark prägte, waren die Schweizer Solddienste in Frankreich und die finanziellen und symbolischen Ressourcen, die den eidgenössischen Orten und den am Geschäft beteiligten Regierungseliten aus diesen zuflossen. Während der langen Regierung König Ludwigs XIV. veränderten sich die Rahmenbedingungen im Solddienst markant und in der Literatur wird im Zusammenhang mit diesen Veränderungen der Name eines einflussreichen Akteurs herungereicht. Gemeint ist Peter Stuppa (1619–1701), ein aus Chiavenna im damaligen Untertanengebiet der Drei Bünde stammender Solddienstoffizier, der von Mitte der 1630er Jahre bis zu seinem Tod 1701 in französischen Diensten stand. Da er über Zugang zu Ludwig XIV. und Kriegsminister Louvois verfügte, gelang ihm ein spektakulärer militärischer Aufstieg und er erwarb sich grossen Einfluss auf die Solddienst- und Aussenbeziehungen der französischen Krone mit dem Corpus helveticum.

Die aussergewöhnliche Karriere Peter Stuppas sowie dessen Position in den Solddiensten und am französischen Hof sind bis heute nur bruchstückhaft bekannt. Aktuelle Untersuchungen zu den Rahmenbedingungen und Veränderungen der eidgenössischen Solddienste unter Ludwig XIV. und zu den Akteuren, die auf diese einwirkten, fehlen ebenfalls. Die Dissertation setzt an diesen beiden Leerstellen an: Sie arbeitet zum einen Stuppas Biografie, dessen sozialen Status, Militärkarriere und weiteres Wirken u.a. als Agent und Vermittler auf und identifiziert die personalen Netzwerke, in denen er sich bewegte. Zum anderen zielt sie auf ein besseres Verständnis der von Frankreich engagierten Schweizer Truppen in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ab, indem etwa die Rolle des Schweizer Garderegiments und der übrigen eidge-

nössischen Einheiten sowie deren Integration in die französische Armee untersucht werden. Weiter gilt das Augenmerk den Armee reformen und deren Folgen für die Truppen und die Militärunternehmer sowie der Beförderungspraxis und der Bedeutung von Offiziersstellen als Patronageressourcen und Mittel der Aussenpolitik. Die militärischen und administrativen Funktionen, mit denen die Krone Peter Stuppa betraute, erlaubten es diesem, direkt auf die Solddienste einzuwirken. Die Dissertation analysiert die Fähigkeiten und Erfahrungen Stuppas, die ihn für die Rolle des Entscheidungsträgers empfahlen, fragt nach dessen Auftraggebern und Partnern bzw. Kritikern oder Gegnern und auch nach der Wirkung seiner Einflussnahme.

Nach der vollständigen Übernahme der Regierungsgeschäfte 1661 und im Hinblick auf die geplanten Expansionskriege unternahm Ludwig XIV. grundlegende Reformen der Schweizer Soldtruppen. Diese dauerten bis 1672 und wirkten sich massiv auf die Beziehungen zum Corpus helveticum aus bzw. setzten die Bestimmungen der Allianz in gewissen Bereichen faktisch ausser Kraft. Das Schweizer Garderegiment wurde in seinem Bestand stark dezimiert und zu einer kleinen, loyalen Eliteeinheit umgeformt. Bei den übrigen Einheiten strebte Ludwig Kosteneinsparungen bei gleichzeitig massiver Bestandsvergrösserung an. Im Auftrag des Königs fand François Mouslier, der französische Resident in der Eidgenossenschaft, erfolgreich Wege, um der Krone einen möglichst unkomplizierten Zugang zu eidgenössischen Söldnern zu verschaffen - etwa indem er verbotenerweise billige Freikompanien anwarb, betrügerische Werbeverträge ausstellte oder für Hauptmannstellen Offiziere aus den Zugewandten Orten bevorzugte, die in den XIII Orten als unerwünschte Konkurrenten wahrgenommen wurden. Weiter ging es der Krone um die Möglichkeit, die Schweizer Soldtruppen flexibel, d.h. auch für Angriffskriege einzusetzen, und allgemein mehr Kontrolle über die Truppen und die Beförderung der Offiziere auszuüben. Mehrere dieser Ziele

verstiessen gegen Bestimmungen der Allianz (garantierter Sold, definierte Anwerbeverfahren, kein Einsatz der Truppen in Offensivkriegen). Im Wissen, dass ihm die eidgenössischen Bündnispartner aufgrund der Machtasymmetrie und ihrer Abhängigkeit von seinen materiellen und symbolischen Ressourcen ausgeliefert waren, nahm es Ludwig XIV. in Kauf, diese mit seinem Vorgehen zu brüskieren und das Vertrauen bei den eidgenössischen Orten zu beschädigen.

Die Reformen bis 1672 hatten weitreichende Folgen: Ludwig etablierte eine neue, kostengünstigere Tarifpolitik für Schweizer Söldner, indem er den Sold pro Mann und Monat langfristig auf 6 und 5 Ecus drückte (statt wie in der Allianz definiert, 7 Ecus). Das massive Truppenwachstum (phasenweise standen gleichzeitig 8 Schweizer Regimenter zu jeweils 12 oder mehr Kompanien, 50 Freikompanien und das Garderegiment im Dienst) und die jahrzehntelange, fast ununterbrochene französische Kriegführung führten mit dem stehenden Heer zu einer neuen Militärorganisation. Das immense Armeewachstum veränderte das Offiziersgefüge markant, denn der wachsende Stellenmarkt eröffnete Hunderten von Offizieren, die nicht aus den traditionellen Eliten der eidgenössischen Orte stammten, Chancen für Karrieren, Einkünfte und sozialen Aufstieg.

Im Netzwerk der Schweizer Gardehauptleute und im Umfeld des Kriegsministeriums nahm Peter Stuppa eine Sonderstellung ein, die sich diffus bereits in den 1650er Jahren und immer stärker ab Ende der 1660er Jahre abzeichnete. Stuppa, der zunächst kräftig bei der illegalen Aushebung von Freikompanien mitwirkte, stand dem Kriegsminister offensichtlich beratend zur Seite, als 1668 die Hälfte der Gardekompanien entlassen wurde. Nach dieser Personalbereinigung in der Elitetruppe traten Kriegsminister Louvois immer klarer als Stuppas Patron und Auftraggeber und Stuppa wiederum als dessen nützliche Kreatur und loyaler Untergebener in Erscheinung. Als Ludwig XIV. Stuppa 1671 zu einer grossen Werbemission in die Eidgenossenschaft entsandte, profilierte sich dieser als effizienter Unterhändler mit wirkungsvollen Beziehungen zu den Regierungseliten und als profunder Kenner der komplexen politischen Verhältnisse in den Orten. Stuppas Erfolg honorierte

die Krone mit Beförderungen und mit der zunehmenden Übertragung formeller und informeller Funktionen: 1672 mit dem Kommando über ein eigenes Regiment, 1672–1673 mit der Ernennung zum militärischen Gouverneur der Städte Neuss und Utrecht während des Holländischen Kriegs, mit Beförderungen bis in den Rang des Generalleutnants der französischen Armee und schliesslich 1685 mit der Ernennung zum Obersten des Schweizer Garderegiments. Informell übertrug der König Stuppa ausserdem ab 1674 mehr und mehr Funktionen, die er stellvertretend für den minderjährigen Generalobersten der Schweizer und Bündner Truppen, Louis Auguste de Bourbon, Duc du Maine (1670–1736), ausübte. In dieser einflussreichen Position befasste sich Stuppa bis zu seinem Tod 1701 mit sämtlichen Bereichen der Schweizer Truppen, war an ihrer Organisation und Administration beteiligt und kam auch mit Fragen der Aussenbeziehungen in Berührung. In dieser Rolle wurde er auch zur wichtigsten Anlaufstelle für die Vermittlung von eidgenössischen Anliegen am Hof. Indem der König und Kriegsminister ihm die Personalempfehlungen für die Schweizer Truppen übertrugen und ihn ermächtigten, sämtliche subalternen Chargen zu besetzen, war Stuppa während mehr als 20 Jahren der unumgängliche militärische Patron und Patronagebroker für die Angehörigen des *Corpus helveticum*. Ludwig XIV. protegierte Stuppa in sämtlichen Funktionen, auch als der eigentlich amtierende Generaloberst du Maine die Volljährigkeit erreicht hatte, und stützte sich bei seinen Entscheidungen zu den Schweizer Truppen bis zu Stuppas Tod auf dessen Erfahrung und Empfehlungen.

Mit der Analyse der diversen Rollen, die Peter Stuppa in unterschiedlichen Kontexten eingenommen hat, legt die Dissertation eine Mikrogeschichte zu den französisch-eidgenössischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts vor. Sie zeigt erstmals auf, wie stark sich die Militärreformen zwischen 1661 und 1672 auf die Aussenbeziehungen auswirkten und welche Bedeutung dem mehrheitlich informell wirkenden Akteur Peter Stuppa, einem Emporkömmling aus der Bündner Peripherie, im System Ludwigs XIV. zukam.



## Verschwörungstheorien in der späten römischen Republik

Dissertation bei Prof. Dr. Stefan Rebenich und PD Dr. Jan B. Meister

Verschwörungstheorien sind weder ein neues Phänomen, noch sind sie gegenwärtig verbreiteter als früher, auch wenn die aktuelle Diskussion in Medien, Politik und Wissenschaft oft diesen Eindruck erweckt. Vielmehr ist die Aufregung (zumindest in westlichen Demokratien) um Verschwörungstheorien derzeit so gross, weil Verschwörungstheorien zum stigmatisierten Wissen gehören, gerade weil die Mehrheit sie für absurd und gefährlich hält. Wie die Dissertation zeigen will, existierten Verschwörungstheorien bereits in der Antike. Im Gegensatz zur Gegenwart waren sie damals jedoch eine weithin akzeptierte und normale Form des Wissens. Zwar wurde nicht jede Verschwörungstheorie sofort von allen geglaubt, da sie sich stets in Deutungskonkurrenzen gegen andere Erklärungen und Meinungen behaupten mussten, doch ihre Logik wurde nicht grundsätzlich hinterfragt und das Phänomen nicht auf einem abstrakten Level kritisiert.

Die heutige kritische Sicht auf Verschwörungstheorien ist relativ neu, ging mit der Begriffsbildung von „Verschwörungstheorie“ oder „conspiracy theory“ einher und setzte sich erst im mittleren 20. Jahrhundert durch. Im Lateinischen und Altgriechischen existierte kein äquivalenter Begriff, weil das Phänomen Verschwörungstheorie in der Antike nicht als solches erfasst wurde.

In dieser Arbeit wird die Definition von Michael Butter („Nichts ist, wie es scheint.“ Über Verschwörungstheorien, Berlin 2018) zugrunde gelegt: Demnach behaupten Verschwörungstheorien, „dass eine im Geheimen operierende Gruppe, nämlich die Verschwörer, aus niederen Beweggründen versucht, eine Institution, ein Land oder gar die ganze Welt zu kontrollieren oder zu zerstören.“ (S. 21) Weitere Charakteristika von Verschwörungstheorien sind, dass sie von einem Dualismus von Gut und Böse ausgehen und dass sie Übel in der Welt auf intentionales Handeln von Personen, also auf einen weitreichenden Plan der Verschwörer zurückführen und Kontingenz ausblenden. Texte, die diese Merkmale aufweisen, werden in der Arbeit als Verschwörungstheorie oder als Verschwörungsvorwurf eingestuft, wobei

letztere weniger komplex und weniger umfassend sind und mit geringerem Begründungsaufwand in den Raum gestellt werden.

Die Einleitung erläutert wichtigsten Begriffe, führt in die Wissens- und Forschungsgeschichte von Verschwörungstheorien ein und legt die Fragestellungen sowie den Forschungsstand dar. Die ersten vier Kapitel enthalten Fallstudien aus einem Zeitraum von 90 bis 43 v. u. Z. Danach wird in einem Zwischenfazit zur Republik Bilanz gezogen, bevor im sechsten Kapitel mehrere kürzere Fallstudien der frühen römischen Kaiserzeit gewidmet sind. Im Fazit werden nach einer kurzen Zusammenfassung der Ergebnisse einige Gemeinsamkeiten und Unterschiede antiker und moderner Verschwörungstheorien herausgearbeitet und Hinweise zur weiteren interdisziplinären Erforschung des Phänomens Verschwörungstheorie gegeben.

Für die späte römische Republik ermöglicht es die Quellenlage, sich auf zeitgenössische Quellen aus der politischen und rhetorischen Praxis zu stützen, die zwar überwiegend, aber nicht nur von Marcus Tullius Cicero stammen, der die Überlieferung aus dieser Zeit dominiert. Aber auch ein nicht-ciceronisches Rhetorik-Handbuch (die *Rhetorica ad Herennium*) und andere Quellen belegen, dass der Konspirationismus im republikanischen Rom breite Geltung innehatte.

Im ersten Kapitel werden Passagen aus der *Rhetorica ad Herennium* in ihrem historischen Kontext untersucht. Die Redefragmente in dem Handbuch zeigen, dass während des Bundesgenossenkrieges zwischen Römern und Italikern in Rom ein Gesetz (die *lex Varia*) mithilfe von Verschwörungsvorwürfen durchgesetzt wurde. Dabei argumentierte der Volkstribun Quintus Varius offenbar, dass einige Römer die Italiker zu ihrem Aufstand gegen Rom angestachelt hätten. Auf der Grundlage der *lex Varia* wurden dann zahlreiche Gerichtsprozesse geführt und mehrere Politiker exiliert.

Cicero bediente sich ebenfalls des Mittels der Verschwörungsvorwürfe, wie in Kapitel 2 gezeigt wird. Im Wahlkampf zum Konsulat attackierte er auf diese Weise seine Konkurrenten Catilina

und Gaius Antonius. Auch nach der Wahl führte Cicero als Konsul seine Angriffe auf Catilina fort. Der Verschwörer Catilina erscheint somit als von Cicero konstruiert. Ihre Konkurrenz wurde zu einem Konflikt, der mit dem Tod Catilinas endete. Cicero hingegen schuf in Rom vorübergehend einen Konsens unter seiner Führung.

Zu Beginn seines Konsulates verwendete Cicero zudem eine weitere Verschwörungstheorie, um einen Gesetzesvorschlag zur Landverteilung eines Volkstribuns zu bekämpfen. Er hielt mehrere Reden zu diesem Thema und brachte hier eine ausführliche Verschwörungstheorie vor, die mit modernen Theorien dieser Art vergleichbar ist. Diesen Reden ist das dritte Kapitel gewidmet.

Selbst im Zusammenhang mit echten Komplotten konnten unbewiesene und falsche Vorwürfe erhoben werden. Das vierte Kapitel untersucht solche Anschuldigungen im Kontext der Ermordung Caesars. Schon Caesar selbst hatte – in der späteren Darstellung des Augustus-Biographen Nikolaos von Damaskus – kurz vor dem Tod auf solche Vorwürfe zurückgegriffen, um Kritiker mundtot zu machen. Nach Caesars Ermordung deuteten seine Anhänger Geschehnisse vor den Iden des März – vor allem Ehrungen für den Dictator – als Teil des Komplottes gegen ihn. Neben Caesar spielen in diesem Kapitel wiederum Cicero sowie Marcus Antonius wichtige Rollen.

Im Zwischenfazit zur römischen Republik wird betont, dass die politische Praxis in der römischen Republik stärker als teilweise in der Forschung angenommen von Konflikten statt von Konsens geprägt war. Verschwörungstheoretische Reden spitzten zu, moralisierten und polarisierten. So wurden Konflikte nicht nur eskaliert, sondern zum Teil sogar erst hervorgerufen. Wenn etwa Cicero einen Konsens gegen Catilina zu konstruieren versuchte, wurde dieser Konsens durch Exklusion hergestellt. Das römische Politikverständnis war wohl anti-pluralistisch und damit ähnlich

dem heutiger Populist:innen. Den Untergang der Republik auf Verschwörungstheorien zurückzuführen, würde dennoch zu weit gehen. Wie Dieter Groh bereits 1992 schrieb, handelt es sich bei Verschwörungstheorien um eine historische Konstante; als solche waren sie schon in der Zeit der späten römischen Republik mitnichten neu. Durch die Blockade von Reformen und die Eskalation von Konflikten könnten sie den Untergang der Republik jedoch beschleunigt haben.

Unter kaiserlicher Herrschaft änderte sich die Verwendung von Verschwörungsvorwürfen. Damit diese Anschuldigungen Wirkung erzielten, mussten nun die Kaiser entscheiden, ob sie sich bedroht fühlten, denn sie allein galten nun als Garanten des Gemeinwohls. Dies wird in Kapitel 6 herausgearbeitet. Dennoch sahen sich auch die Kaiser konspirationistischer Kritik ausgesetzt. Weitere Fallstudien im sechsten Kapitel unterstreichen zudem, dass, obwohl einzelne Verschwörungsvorwürfe durchaus kritisiert werden konnten, die verschwörungstheoretische Logik nicht nur innerhalb der römischen Elite funktionierte, sondern darüber hinaus auch in anderen Bevölkerungsteilen des Imperiums.

Im Fazit wird dazu angeregt, Verschwörungstheorien aufgrund der Ergebnisse dieser Arbeit und weiterer historischer Untersuchungen anders zu erforschen. Wenn Verschwörungstheorien eine historische Konstante und vielerorts weiterhin akzeptiertes Wissen darstellen, dann ist der gegenwärtige kritische Blick auf sie der historische Sonderfall. Um Verschwörungstheorien weiter zu problematisieren und ihren negativen Auswirkungen vorzubeugen, sollte untersucht werden, wie sie in der Vergangenheit problematisiert worden sind und (etwa durch die Psychologie) wie der „Unglaube“ an sie auf individueller Ebene zustande kommt.

Eine Veröffentlichung in monographischer Form ist beabsichtigt.



## Perfekte Performanz

### Geschlechter- und körperhistorische Perspektiven auf das Frauenkunstturnen in der Schweiz 1949–1985

Dissertation bei Prof. Dr. Silvia Berger Ziauddin und Prof. Dr. Christian Koller (Universität Zürich)

„Hübsch und sexy müssen sie sein“, erinnerte sich eine interviewte Kunstturnerin der 1960er und 1970er Jahre an eine Berichterstattung in den Schweizer Medien über sie. Damals war sie noch nicht einmal fünfzehn Jahre alt und Teil des Schweizer Nationalkaders.

Frauenkunstturnen war nie ausschliesslich eine sportliche Disziplin, sondern ein zentraler Schauplatz vergeschlechtlichter (Re-)Produktion und Machtaushandlungen. Zwischen dem ersten internationalen Auftritt des Schweizerischen Frauenturnverbandes (SFTV) 1949 und dessen Fusion mit dem Eidgenössischen Turnverband im Jahr 1985 entwickelte sich das Frauenkunstturnen als Sportart, in der normative Vorstellungen von Geschlecht verhandelt, (re-)produziert und inszeniert wurden. Die vorliegende Studie untersucht erstmals umfassend die Verbreitung und institutionelle Verankerung sowie Entwicklung des Frauenkunstturnens in der Schweiz aus geschlechter- und körperhistorischer Perspektive. Sie schliesst wesentliche Forschungslücken und integriert multidisziplinäre Ansätze aus der Geschlechter- und Körpergeschichte mit performativen Geschlechterkonzepten. Am Beispiel des Frauenkunstturnens wird gezeigt, wie sportliche Praxen normative Vorstellungen von Weiblichkeit (re-)produzierten, kontrollierten und naturalisierten. Anhand vielfältiger textlicher und audio-visueller Quellen – aus Beständen des Staatsarchivs Aargau, des Schweizerischen Turnverbandes, der Schweizerischen Nationalbibliothek und des Ringier Bildarchivs – sowie Oral-History-Interviews mit ehemaligen Kunstturnerinnen verdeutlicht die Studie, wie solche Praxen zur Persistenz und (Re-)Produktion von Geschlecht und Geschlechterhierarchien beitrugen.

Die Analyse zeigt, dass Frauenkunstturnen nicht einem inhärent „weiblichen“ Wesen entsprang, sondern vielmehr Ausdruck und Folge patriarchaler Gesellschaftsordnungen ist. Die Sportart wurde in bewusster Abgrenzung und Anlehnung an das Männerkunstturnen entwickelt,

um die binäre Geschlechterordnung zu stabilisieren und spezifische Weiblichkeitsperformances zu fördern und zu inszenieren. Der vergleichsweise späte Einstieg der Schweiz in den kompetitiven Kunstturnsport für Frauen wurde massgeblich durch Faktoren wie den Kalten Krieg, Entmilitarisierung und Professionalisierung der Sportförderung sowie gesellschaftliche Umbrüche und die Neue Frauenbewegung beeinflusst. Auch der Druck des Schweizerischen Arbeiterturn- und Sportverbandes (SATUS) spielte dabei eine wichtige Rolle. Frauenkunstturnen etablierte sich zudem zunehmend als ästhetischer, akrobatischer Kindersport, was 1968 schliesslich ebenfalls zum offiziellen Einstieg der Schweiz am internationalen Wettkampfgeschehen beitrug.

Die Turnerinnen wurden darin primär auf ihren feminisierten Körper reduziert, der überwacht und diszipliniert wurde. Dies geschah im Spannungsfeld zwischen vermeintlicher körperlicher Zerbrechlichkeit und sexualisierter Disponibilität. Der Übergang zum Spitzensport erweiterte zwar ihre Bewegungsmöglichkeiten, verstärkte jedoch zugleich die (Selbst-)Disziplinierung und sexualisierende Objektivierung von Turnerinnen. Während des Untersuchungszeitraumes verschob sich die Kontrolle feminisierter Körper von einer medizinisch-biologischen Überwachung des „Volkskörpers“ im Breitensport hin zu einer leistungsorientierten (Selbst-)Disziplinierung im Spitzensport, wodurch feminisierte Körper zum zentralen Schauplatz patriarchaler Machtausübung wurden.

Oral-History-Interviews verdeutlichen, wie geschlechtsspezifische Gewalt und körperliche Dissonanzen gezielt eingesetzt wurden, um Turnerinnen von ihrer untergeordneten Position zu überzeugen. Diese sollten ihre Körper klein, schlank und gehorsam halten – und sie zugleich zu sportlichen Höchstleistungen antreiben. Mediale Darstellungen verstärkten die sexualisierende Objektivierung zusätzlich und trugen damit zur Abwertung sportlicher Leistungen bei, wodurch vergeschlechtlichte Hierarchien reproduziert

wurden. So wurde der Körper der Turnerinnen zum Medium von Geschlechternormen, zum Disziplinierungsobjekt und Objekt sexualisierter Unterwerfung, sowie zum Ort von Gewalt und Machtaushandlungen.

Innerhalb des SFTV zeigte sich während des Untersuchungszeitraumes eine doppelte Hierarchie entlang geschlechtlicher und institutioneller Linien. Trotz wachsender Macht von Funktionärinnen dominierten „männlich“ konstruierte Expertisen. Turnerinnen wurden zugleich als schutzbedürftig inszeniert und durch autoritäre Trainer:innen kontrolliert und diszipliniert. Besonders gravierend war die geschlechtsspezifische Gewalt, der meist minderjährige Turnerinnen ausgesetzt waren – ausgeübt durch Trainer:innen und begünstigt durch die hierarchischen und normierenden Strukturen des Leistungssports. Sie äusserte sich in körperlicher, psychischer und sexualisierter Form. Diese Praxen dienten der (Re-)Produktion geschlechtlicher Hierarchien, der (Selbst-)Disziplinierung feminisierter Subjekte und der Einschränkung ihrer Handlungsspielräume. Trotz dieser ernüchternden Befunde berichteten einzelne Turnerinnen aber auch von Widerstand, Solidarität und einer tiefen Verbundenheit zum Sport.

Die Studie macht deutlich, dass Frauenkunstturnen als performative Praxis nicht nur sportliche Höchstleistungen abbildete, sondern Weiblichkeitsperformances herstellte und normierte. Turnerinnen mussten Bewegungen, Körperpräsentationen und Verhalten so gestalten, dass sie sowohl

sportlichen als auch normierten Weiblichkeitsvorstellungen entsprachen. In der geschlechter- und körperhistorischen Analyse erscheint die Kunst des Frauenkunstturnens so als künstliche Herstellung scheinbar eindeutiger Geschlechterzugehörigkeit und als Normalisierungsstrategie, um die Kluft zwischen „Sportlerin-Sein“, „Frau-Sein“ und „Kind-Sein“ zu überwinden.

Die gesellschaftliche Relevanz dieser Studie wird besonders im Kontext aktueller Debatten über Gewalt im Turnsport deutlich, die durch die „Maglingen-Protokolle“ öffentlich wurden. Die Untersuchung zeigt, dass geschlechtsspezifische Gewalt kein Einzelfall, sondern integraler Bestandteil institutioneller und systemischer Dynamiken im Frauenkunstturnen mit historischer Kontinuität ist. Damit unterstreicht die Studie die Dringlichkeit nachhaltiger Reformen zum Schutz der Athletinnen und zur Überwindung patriarchaler Strukturen. Durch die Verknüpfung theoretischer Konzepte mit empirischen Befunden leistet die Studie einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung der Geschlechter- und Körpergeschichte sowie der Sport- und Schweizer Geschichte. Sie schafft eine fundierte Basis für weitere Untersuchungen, die kritisch nach der unhinterfragten Norm des weissen heterosexuellen Standardmannes fragen und den Sport als vermeintlich unpolitischen Raum systematisch problematisieren.

Die Veröffentlichung der Studie ist monographisch geplant.





Sabrina Sophie Althaus

## „Revisionistische“ Reaktionen auf den Irving-Lipstadt-Prozess

Wissenschaftsselbstverständnis und Abgrenzung eines „Denkkollektivs“

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christof Dejung

Die Arbeit untersucht Reaktionen von Holocaustleugner:innen auf den Irving-Lipstadt-Prozess von 2000, bei welchem David Irving die Historikerin Deborah E. Lipstadt und ihr Verlag wegen Verleumdung verklagte. Lipstadt hatte Irving in ihrem Buch *Denying the Holocaust: The Growing Assault on Truth and Memory* (1993) u.a. als Holocaustleugner bezeichnet. Irving versuchte erfolglos, gegen diese Darstellung juristisch vorzugehen. Der Prozess wurde intensiv medial begleitet und löste auch in „revisionistischen“ Kreisen einen erneuten Diskurs über die Beweisbarkeit des Holocaust aus. Der Begriff „Revisionismus“ wird in dieser Arbeit kritisch verwendet und in Anführungszeichen gesetzt, um die politisch motivierte Leugnung historischer Tatsachen und die Verzerrung wissenschaftlicher Praktiken zu betonen.

In der Arbeit wird Ludwik Flecks Theorie von „Denkkollektiven“ und „Denkstil“ als theoretischer Rahmen verwendet, um das „revisionistische“ Verständnis von Wissenschaft unter den Holocaustleugner:innen und die Abgrenzung zur etablierten Geschichtswissenschaft zu rekonstruieren. Fleck beschreibt „Denkkollektive“ als Gemeinschaften von Forschenden, die einen gemeinsamen „Denkstil“ teilen. Diese Theorie wird in der Arbeit auf Personen angewendet, die wissenschaftliches Arbeiten mimen, um ihre politischen und ideologischen Ziele zu legitimieren.

Im Rahmen der Arbeit wird das wissenschaftliche Selbstverständnis der „Revisionist:innen“ herausgearbeitet, indem die Berichterstattung und Reaktionen auf den Prozess in „revisionistischen“ Publikationen wie dem *Journal of Historical Review*, den *Vierteljahresheften für freie Geschichtsforschung* sowie Newsletterbeiträge von verschiedenen „Revisionist:innen“ untersucht werden. Die Arbeit analysiert „revisionistische“ Stimmen, die in ihren Veröffentlichungen einen wissenschaftli-

chen Stil imitierten.

Ziel der Arbeit war nicht die Widerlegung der Argumente der „Revisionist:innen“, sondern die Untersuchung wissenschaftlicher Praktiken der „revisionistischen“ Geschichtsschreibung. Die Arbeit zeigt auf, dass ein eigenes „revisionistisches“ wissenschaftliches Selbstverständnis vorherrschte, innerhalb dessen jedoch unterschiedliche Positionen vertreten werden konnten. Das Wissenschaftsverständnis wurde auf wenige wissenschaftlich anmutenden Bereiche reduziert, während andere zentrale Teile eines universitären Wissenschaftsverständnisses ignoriert wurden. Die „Revisionist:innen“ lehnten alle Forschungsergebnisse, die die Faktizität des Holocausts bewiesen, grundsätzlich ab, die von Zeugenaussagen gestützt werden und beriefen sich auf eine Beweiskraft von Dokumenten und chemischen Untersuchungen, die in ihrem Verständnis unumstößlich waren. In Bezug auf die Annahme und Ablehnung von neuen „revisionistischen“ chemischen Untersuchungen zeigte das „revisionistische“ „Denkkollektiv“ ähnliche Logiken von Annahme und Ablehnung von neuen Erkenntnissen wie Historiker:innen. Mit der Verzerrung wissenschaftlicher Erkenntnisse und der scheinbaren wissenschaftlichen Erscheinung versuchten sich die „Revisionist:innen“ als Teil eines unterdrückten Wissenschaftsbereichs zu inszenieren. Dies sollte dazu dienen, mediale Aufmerksamkeit zu erlangen. Dabei fand sich der „Revisionismus“ in einem Dilemma wieder: die Sichtbarmachung der „revisionistischen Wahrheit“ war sein erklärtes Ziel, doch nicht alle, die auf dieses Ziel hinarbeiteten, sollten dem „Denkkollektiv“ angehören.

Besonderes Augenmerk liegt auf David Irving und seiner Rolle innerhalb des „revisionistischen“ „Denkkollektivs“. Irving wurde in seinen Positionen und seinem Verhalten während des Prozesses

dann unterstützt, wenn sich die „Revisionist:innen“ einen Nutzen für den „Revisionismus“ versprachen. Kritik an Irving wurde geübt, wenn eine Unterstützung keinen Vorteil bot oder die eigene „revisionistische“ Forschung ignoriert wurde. Zudem wurde aufgezeigt, dass nicht alle „Revisionist:innen“ Irving als Teil des „revisionistischen“ „Denkkollektivs“ sahen.

Die Arbeit zeigt auch, wie die „Revisionist:innen“ sich gegenüber geschichtswissenschaftlichen „Denkkollektiven“ abgrenzten. Dies zeigte sich an verschiedensten Kritikpunkten, die „Revisionist:innen“ an der Arbeitsweise von Histori-

ker:innen äusserten. Dabei wurden in erster Linie diejenigen Wissenschaftsaspekte kritisiert, denen sich der „Revisionismus“ zu entziehen suchte, wie etwa die Falsifizierbarkeit von Forschungsergebnissen. Neben der Abgrenzung wollten die „Revisionist:innen“ jedoch auch in den Austausch mit dem geschichtswissenschaftlichen „Denkkollektiv“ kommen und suchten dessen Anerkennung. Aufgrund ihrer Arbeitsweise, welche sich fundamentalen Grundsätzen der Geschichtswissenschaft, etwa in der Quellenkritik, entzog, blieb dieser Wunsch jedoch einseitig.



Yves Berset

## Von „germanischen Warägerfürsten“ und „buntvölkischen Kosaken“

NS-Narrative zum ukrainischen historischen Erbe

Masterarbeit bei Dr. habil Carmen Scheide

Während des Zweiten Weltkrieges war die Ukraine von September 1941 bis Herbst 1944 unter deutscher Besatzung. Nach den stalinistischen Repressionen der 30er Jahre, die insbesondere die ukrainische Bauernschaft betraf, begrüßten viele Ukrainer:innen die Wehrmacht als „Befreier“ von der stalinistischen Terrorherrschaft. Doch die Stimmung schwang schnell um, denn innerhalb der deutschen Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik in den besetzten Ostgebieten gab es kein Platz für eine unabhängige Ukraine. Sie sollte sich in erster Linie den ökonomischen Ansprüchen NS-Deutschlands unterordnen. So setzte die Wehrmacht ukrainische Soldaten auch erst gegen Ende des Krieges direkt an der Front ein, nachdem nach der Niederlage von Stalingrad der „Endsieg“ in weite Ferne rückte.

Innerhalb der Masterarbeit wird der Umgang mit dem historischen Erbe der Ukraine auf narrativer Ebene untersucht. Dabei setzte die Arbeit die Schwerpunkte auf den Umgang mit dem für die ukrainische Nationalhistoriographie wichtigen Erbe der Kiever Rus' des 9.-11. Jahrhunderts und dem Kosakenhet'manat des 17. und 18. Jahrhunderts. Die Kiever Rus' erreichte in der damaligen Zeit eine grosse territoriale Geschlossenheit, welche durch skandinavische Händler und Krieger,

den sogenannten Warägern, erreicht wurde. Innerhalb der ukrainischen und russischen Nationalhistoriographie wird diese Phase als Ursprung des jeweils eigenen Staatswesens interpretiert. Das Kosakenhet'manat schaffte für die ukrainische Nationalhistoriographie eine erste territoriale Eigenständigkeit. Die Kosaken bildeten in deren militärisch organisierten Festungen am Dnjepr erste protodemokratische Organisationsformen, die bis in das 18. Jahrhundert bestanden und erst Ekaterina II. durch den territorialen Ausbau des russischen Imperialismus endgültig auflöste. Die ukrainische Nationalbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts griff dieses historische Erbe auf und stellte es in Kontinuität des jungen ukrainischen Nationalstaates.

Die Arbeit beleuchtet inwieweit sich die für Romantisierung und Mystifizierung anfällige nationalsozialistische Geschichtsschreibung historisches Erbe anderer Nationalitäten aneignete, welche hegemonialen Narrative dabei im Falle der Ukraine hervortraten und wodurch sich diese Vorgänge erklären liessen. Insbesondere wird untersucht, wie sich der Mangel an deutscher Ukraineexpertise und der Tendenz zu undifferenzierter Geschichtswissenschaft auf die Narrationen zum ukrainischen historischen Erbe auswirkten.

Als Quellen wurden verschiedene Medien verwendet, die sich mit der Thematik beschäftigten. Die Untersuchung von Zeitungsberichterstattung, Schulungsunterlagen, Publikationen mit wissenschaftlichem Anspruch und propagandistischen Denkschriften ermöglichten zum einen den Vergleich unterschiedlicher Perspektiven, brachten aber gleichzeitig die Schwierigkeit mit sich, dass sie nur unter Vorbehalt miteinander verglichen werden konnten.

Bei der Quellenanalyse zeigte sich im Bezug auf die Darstellung der Geschichte der Kiever Rus', dass dort die für den Nationalsozialismus typische ahistorische Geschichtsinterpretation massgebend war. Durch die abstrakte und flexible Narration von „Warägerfürsten germanischen Blutes“, welche die Kiever Rus' gegründet hätten, legitimierten ein Grossteil der untersuchten Autoren die nationalsozialistische „Ostpolitik“, die sie wiederum als „Kulturmission“ auslegten, um die „slawischen Sklaven“ in Tradition der Waräger zu „zivilisieren“. Bei der Aneignung des historischen Erbes der Kosaken zeigte sich eine deutlich grössere Ambivalenz, da dieses in sich äusserst vielseitig war und sich nicht so einfach instrumen-

talisieren liess. Die ethnische Heterogenität der Kosakengemeinschaften blendeten die NS-Quellen in weiten Teilen aus und romantisierten und mystifizierten deren kriegerische Lebensweise und weit zurückreichenden Traditionen. Dabei wurden die ursprünglich ethnisch heterogenen Söldnergemeinschaften aufgrund ihres „kriegerischen Geistes“ gar zu Vorbildern für die deutschen Soldaten erhoben. Aufgrund des geringen Fachwissens über die ukrainische Geschichte erfolgte diese Darstellung jedoch weitestgehend undifferenziert, wobei tendenziell auch die ukrainische nationale Geschichtsdarstellung ironischerweise unkritisch reproduziert wurde.

Die Arbeit zeigte auf, wie NS-Geschichtsnarrationen zum einen gewissen hegemonialen Narrativen folgten, gleichzeitig aber der jeweils persönliche Hintergrund der Verfasser durchaus verschiedene Ansichten zuließ. Dies kann auch dadurch erklärt werden, dass der Nationalsozialismus über keinerlei zusammenhängende Philosophie verfügte. Sie zeigte zudem die Bedeutung und Tragweite von Mystifizierung, Stereotypisierung und Romantisierung für nationalsozialistische Vorstellungswelten.



Adriana Beyeler

### **Instrumentalisierung, Fiktionalisierung, Desinteresse**

Die Darstellung der ‚Anarchie‘ in der englischen Chronistik zwischen dem Ende des 12. Jahrhunderts und dem ausgehenden 14. Jahrhundert

Masterarbeit bei Prof. Dr. Regula Schmid Keeling

Obwohl in der Forschung zu der mittelalterlichen Historiographie immer wieder die Feststellung aufkommt, dass Geschichte gerne instrumentalisiert wurde und sich die Darstellungen einzelner Ereignisse in verschiedenen Chroniken stark unterscheiden, beschäftigen sich nur wenige Untersuchungen mit den Veränderungen in der Darstellung einzelner Ereignisse über einen längeren Zeitraum. Deswegen wurde in der vorgelegten Arbeit genau dies geleistet.

Nachdem als Untersuchungsgegenstand die englische Anarchie 1135–1154 ausgewählt wurde, wurde anhand zwölf englischer Chroniken aus den 1180ern bis in das ausgehende 14. Jahrhundert

untersucht, wie Geschichte umgeschrieben wurde, aber auch warum dies geschah. Dies diente in erster Linie dem Zweck, einen Referenzpunkt für Betrachtungen zu Veränderungen in der Darstellung anderer Ereignisse zu bieten, gleichermassen aber auch dazu, einen Beitrag zu der bisherigen Forschung zu liefern, diese zu bestätigen und sie zu ergänzen.

Für die Analyse wurden die Quellen entsprechend ihres Entstehungszeitpunkts in vier Gruppen unterteilt, worauf untersucht wurde, welche Darstellungsweise typisch für einen bestimmten Zeitraum war und welche Faktoren zu der jeweiligen Darstellungsweise beitrugen. Beurteilt wurde

dies anhand dreier Untersuchungsfragen:

1. Wie sind die drei Hauptakteure der Anarchie dargestellt?

2. Welche Ereignisse werden erwähnt, wie ausführlich werden sie behandelt und was ist nicht dargestellt?

3. Kann eine „Legendenbildung“, d. h. eine Abweichung vom als wahr angenommenen Ereignisverlauf oder ein Auftreten eines Ereignisses als epische Kurzform, festgemacht werden?

Die zweite Untersuchungsfrage wurde zudem aufgeteilt. Während für viele Ereignisse eine herkömmliche Quellenanalyse verwendet wurde, wurden umfangreichere Ereignisse und Teile der Anarchie auch quantitativ ausgewertet.

Nach der Analyse konnten sowohl eine kollektive Interessensspanne der Chronisten sowie verschiedene Phasen des Umschreibens der Geschichte benannt und beschrieben werden. Bei der Interessensspanne handelt es sich um einen Zeitraum, in dem ein Ereignis mit all seinen für das Verständnis bedeutsamen Eckpunkten – wenn diese nicht ausgelassen wurden, um ein bestimmtes Bild zu vermitteln – normalerweise in einer Chronik inkorporiert wurde. Für sie wurden 160-180 Jahre veranschlagt.

Um auf die Phasen zu sprechen zu kommen, so gehörte die Chronistik des späten 12. Jahrhunderts der individuellen Phase an. In dieser haben die Chronisten noch keine objektive Distanz zu den beschriebenen Ereignissen entwickelt. Dies hat dazu geführt, dass die Schwerpunkte der Darstellung sehr individuell gesetzt wurden und die Beschreibung noch stark durch die politische Einstellung des Chronisten geprägt war. Während die Chronistik dieser Phase somit der zeitgenössischen Chronistik noch sehr ähnelte, konnten auch einige kleinere Unterschiede zu ihr festgemacht werden, wie beispielsweise, dass nun die Ereignisse in Hinblick auf ihre jeweilige Auswirkung

beurteilt werden konnten.

Die Chronistik des frühen 13. Jahrhunderts war wiederum von einer verhältnismässigen Neutralität geprägt, was zu der Bezeichnung als neutral-distanzierte Phase führte. Die Chronisten dieser Zeit schienen die Anarchie recht objektiv betrachtet zu haben, was auf die grössere zeitliche Distanz zu den Geschehnissen zurückgeführt wurde. Zudem hat sich in dieser Zeit nun eine einheitliche Sichtweise auf die Bedeutung der verschiedenen Ereignisse herauskristallisiert. Gerade in dieser Zeit konnten aber auch ausserordentlich viele Veränderungen an der Darstellung festgemacht werden, die auf Unwissenheit zurückgeführt werden konnten.

Erst die Chronistik des ausgehenden 13. Jahrhunderts respektive der fiktionalisierenden Phase zeigte sich teilweise wieder als parteiischer. Wichtiger ist aber, dass die Darstellung nun stark schematisiert und teilweise auch fiktionalisiert wurde.

Zuletzt nahm das Interesse an der Anarchie zu Beginn des 14. Jahrhunderts rapide ab. In dieser desinteressierten Phase gestalteten die Chronisten die Akteure nicht mehr selbstständig und vormals als vital für das Verständnis wahrgenommene Ereignisse verschwanden aus der Betrachtung. Wenn die Chronisten in dieser Zeit eigene Nuancen mit in die Darstellung einbrachten, war dies auf eine lokale Verwurzelung zurückzuführen.

Was die Faktoren für das Umschreiben der Geschichte betrifft, so traten die in der Forschung immer wieder betrachteten verschiedenen Faktoren, die sich vereinfacht unter dem Begriff zeitgenössische und individuelle Umstände subsumieren lassen, natürlich oft auf. Insbesondere der in der Forschung selten angesprochene und der Geschichtsschreibung inhärente Faktor der zeitlichen Distanz zu den Ereignissen zeigte sich aber ebenfalls als sehr darstellungsprägend.



## Das Kadettenkorps Aarau

Das Kadettenwesen als Transfermedium zwischen Militär, Schule und Gesellschaft

Masterarbeit bei PD Dr. Carl Alexander Kretlow

Das Kadettenwesen war über weite Strecken des 19. und 20. Jahrhunderts eine zentrale Institution im Schweizer Schulalltag männlicher Jugendlicher. Die vorliegende Masterarbeit untersucht anhand des Kadettenkorps Aarau die Funktionen und Wandlungsprozesse des Kadettenwesens als historisches Transfermedium zwischen Militär, Schule und Gesellschaft. Im Zentrum steht die Frage, inwiefern das Kadettentum nicht nur als vormilitärische Ausbildung diente, sondern auch ein kulturelles und pädagogisches Vehikel war, über das Werte, Normen und institutionelles Wissen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Feldern vermittelt wurden.

Ausgehend von einem ideengeschichtlichen Zugriff wird das Kadettenwesen als hybrider Raum verstanden, in dem sich militärische, schulische und gesellschaftliche Elemente kreuzen und gegenseitig transformieren. Der theoretische Rahmen stützt sich unter anderem auf Konzepte des Wissenstransfers sowie auf kulturwissenschaftliche Ansätze zu Hybridität, Macht und Legitimität. Dabei wird das Kadettentum nicht nur als Instrument militärischer Vorbildung interpretiert, sondern als Spiegel einer umfassenden bürgerlichen Erziehungs- und Ordnungsvorstellung.

Die Untersuchung basiert auf einer Vielzahl ungedruckter Quellen, namentlich aus dem Staatsarchiv Aargau und dem Stadtarchiv Aarau. Dazu

gehören administrative Akten, Protokolle, Ausbildungsrichtlinien sowie Tagebücher des Kadettenkorps Aarau aus der Zeit von 1948 bis 1972. Ergänzend werden didaktische Materialien und Veranstaltungsdokumentationen ausgewertet. Die Quellenanalyse erfolgt qualitativ-hermeneutisch und legt besonderen Wert auf die institutionellen, kulturellen und sozialen Kontexte der jeweiligen Zeit.

Die Arbeit zeigt auf, dass das Kadettenwesen nicht nur der körperlichen und militärischen Erziehung diente, sondern als Schnittstelle gesellschaftlicher Integration fungierte. Es vermittelte Disziplin, Gemeinschaftssinn, staatsbürgerliche Werte und ein starkes Nationalbewusstsein. Der Transfer militärischer Praktiken und Symboliken in den schulischen Alltag sowie die Einbindung lokaler Traditionen – etwa durch die Teilnahme am Aarauer Maienzug – machen deutlich, wie tief das Kadettenwesen in der lokalen Gesellschaft verankert war. Gleichzeitig spiegeln sich in seinem Niedergang ab der Mitte des 20. Jahrhunderts gesellschaftliche Verschiebungen und zunehmende Kritik an militärischer Frühprägung.

Die Arbeit leistet damit einen Beitrag zur historischen Bildungs- und Militärforschung, zur Vereinsgeschichte sowie zur Analyse kultureller Transferprozesse im schweizerischen Kontext.



## Von Kündigungen und freundlichen Einladungen den Betrieb nun zu verlassen

Die Situation der (ehemaligen) Arbeiter der W+F Bern in den Jahren 1918 und 1919

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Mit dem Waffenstillstand an der Westfront im November 1918 brachen die Aufträge für die Schweizer Rüstungsbetriebe ein. Während die Produktion von Waffen und Munition zu Kriegzeiten auf Hochtouren lief, sahen sich die hiesigen Waffenschmieden nach dem Friedensschluss mit drastisch veränderten Rahmenbedingungen, sprich mit dem Zusammenbruch des Bedarfs an Rüstungsgütern, konfrontiert. Die betroffene Arbeiterschaft wird bei wirtschafts- oder politikhistorischen Betrachtungen dieses Industriesektors oft vernachlässigt. Die vorliegende Masterarbeit nimmt sich diesem Desiderat an und spannt einen Bogen über drei Handlungsniveaus. Es reicht von globalen Ereignissen, über die eidgenössische Verwaltung bis zu den lokalen Geschehnissen auf kommunaler Ebene. Dazu setzt sie mit Hilfe diverser zeitgenössischer Dokumente die Arbeiterschaft der *Eidgenössischen Waffenfabrik Bern* (W+F Bern) in den Jahren 1918 und 1919 ins Zentrum. Die bundesinternen Rüstungsbetriebe, somit auch die W+F Bern, waren innerhalb der *Kriegstechnischen Abteilung* (KTA) organisiert. Die KTA versuchte durch mehrere Massnahmen auf die veränderten Rahmenbedingungen zu reagieren, kam aber schlussendlich nicht um eine grosse Personalreduktion herum. Zwischen 72% und 76% der Mitarbeitende verliessen die W+F Bern auf Jahresende 1918. Der Grossteil von ihnen – 356 Personen – kündigten gemäss der betriebsinternen Personalkontrolle auf eigenen Wunsch. Bei freiwilligem Verlassen des Arbeitsplatzes erhielten die Personen während sechs Wochen noch 70% des Lohnes.

Anhand einer multimodalen Herangehensweise erforscht diese Arbeit das Handeln der Bundesbehörden und der Waffenfabrikdirektion. Die verantwortlichen Personen innerhalb der KTA versuchten durch das Vermitteln neuer Stellen die ehemaligen Fabrikarbeiter zu unterstützen. Besonders Meliorationsarbeiten im Belpmoos oder der Übertritt in die benachbarte *Firma Winkler, Fallert & Cie.* schienen vielversprechende Alternativen gewesen zu sein. Während die Unterbrin-

gung der Männer bei den Meliorationsarbeiten scheiterte, legen die überlieferten Dokumente die Annahme nahe, dass ein grosser Teil der Männer im Nachbarbetrieb eine neue Bleibe fand. Neben der Betrachtung der behördlichen Akteure rückt die Studie die arbeitslos gewordenen Männer in den Fokus. Durch die Analyse der W+F internen Personalkontrolle konnte das Alter der Männer sowie ihre Funktion innerhalb der Waffenfabrik in Erfahrung gebracht werden. Die Ergebnisse zeigen, dass die Mehrheit der Männer zwischen 18 und 35 Jahre alt waren. Damit decken sich die Ergebnisse mit der von Christian Lüthi 1998 vorgelegten Studie zur Zuwanderung nach Bern (*Lüthi, Christian: Arbeiter und Dienstbotinnen auf der Suche nach dem Schlaraffenland? Geschichte der Zuwanderung in die Stadt Bern 1850-1914. In: Lüthi, Christian; Meier, Bernhard (Hg.): Bern. Eine Stadt bricht auf. Schauplätze und Geschichten der Bern Stadtentwicklung zwischen 1798 und 1998, Bern/Stuttgart/Wien 1998: S. 163-180*), in welcher er festhielt, dass in erster Linie junge Personen eine hohe Mobilität an den Tag legten. Die Auswertung der Personalkontrolle ergab ferner, dass nicht in erster Linie Hilfskräfte die W+F Bern verliessen, sondern auch Facharbeiter. Nur rund 20% der Männer, welche auf Ende 1918 freiwillig ausschieden, arbeiteten entweder als Hilfsarbeiter oder als Handlanger in der Waffenfabrik. Somit verliessen in erster Linie junge, gut ausgebildete Männer die W+F Bern.

Um festzustellen, ob die Personen nach ihrem Stellenverlust in preiswertere Quartiere umzogen oder gar Bern verlassen mussten, wurden die Einwohnerregister der Stadt Bern hinzugezogen. Die Konsultation der Dokumente ermöglichte die Adressen von 151 Personen zu eruieren. Die mit *Nodegoat* georeferenzierte Darstellung dieser Adressen liess anschliessend Aussagen zu den bevorzugten Wohngegenden der Personen zu. Mit Hilfe dieser Veranschaulichung und diverser lokalgeschichtlicher Literatur konnten Schlussfolgerungen zur Wohnmobilität der ehemaligen Waffenfabrikarbeiter gemacht werden. Die Auswertung der

Ergebnisse ergab nur eine sehr bescheidene Umzugsrate: 14% zogen innerhalb der Aarestadt um, während lediglich 9% die Stadt verliessen. Dies deutet daraufhin, dass die Mehrheit der Männer im Grossraum Bern wieder eine Beschäftigung fand.

Die Masterarbeit hat mit Hilfe eines vielfältigen Quellenkorpus und verschiedenen methodischen Ansätzen dazu beigetragen, ein Stück Berner Lokalgeschichte zu erschliessen. Dabei gelang durch

die Verknüpfung von Sozial-, Wirtschafts- und Militärgeschichte die Erforschung eines viel zu oft vernachlässigter Aspekts des Ersten Weltkrieges erforscht. Während viele grundlegende Fragen geklärt werden konnten, ergaben sich durch die vorgelegten Ergebnisse wieder neue. Somit will und kann diese Mikrostudie keinen Schlusspunkt setzen, sondern viel mehr den Anstoss für weitere Forschungen bieten.



Ernst Heinrich Bütikofer

## **Der schweizerische Bundesstaat von 1848 und seine Aussenbeziehungen in den Jahren 1848 bis 1872 mit besonderer Berücksichtigung von Frankreich**

Masterarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

Die „Heilige Allianz“ forderte am 18. Januar 1848, kurz nach dem für die Radikalen erfolgreichen Sonderbundskrieg, von der Eidgenossenschaft die Wiederherstellung der alten Ordnung. Empört wies die Tagsatzung dieses Ansinnen zurück. Gleichzeitig begann eine Kommission eine neue Bundesverfassung (BV48) auszuarbeiten. In kurzer Zeit lag ein Entwurf vor, der von Volk und von den Ständen im Verlauf des Sommers 1848 gutgeheissen wurde. Fortan war der neu gebildete Bundesrat nach Art. 90 BV48 für die auswärtigen Angelegenheiten der Schweiz zuständig; ein Paradigmenwechsel, der für einige Kantone nur schwer akzeptierbar war. Ab der ersten Sitzung am 24. November 1848 musste sich die Landesregierung mit aussenpolitischen Fragen auseinandersetzen. Eigentlich zuständig war der jeweils für ein Jahr vom Parlament gewählte Bundespräsident, der neben dem Präsidium sich auch mit den Beziehungen zu anderen Staaten befassen sollte. Ressourcen waren für diese Aufgabe kaum vorhanden, was durchaus dem Geist der Radikalen entsprach, welche wenig Interessen an aussenpolitischen Fragen hatten.

Die Untersuchung verfolgte das Ziel, die Aussenbeziehungen des jungen Bundesstaates von 1848 bis 1872 akteurszentriert auszuleuchten. Besonders berücksichtigt wurden dabei die Beziehungen zum Nachbarland Frankreich. An Quellen lagen viele amtliche Dokumente vor, jedoch nur wenige persönlicher Art, wie Briefe oder Memoi-

ren. Als eine der Ausnahmen ist Johann Konrad Kern (1808–1888) zu erwähnen, der langjährige Schweizer Botschafter in Paris, der mit seinen „Politischen Erinnerungen“ einen interessanten Einblick in die damalige diplomatische Tätigkeit erlaubte. Die Untersuchung befasste sich mit fünf Ereignissen, welche eindrücklich die Änderungen im aussenpolitischen Verhalten des Bundesrates sowie des Parlaments vor Augen führten. Dabei prägten einzelne Akteure, wie beispielsweise die Bundesräte Jonas Furrer, Henry Druey oder Jakob Stämpfli oder Botschafter Johann Konrad Kern, die Politik stark. 1849 musste zuerst die liberale Asyl- und Flüchtlingspolitik gegenüber den das Land umgebenden Mächten verteidigt werden. 1856 kämpfte die Schweiz sodann im Neuenburgerhandel um die Unversehrtheit ihres Staatsgebietes gegenüber Preussen. Dank Unterstützung Englands, dem diplomatischen Können Kerns sowie des französischen Kaisers Napoleon III. gelang kurz vor dem drohenden Kriegsausbruch Mitte Januar 1857 eine Verhandlungslösung. Wenige Jahre später, im Savoyerhandel 1859, erlitt die Schweiz eine diplomatische Niederlage, als der Bundesrat, gestützt auf einen Passus in den Wienerverträgen von 1815, den Augenblick für gekommen hielt, vom Recht der Schweiz Gebrauch zu machen, zur Wahrung der Neutralität in einem Krisenfall Nordsavoyen militärisch zu besetzen. Anlass war der Krieg Sardinien Piemonts zusammen mit Frankreich im Sommer 1859 gegen Ös-

terreich-Ungarn in der Lombardei. Nur aufgrund des Eingreifens des Parlaments liess sich eine Konfrontation mit Frankreich verhindern. 1862 gelang es der Schweiz jedoch, mit Frankreich im jahrzehntelangen Streit um das Vallée des Dappes eine befriedigende Lösung zu finden und kurze Zeit darauf mit unserem Nachbarland noch einen Handelsvertrag zu vereinbaren. In beiden Fällen erwies sich der Schweizer Gesandte in Paris Kern für den Bundesrat als unentbehrliche Stütze. Erneut sollte dies im Deutsch-Französischen Krieg der Fall sein, als die schweizerische Botschaft unter Kern im belagerten Paris Ende 1870 zur Anlaufstelle für viele Hilfssuchende wurde. Wenig später, im Februar 1871, internierte die Schweiz unter widrigen Verhältnissen im Jura die geschlagene französische „Bourbaki“-Armee. In beiden erwähnten Fällen gewann die Schweiz auf dem internationalen Parkett grosses Ansehen im humanitären Bereich.

Als Fazit kann in der untersuchten Zeit ein

tiefgreifender Wandel der Schweiz in den Aussenbeziehungen festgestellt werden. Neben den beiden traditionellen aussenpolitischen Pfeilern Unabhängigkeit sowie Neutralität etablierte sich ein dritter Pfeiler im humanitären Bereich. Im Weiteren überzeugte gegen Ende der 1880er Jahre Bundesrat Droz den Bundesrat sowie das Parlament, dass eine Pflege der Aussenbeziehungen professionell geführt werden musste. Dies hiess eine zielgerichtete Führung, unterstützt von einem Departement. Eine Übertragung der aussenpolitischen Aufgaben jedes Jahr auf den wechselnden Bundespräsidenten war ineffizient. Zudem bedurfte es ausgebildeter Fachleute, die sich auf dem diplomatischen Parkett zu behaupten wussten, wie dies der Schweizer Gesandte Kern eindrücklich zeigte. Doch nach dem Rücktritt von Droz kehrte der Bundesrat nochmals zum alten System zurück, das sich dann im Ersten Weltkrieg als unhaltbar erwies und 1920 unter Bundesrat Guiseppe Motta endgültig durch die heutige Lösung ersetzt wurde.



Seraina Campell

## **Die Entwicklung des portugiesischen Vereinswesens im Oberengadin**

Das Vereinsleben aufgearbeitet in Zusammenhang mit den Migrationserfahrungen der Mitglieder seit den 1980er Jahren

Masterarbeit bei PD Dr. Francesca Falk

2'088 Kilometer Fahrtstrecke entfernt von ihrer Heimat im ländlichen Norden Portugals etablierten portugiesische Arbeitsmigrierende im Oberengadin seit den 1980er Jahren ein vielseitiges Vereinswesen. Über wenige Jahrzehnte hinweg ist aus einem engen Migrationsnetzwerk ein lebhaftes Vereinsleben mit zahlreichen Aktivitäten und Angeboten für die portugiesische Gemeinschaft im Bündner Hochtal entstanden. Die ersten portugiesischen Migrierenden in den 1980er und 1990er Jahren fanden unter dem sogenannten „Saisonnierstatut“ (A-Bewilligung) meist eine Anstellung im Gastgewerbe, der Hotellerie oder im Baugewerbe. Prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen prägten die ersten Aufenthaltsjahre und spiegelten sich in der Selbstorganisation der schnell wachsenden Migrierendengruppe wider. Mit der Abschaffung der A-Bewilligung und den

damit einhergehenden Veränderungen der Lebensumstände und Zukunftsplanungen, richteten sich die Vereine neu aus.

In der Masterarbeit wurde daher der Frage nachgegangen, wie sich das Vereinswesen der portugiesischen Migrierenden im Oberengadin seit den 1980er Jahren entwickelt hat und wie die Entwicklung des Vereinslebens mit der Migrationserfahrung der Mitglieder zusammenhängt. Anhand von Oral-History-Interviews wurden die Stimmen der Vereinsfunktionäre und aktiven Mitglieder aufgegriffen, um eine Perspektive einzunehmen, die sich auf die Erfahrungen der Migrierenden konzentriert. Ergänzend dazu wurden Medienbeiträge über die portugiesische Gemeinschaft und das Vereinsleben als weitere Quellengrundlage hinzugezogen.

Die Masterarbeit zeigt, wie die Entwicklung

der Vereine in drei Phasen verlaufen ist. Diese hängen jeweils eng mit den lokalen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zusammen. Die erste Phase der 1980er und frühen 1990er Jahre war geprägt von einem starken Bedürfnis nach Gemeinschaft und gegenseitiger Unterstützung, insbesondere angesichts der schwierigen Lebens- und Arbeitsbedingungen unter dem Saisonierstatut. Die portugiesischen Vereine dienten in dieser Zeit als Räume, wo einerseits Heimatgefühle gemeinsam erlebt werden konnten und andererseits familiäre Trennung und Heimweh kompensiert wurden. In der zweiten Phase, die mit der Verbesserung der Lebensbedingungen und der Abschaffung des Saisonierstatuts einherging, öffneten sich die Vereine zunehmend gegenüber der Ankunfts-gesellschaft im Oberengadin. Vereinsfunktionäre und langjährige Mitglieder verstanden sich als Brückenbauende und förderten die Integration der eigenen Landsleute in die lokale Gesellschaft. Gleichzeitig sollten die Vereine ein Ort bleiben, wo Traditionen aus der Heimat bewahrt und weitergegeben werden konnten. Diese Phase markierte den Höhepunkt des Vereinslebens, da die Vereine sowohl intern als auch extern eine zentrale gesellschaftliche Rolle einnahmen. Die dritte und aktuelle Phase wird als

Krisenphase interpretiert. Die Herausforderungen durch die hohen Lebenshaltungskosten, die Wohnungsnot und die Altersstruktur der Vereinsfunktionäre gefährden die Zukunft der Organisationen. Die zunehmende Diversität innerhalb der portugiesischen Gemeinschaft und die sich verändernden Bedürfnisse der jüngeren Generation stellen die Vereine vor neue Aufgaben, auf die bisher keine einheitliche Antwort gefunden wurde.

Die Analyse verdeutlicht, dass die portugiesischen Vereine im Oberengadin nicht nur als Weiterführung portugiesischer Lebensweise zu verstehen sind, sondern als transnationale Räume, die von den Migrationserfahrungen ihrer Mitglieder geprägt wurden. Sie verbinden Elemente der Herkunfts- und Ankunfts-gesellschaft und schaffen so einen Raum für die transnationalen Identitäten der Vereinsmitglieder und vielfältige Zugehörigkeitsgefühle. Dennoch bleiben Fragen zur langfristigen Entwicklung der Vereine und zur Perspektive der jüngeren Generation sowie derjenigen, die sich nicht in den Vereinsstrukturen wiederfinden, offen.

Die Arbeit leistet einen Beitrag zur Forschung über Migrierendenorganisationen in der Schweiz, indem sie eine ländliche Bergregion als Fallstudie wählt und die Migrationserfahrungen selbst ins Zentrum rückt.



Carole Freiburghaus

## **Kindheit und Sexualität in der Römischen Antike**

### **Akzeptanz und Verurteilung von sexuellen Kontakten zu Kindern**

Masterarbeit bei PD Dr. Jan B. Meister

Sexuelles Interesse an Kindern und Jugendlichen und Geschlechtsverkehr mit diesen ist in der römischen Antike vielfach bezeugt. So berichtete etwa der Dichter Martial im 1. Jh. u. Z. von einem Sklavenknaben, der verkauft wird, um die sexuellen Gelüste seines Besitzers zu befriedigen. Sein Zeitgenosse Statius verfasste ein Trostgedicht für seinen Freund, nachdem dessen Sklavenknaben verstorben war – die Beziehung der beiden umfasste offensichtlich auch erotische Aspekte. Vom Prinzeps Tiberius berichtet Sueton, dass dieser seine sexuellen Gelüste mit Kleinkindern und Babys befriedigt habe. Solche Beziehungen zu Kindern

und Jugendlichen waren aber nicht grundsätzlich akzeptiert, sondern mussten sozialen Konventionen folgen und waren teilweise auch gesetzlich geregelt. In der Arbeit wird die Akzeptanz von sexuellen Kontakten zu Kindern von der mittleren Republik bis zu den Antoninischen Prinzipes untersucht.

Die Sexualität von Kindern in der römischen Antike wurde in der Forschung bisher kaum thematisiert. Bei den meisten der vorliegenden Untersuchungen wird dem Alter sowie dem sozialen Status der betroffenen Kinder zu wenig Beachtung geschenkt. Beide Faktoren waren aber massgebend

für die Akzeptanz von Geschlechtsverkehr mit Kindern. Nur sexuelle Kontakte zu freigebo- renen Kindern waren gesetzlich geregelt. Geschlechts- verkehr mit Mädchen war ab dem Zeitpunkt des Eheschlusses zulässig. Obwohl das gesetzliche Mindestalter dazu 12 Jahre betrug, wurden durch- aus auch jüngere Mädchen verheiratet. Da auch sehr junge Mütter überliefert sind, fand der erste Geschlechtsverkehr wohl spätestens nach dem Einsetzen der Menstruation statt. Ob sie bereits zuvor sexuell zur Verfügung stehen mussten, lässt sich aufgrund der Quellenlage jedoch nicht fest- stellen. Geschlechtsverkehr mit freigebo- renen Knaben war grundsätzlich verboten. Gemäss der römischen Sexualvorstellungen durften römische Bürger nicht penetriert werden, sondern mussten stets die aktive, penetrierende Rolle innehaben. Sexuelle Kontakte zu unverheirateten Mädchen sowie zu Knaben stellten denselben Strafbestand dar. Knaben galten ab dem Einsetzen der Pubertät als attraktiv, sexuelles Interesse bestand demnach vor allem an Jugendlichen und nicht an Kindern. Geschlechtsverkehr mit freigebo- renen Knaben wird in den Quellen meist erwähnt, um politischen Gegner zu diskreditieren und ist vor allem in po- litischen Reden und in Biographien zu finden. Es stellt sich daher die Frage nach dem Wahrheitsge- halt der Schilderungen und es ist nicht anzuneh- men, dass alle überlieferten Vorwürfe der Realität entsprachen. Sexuelle Kontakte zu freigebo- renen Knaben scheint es aber durchaus gegeben zu ha- ben. So gab es diesbezüglich auch Regeln einzu- halten. Beispielsweise sollte der Penis des Knaben nicht stimuliert werden und der Knabe sollte sich zieren – solange er die passive Rolle nur innehatte, diese aber nicht wollte, konnte er sich als Opfer darstellen.

Unfreie sowie freigelassene Kinder werden von der Gesetzeslage nicht erfasst und mussten ih-

rem Besitzer und ihrer Besitzerin sexuell zur Ver- fügung stehen. Besonders häufig werden in diesem Zusammenhang die sogenannten *deliciae* erwähnt. Es handelt sich dabei um Sklaven und Sklavinnen, die ihren Besitzern und Besitzerinnen besonders nahestanden und wohl teilweise auch sexuell zur Verfügung stehen mussten. In der Forschung wer- den oft alle Kinder, die in sexuellen Kontexten erwähnt werden, als *deliciae* bezeichnet. Daraus schliessend wird oft angenommen, dass alle *deli- ciae* sexuell zur Verfügung stehen mussten. Diese Annahmen lassen sich allerdings nicht bestätigen. *Deliciae* werden in antiken Quellen nicht im Zu- sammenhang mit explizit sexuellen Handlungen genannt, der Begriff scheint daher in der römi- schen Antike nicht erotisch konnotiert gewesen zu sein. Als Bezeichnung für Unfreie und Freigelas- sene ist *deliciae* vor allem für Kinder belegt. An- hand von Grabsteinen lässt sich feststellen, dass die meisten wohl zwischen ein und zehn Jahren alt waren. *Deliciae* über zwanzig Jahren sind nur vereinzelt bekannt. Dies ist zu erwarten, da es sich dabei um eine Bezeichnung für eine Gruppe von Kindern handelt, die gerade aufgrund ihres Alters geschätzt wurden. Obwohl nicht auszuschliessen ist, dass diese Kinder sexuell zur Verfügung stehen mussten, kann allein aufgrund der Bezeichnung *deliciae* nicht davon ausgegangen werden. Ob- wohl Sklaven und Sklavinnen sowie Freigelassene theoretisch sexuell zur Verfügung stehen mus- ten, entsprach dies wohl nicht der Lebensrealität der meisten Kinder. Unter anderem anhand von Suetons Kritik von Tiberius Gepflogenheiten zur Befriedigung seiner sexuellen Gelüste mit Klein- kindern, kann aufgezeigt werden, dass es für Ge- schlechtsverkehr mit Kindern – auch unfreie und freigelassene – durchaus ein sozial akzeptiertes Mindestalter gab.



## **Raumübergreifende Visionen, Naturbezwungung und Technikkult**

Die Einflüsse technischer Entwicklungen auf das russische Raumverständnis der Jahre  
1900 bis 1925

Masterarbeit bei Prof. Dr. Julia Richers

Diese Masterarbeit untersucht, wie technische Neuentwicklungen in der Schifffahrt, im Schienenverkehr und im Flugverkehr das Raumverständnis der russischen Stadtbevölkerung und Führungsschicht zwischen 1900 und 1925 beeinflussten. Das Ziel ist es, die Auswirkungen dieser Technologien auf die Raumwahrnehmung und deren symbolische Bedeutung in der russischen Gesellschaft zu analysieren. Aufgrund der enormen Ausdehnung des Landes, zusammen mit den harten Wintern, wird die ansässige Bevölkerung hinsichtlich der Raumüberwindung regelmässig vor Herausforderungen gestellt. Aus diesem Grund erscheint es gewinnbringend, das Verständnis von Raum in dieser Region genauer zu beleuchten.

Hierzu werden die folgenden Forschungsfragen gestellt:

1. Inwiefern beeinflussten technische Neuentwicklungen in der Schifffahrt, im Schienenverkehr sowie im Flugverkehr das Raumverständnis der russischen Stadtbevölkerung und Führungsschicht der Jahre 1900 bis 1925?

2. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede finden sich im Vergleich der Jahre vor der Oktoberrevolution 1917 und der Jahre danach, bezüglich der Anwendung und Wahrnehmung von Raumüberwindungsmaschinen mit Fokus auf das Flugzeug?

3. Weshalb entwickelten Geräte zur Raumüberwindung im russischen Zarenreich als auch in der Sowjetunion eine derart starke Symbolkraft?

4. Wie und wozu wurden die benannten Verkehrsmittel in Bildquellen vor wie auch nach der Oktoberrevolution von 1917 dargestellt und was sagen diese Darstellungen über die Raumwahrnehmung der jeweiligen Zeit aus?

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurde ein Korpus von Bildquellen, einschliesslich Plakaten und Postkarten, analysiert. Diese Quellen wurden nach ihrer äusseren Form, Bildbeschreibung, inhaltlicher Deutung und der an das Zielpublikum gerichteten Botschaft untersucht. Ein besonderes Augenmerk lag auf der Untersuchung

der Symbolkraft und der propagandistischen Nutzung der Verkehrsmittel in den verschiedenen Zeitperioden. Die Einteilung der Bildquellen in die Zeiträume vor und nach 1917 eröffnet zudem die Möglichkeit, die Auswirkungen der in der Geschichtsschreibung bestehenden Zäsur in Form der Oktoberrevolution genauer zu analysieren, wobei der zaristische sowie der sowjetische Zeitabschnitt oft unabhängig voneinander betrachtet werden.

Die Analyse ergab, dass technologische Fortschritte in der Schifffahrt, im Schienenverkehr und im Flugverkehr das Raumverständnis erheblich veränderten. Vor der Revolution wurde der technologische Fortschritt als Zeichen der Naturbezwungung und Modernisierung dargestellt, während nach der Revolution eine politische Instrumentalisierung dieser Technologien zu Propagandazwecken erfolgte. Die vertiefte Analyse der Bildquellen liefert wertvolle Einblicke in die Entwicklung der Raumwahrnehmung und das Verständnis der technischen Fortschritte in diesem Zeitraum. Das Flugzeug entwickelte sich zu einem Symbol der nationalen Modernisierung und der kommunistischen Ideologie, wobei sich die Raumwahrnehmung von einem zweidimensionalen zu einem dreidimensionalen Raumverständnis wandelte. Die Arbeit zeigt, dass die starke Symbolkraft dieser Verkehrsmittel durch eine Kombination aus Fortschrittszwang, Propaganda und der Alltagsrelevanz der Raumüberwindung entstand. Hinsichtlich der bestehenden Zäsur lässt sich erkennen, dass die sowjetischen Erfolge in der Luftfahrt auf der Grundlage der zaristischen Vorgänger basierten und teilweise dem Laufe der Zeit geschuldet waren, was vor Augen führt, dass eine zu starke Abkapselung zweier Zeitperioden wissenschaftliche Thesen verfälschen kann.

Die Studie bietet aus diesen Gründen wertvolle Einblicke in die Entwicklung der Raumwahrnehmung und zeigt die Bedeutung technischer Fortschritte und deren Darstellung in der russischen Gesellschaft auf. In diesem Forschungsfeld kann zudem weiter analysiert werden, nach welchem

Verbreitungsmuster solche Bildquellen in den Regionen des Zarenreiches in Umlauf kamen, um in einem Vergleich die Stadt- und Landbevölkerung

hinsichtlich des bestehenden Raumverständnisses einander gegenüberzustellen.



Marlon Gattiker

## **Die „stille Epidemie“ in Schweizer Tageszeitungen**

Eine historische Diskursanalyse der Wahrnehmungen von Hepatitis C

Masterarbeit bei Prof. Dr. Silvia Berger Ziauddin

In der Schweiz leben 32 000 Menschen mit Hepatitis C. Die medizinische Forschung hat sich im 21. Jahrhundert so weit entwickelt, dass die infektiöse Leberentzündung mittlerweile ohne starke Nebenwirkungen heilbar ist. Ein Drittel der mit HCV-legenden Menschen in der Schweiz hat jedoch keine Kenntnis von ihrer Infektion. Dies hängt einerseits mit den medizinischen Charakteristika von Hepatitis C zusammen: Die Krankheit verläuft meist stumm und macht sich erst nach einigen Jahren bis Jahrzehnte bemerkbar. Nach Jahren des unerkannten Verlaufs der Krankheit können sich jedoch tödliche Spätfolgen wie Leberkrebs entwickeln. Andererseits hat die mangelnde Kenntnis aber auch gesellschaftliche Ursachen. Hepatitis C wird von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wegen ihrer geringen öffentlichen Aufmerksamkeit als „stille Epidemie“ bezeichnet.

Die vorliegende Masterarbeit hat sich zum Ziel gesetzt, die Wahrnehmungen des 1989 entdeckten HCV in der Schweiz zu untersuchen. In der Schweizer Seuchengeschichte wurde Hepatitis C bisher nur am Rande behandelt, obwohl es für die öffentliche Gesundheit ein Thema von grosser Bedeutung darstellt. Es gibt bisher nur wenige geschichtswissenschaftliche Arbeiten, die sich eingehend mit diesem Untersuchungsgegenstand beschäftigt haben.

Im Zentrum des Forschungsinteresses dieser Arbeit standen ausgewählte Tageszeitungen aus der Deutschschweiz und der Romandie, welche diskursanalytisch untersucht wurden. Für den diskursiven Kontext wurden unter anderem Quellen aus dem Schweizerischen Bundesarchiv sowie dem Institut für Medizingeschichte ausgewertet. Der berücksichtigte Zeitraum erstreckt sich von der Entdeckung des Hepatitis-C-Virus im Jahr

1989 bis zum Jahr 2002 – dem Folgejahr der Ende 2001 lancierten nationalen Präventionskampagne. Die Hauptfragestellung lautete: Was sagt der öffentliche Diskurs über die Wahrnehmung und das Verständnis von Hepatitis C aus? Zur Beantwortung dieser Frage wurden die Zeitungsartikel zunächst makrostrukturell untersucht, wobei drei zentrale Themenschwerpunkte erarbeitet wurden: Medizinisches Wissen, die Blutspendeproblematik und intravenöser Drogenkonsum. Obwohl Seuchen historisch betrachtet starkes öffentliches Interesse weckten, erschienen Zeitungsartikel zum HCV – welches erst 1993 meldepflichtig wurde – anfangs der 1990er Jahre nur spärlich. Der Diskurs zu medizinischem Wissen war zunächst geprägt von Unsicherheiten und mangelnder Kenntnis über die Verbreitung, Gefährlichkeit und Übertragungswege von HCV. Divergierende Positionen zwischen den Tageszeitungen, Fachärzt:innen und dem BAG zur Prävalenz prägten den Diskurs. Für innenpolitisches Aufsehen sorgte der Blutspendeskandal. In einer, insbesondere von Boulevardzeitungen, emotional geführten Debatte wurde moniert, dass sich während Jahren bis Jahrzehnten vor der Entdeckung von Hepatitis C Tausende von Menschen im Rahmen von Blutspenden oder medizinischen Eingriffen mit HCV infiziert hätten. Die Fürsorgepflicht des Staates sowie die Hygiene der Spitäler und des Blutspendedienstes des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) wurden von der Politik und Teilen der Gesellschaft in Frage gestellt. Aufgrund der Übertragungen im Rahmen medizinischer Eingriffe wurde HCV vor der Einführung sicherer Bluttests als potenzielle Gefahr für die Allgemeinbevölkerung verstanden.

Der dritte Themenschwerpunkt dieser Arbeit stellte intravenöser Drogenkonsum dar. Die prä-

re hygienische Situation der offenen Drogenszene in Zürich und Bern führte zu einer starken Zunahme an HCV-Fällen in den 1990er Jahren. Die rasante Ausbreitung von HCV im Laufe der 1990er Jahre wurde im Diskurs zu HCV in Schweizer Tageszeitungen rege diskutiert. Die Hepatitis-C-Prävention war ein zentrales Argument für den progressiven Vier-Säulen-Ansatz in der Gesundheitspolitik. Hepatitis C wurde als Infektion von Drogenabhängigen verstanden, obwohl 50 Prozent der Infizierten ihren Übertragungsweg nicht kannten. 1999 plädierte die Arbeitsgemeinschaft für risikoarmen Umgang mit Drogen (Arud) für eine nationale HCV-spezifische Präventionskampagne. Nachdem das BAG zunächst ablehnte, wurde Ende 2001 eine nationale HCV-spezifische Präventionskampagne bei intravenös Drogenkonsumierenden lanciert, was die veränderte Wahrnehmung des HCV innerhalb des Untersuchungszeitraumes unterstreicht.

Nachdem die Zeitungsartikel in ihrer Makrostruktur untersucht wurden, erfolgte die mikrostrukturelle Analyse. Um die Frage nach den Wahrnehmungen von Hepatitis C anhand des Pressekurses zu beantworten, wurden Metaphern analysiert. Kriegsmetaphern waren ein gängiges stilistisches Mittel, um Viren und deren Eindämmung zu beschreiben. HCV wurde als Feind personifiziert, die Medikamente dagegen als Waffen. Die mystifizierende Metapher von HCV als „stiller Epidemie“ wurde verwendet, um das Virus als unsichtbaren Feind, der sich heimtückisch und unbemerkt ausbreitet, zu stilisieren. Ebenso wie die martialische Metaphorik hat auch die Mystifizierung von Seuchen eine lange historische Tradition und führt zu einer erhöhten öffentlichen Aufmerksamkeit – jedoch auch zu zunehmender

Stigmatisierung von Betroffenen. Des Weiteren wurde die Schattenmetapher für HCV verwendet. Hepatitis C würde sich im Schatten der gleichzeitig grassierenden HIV-Epidemie verbreiten, argumentierten unterschiedliche Akteur:innen, darunter insbesondere Ärzt:innen. Die vorliegende Arbeit verdeutlichte, inwiefern bestehende Wahrnehmungsmuster die Deutungen einer neu auftretenden Seuche beeinflussen. HIV dominierte den öffentlichen Diskurs um übertragbare Infektionen. Auch die Präventionspolitik stand im Zeichen der HIV-Prävention. Im Gegensatz zur HIV-Prävention bei intravenös Drogenkonsumierenden ist die Bereitstellung steriler Spritzen nicht ausreichend, da alle weiteren Utensilien neu zur Verfügung gestellt werden müssen. Die mangelnde Aufmerksamkeit führte dazu, dass sich das deutlich infektiösere HCV bei Drogenabhängigen im Laufe der 1990er Jahre kontinuierlich ausbreitete, während die HIV-Inzidenz stark zurückging. Zu den Ursachen für die Schattenposition zählt die Wahrnehmung von HIV als Bedrohung der Allgemeinbevölkerung, während HCV stets als Gefahr für marginalisierte Gruppen wie Drogenabhängige betrachtet wurde. Im Gegensatz zu den Homosexuellenbewegungen, die sich stark für die HIV-Prävention einsetzten bzw. diese federführend mitgestalteten, hatten HCV-Betroffene keine starke Lobby; ihre Anliegen waren in der Gesundheitspolitik deutlich weniger vertreten. Bis heute bleibt die „stille Epidemie“ trotz ihrer gesundheitspolitischen Relevanz eine Infektion mit geringer öffentlicher Aufmerksamkeit. Auch in der Schweizer Seuchengeschichte ist dies der Fall – die vorliegende Masterarbeit leistete ihren Beitrag zur Schliessung dieser Forschungslücke.



## Der Niedergang der aargauischen Stroh- und Hutgeflechtindustrie im aargauischen Freiamt - Ein Oral History-Projekt

Zeitzeug:innen erzählen über die Freiamter „Strauindustrie“

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die Zeitzeug:innen Doris Richner-Senn und Frank Schärer sind sich einig: Der Niedergang der Stroh- und Hutgeflechtindustrie im aargauischen Freiamt war massgeblich auf Veränderungen in der Mode und den Vorlieben der Frauen zurückzuführen.

Was im ausgehenden 18. Jahrhundert als Heimarbeit begann, entwickelte sich im 19. und 20. Jahrhundert zu einer blühenden, exportorientierten Industrie, welche die Gemeinde Wohlen mit internationalen Handelszentren in Verbindung setzte. Zwei wichtige Arbeitgeber stellten ihre Betriebe in den 1970er-Jahren ein, in den 1990er-Jahren folgte zuletzt die *Otto Steinmann & Co.* Noch heute sind die einstige Industrie und das Stroh präsent im Freiamt, beispielsweise durch das Schweizer Strohmuseum in der Villa Isler; brisante Themen und Neuigkeiten werden in der Kolumne „Strohfüür“ abgedruckt und eine Bäckerei in Wohlen produziert Schokolade namens „Strohhüetli“.

Die Arbeit befasst sich mit dem Niedergang der Stroh- und Hutgeflechtindustrie im aargauischen Freiamt mit einem Fokus auf der Gemeinde Wohlen und zielt darauf ab, den bisher diesbezüglich spärlich vorhandenen Forschungsstand zu erweitern und zu differenzieren. Obwohl der Abschwung der Industrie ins letzte Jahrtausend zu verorten ist, liessen sich im Rahmen eines Transformationsprojektes des Schweizer Strohmuseums 32 Zeitzeug:innen finden, welche detailreiche Blicke auf die Vergangenheit der Stroh- und Hutgeflechtindustrie ermöglichten. Die daraus entstandenen Interviews dienten für die Untersuchung als Hauptquelle. Zusätzlich zur Methode der Oral History wurden Zeitungsberichte der Lokalzeitung *Wohler Anzeiger* sowie weiterer Schweizer Zeitungen konsultiert. Auch Bild- und Schriftquellen aus dem Archiv des Schweizer Strohmuseums wurden für die Beantwortung der Fragestellung herbeigezogen.

Nebst den historischen Hintergründen der Stroh- und Hutgeflechtindustrie, der Vorstellung

der wichtigsten Berufe sowie Arbeitgeber in der Region des Freiamts dient ein Porträt von drei Zeitzeug:innen dazu, die Vorzüge des bewusst mikrogeschichtlich gewählten Fokus aufzuzeigen. In den weiteren Kapiteln wird auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen, auf das soziale Engagement der Industriellen sowie auf das Alltags- und Familienleben im Zusammenhang der lokal präsenten Industrie eingegangen. Die Arbeit analysiert zudem den Niedergang der Stroh- und Hutgeflechtindustrie, der als Prozess über mehrere Jahrzehnte hinweg verstanden wird. Dabei werden die Gründe für den Abschwung gemäss der Forschungsliteratur mit jenen der Stimmen der Zeitzeug:innen sowie der Zeitungsberichte verglichen und analysiert. Während sich in der Sekundärliteratur vor allem das Narrativ des sich veränderten Modetrends, welcher die Nachfrage nach Hüten sinken liess, durchsetzte, fingen die Interviews individuelle Geschichten und Emotionen ein, welche Nuancen des Niedergangs offenbarten, die in schriftlichen Quellen nicht erfasst wurden. Auch die Zeitzeug:innen nannten die Mode als Ursache für die zurückgehenden Exportzahlen, gingen zudem auf die internationale Konkurrenz sowie die Diversifizierungsmassnahmen ein. Massnahmen seitens der Unternehmen gegen den sich abzeichnenden Abschwung wurden im Detail betrachtet sowie dieser als ein multifaktorieller Prozess verstanden. Die Zeitzeug:innen erlebten den Niedergang auf vielfältige Weise, wobei ein langsames Auslaufen der Industrie deutlich wird. Diese These erhärtet sich zudem durch den zeitlich schwierig verortbaren Abschwung. Im Bezug zu den Auswertungen der Zeitungsberichte fällt auf, dass der Lokalanzeiger auf die jeweiligen Firmenschliessungen meist nur in einem Bericht einging. Dabei wurde den Gründer- sowie Blütejahren besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Mögliche Ursachen für den Niedergang wurden weniger angesprochen, wobei wiederum exogene Gründe wie die allgemeine Absatzkrise oder die Weltwirtschaftssituation genannt wurden. Nicht-lokale Zeitungen hingegen sprachen

vielfach internationale Aspekte an und gingen weniger auf die Geschichte der Freiämter Unternehmen ein. Die Erzählweise der regionalen Zeitung erscheint emotionaler und nostalgischer, während die weiteren Schweizer Zeitungsberichte sachlicher und analytischer wirken. Der Niedergang wurde den Zeitzeug:innen zufolge im Dorf kaum thematisiert, weshalb die These einer Verdrängung des ökonomischen Scheiterns, welche sich mittels der Veränderungen im Dorfbild verfestigte, aufgestellt wird. Auch wenn einzelne Gebäude noch heute von der ehemaligen Industrie zeugen, so fallen die Abbrüche von Fabrikgebäuden un-

mittelbar nach der jeweiligen Betriebseinstellung auf. Das Freiämter Strohmuseum, eröffnet im Jahr 1976 rund zwei Jahre nach der Schliessung zweier wichtiger Arbeitgeber, thematisierte in der damaligen Dauerausstellung vor allem die historischen Hintergründe der Stroh- und Hutgeflechtindustrie und liess den Niedergang, welcher im Begriff des Geschehens war, weg.

Eine Publikation der gesamten Arbeit in der Zeitschrift „UNSERE HEIMAT. Jahresschrift der Historischen Gesellschaft Freiamt“ ist für 2025 geplant.



Leonard Kiener

## Der Münzhortfund von Bubendorf

Masterarbeit bei Prof. Dr. Stefan Rebenich

Als der ehrenamtliche Späher der Kantonsarchäologie Baselland Daniel Lüdin im Jahr 2021 einen Waldrand nahe Bubendorf (BL) durchkämmte, stiess er auf einen Topf voller Münzen. Wie sich später herausstellte war das Gefäss mit 1'290 spätrömischen Bronzemünzen aus konstantinischer Zeit gefüllt, die allesamt aus den Jahren 317–335 u. Z. stammen. Das Kleingeld wurde in nur wenigen Jahren zusammengetragen und bald danach verborgen, da bis auf wenige Ausnahmen sämtliche Münzen äusserst gut erhalten sind. Der Verbergungsgrund konnte von der Forschung bisher nicht mit konkreten historischen Ereignissen in Verbindung gebracht werden.

Ab den 260er Jahren u. Z. wurde die zivile Stadt Augusta Raurica sukzessive verlassen, und auch die Aktivität der verschiedenen in der Region verstreuten *villae rusticae* ging zurück, erlosch jedoch nicht gänzlich. Unter Diocletian (284–305 u. Z.) entstand zur Sicherung des Rheinübergangs ein Kastell, in dem auch die Zivilbevölkerung siedelte. Die Regierungszeit von Konstantin dem Grossen (306–337 u. Z.) gilt für das Gebiet der heutigen Schweiz traditionell als ruhig und war von einer gewissen Stabilität geprägt. Die Usurpation von Magnentius gegen Constans führte jedoch dazu, dass es ab 350 u. Z. auf dem Gebiet der heutigen Schweiz zu Einfällen der Alamannen

kam. Der Hort von Bubendorf kann folglich keinem bekannten „Katastrophenhorizont“ zugeordnet werden. Horte mit einem zeitlichen Endpunkt um das Jahr 335 u. Z. sind zudem äusserst selten, weshalb der Fund von Schweizer Medien als „Jackpot“ gefeiert wurde und auch international Aufmerksamkeit erhielt.

Es stellt sich deshalb die Frage, weshalb die Münzen verborgen wurden und wie der Fund aus Bubendorf im Vergleich zu anderen Münzhorten mit einer ähnlichen Zeitstellung zusammengesetzt ist. Die Auswertung von Horten bietet neben der Analyse von Streufunden die Möglichkeit, die ökonomischen Funktionen wie auch den Umlauf von Münzen zeitlich und räumlich zu rekonstruieren. Münzen waren nicht überall und gleichzeitig verfügbar.

Die numismatische Evidenz wird in der vorliegenden Masterarbeit, die die erste umfassende Auswertung des Hortes von Bubendorf bietet, um literarische Quellen ergänzt, wodurch der Hort in seinen sozio-ökonomischen Kontext eingegliedert wird. Zusätzlich wird für die quantitative Auswertung auf Hilfsmittel aus den Digital Humanities zurückgegriffen, die nicht nur eine vereinfachte quantitative und vergleichende Analyse ermöglichen, sondern auch der didaktischen Vermittlung der Ergebnisse dienen.

Aus numismatischer Perspektive war die erste Hälfte des 4. Jh. u. Z. weder ruhig noch stabil und von zahlreichen Münzreformen geprägt. Das Gewicht der Bronzemünzen hat sich zwischen 318 und 335 u. Z. halbiert und auch der Silbergehalt wurde drastisch reduziert. Diese Entwicklung hatte einen grundsätzlichen Vertrauensverlust in die Bronzenominale zur Folge. Goldmünzen übten in dieser Periode einen immer grösseren Einfluss auf die wirtschaftlichen Vorgänge aus, wobei sich auch gesellschaftliche Umwälzungen fassen lassen, da eine neue Führungsschicht entstand, die ihre Vorrangstellung aus der auf Gold basierenden Geldwirtschaft zog. Die Bronzenominale verfielen dadurch immer stärker, waren aber in hohen Mengen vonnöten. In der Folge kam es zur massenhaften Produktion von lokal hergestellten Imitationen (Fälschungen), um den Geldbedarf zu decken, da die Münzversorgung in vielen Regionen nicht mehr gewährleistet war.

Der Hort von Bubendorf beinhaltet ausschliesslich Bronzemünzen, die allesamt dem Nominal AE3 angehören. Die Kaufkraft der im Hort verborgenen Münzen war also trotz der grossen Menge an Kleingeld insgesamt gering. Es konnte jedoch nur eine einzige Imitation nachgewiesen

werden. Der Vergleich mit den Fundmünzen aus Augst/Kaiseraugst und Vindonissa hat zudem aufgezeigt, dass sich die Zusammensetzung der Münzstätten zuweilen stark unterscheidet und die Münzen somit nicht dem regionalen Umlauf entnommen worden sind. Weiter sind im Hort von Bubendorf die Münztypen der Jahre 320 bis 330 u. Z. im Vergleich zum regionalen Umlauf überrepräsentiert.

Beim Hort von Bubendorf handelt es sich deshalb wahrscheinlich um Münzthesaurierungen. Ältere und weniger entwertete Münzen mit einem höheren Silbergehalt wurden aufgrund ihres Materialwertes dem Umlauf entzogen und thesauriert. Die Münzen des Hortes unterliegen somit einer starken Selektion, worauf auch die geringe Menge von minderwertigen Imitationen hindeutet. Die wenigen Vergleichshorte mit einer ähnlichen Zeitstellung (v.a. Nodebais, Wenvoe und Neuß) stützen diese Interpretation. Die Zusammensetzung des Hortes von Bubendorf zeigt somit auf, wie sich wirtschafts- und finanzpolitische Entwicklungen mit sozio-ökonomischen Prozessen im 4. Jh. u. Z. auf lokaler Ebene miteinander verflochten.



Tobias Küng

## **Vom Erdölpreisschock zum Energieartikel**

Die Debatte zum Energiesparen in der Schweiz 1970 bis 1990

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr und Dr. Roman Rossfeld

Mit der Erdölpreiskrise der Jahre 1973 und 1974 rückte Energiesparen in das Blickfeld der schweizerischen Öffentlichkeit. Der Bund reagierte auf die Ereignisse mit der Ankündigung dreier autofreier Sonntage und dem Aufruf zum sparsamen Umgang mit Energie. Über weitergehende verfassungsmässige Möglichkeiten verfügte der Bund im energiepolitischen Bereich damals nicht, obwohl sich Energieangebot und -nachfrage seit dem Zweiten Weltkrieg signifikant verändert hatten. Das ab den 1950er-Jahren günstige und reichlich verfügbare Erdöl hatte zu einem beispiellosen wirtschaftlichen Wachstum beigetragen, in Zuge dessen sich in der Schweiz der Lebensstil substan-

ziell veränderte und der Umgang mit Energie verschwenderische Züge annahm: Der Energieverbrauch vervierfachte sich von 1950 bis 1973 – drei Viertel der verwendeten Energie stammten nun aus Erdöl. Die Erdölpreiskrise machte die Abhängigkeit von Erdöl deutlich und führte zur Ausarbeitung von Konzepten zur energiepolitischen Zukunft, in welchen das Energiesparen von grösserer Relevanz war. Über dessen Bedeutung im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Wachstum und mit ökologischen Problemen gingen die Meinungen allerdings stark auseinander. Die entworfenen Konzepte wurden in den 1980er-Jahren in konkrete politische Begehren überführt. Wäh-

rend die Versuche, das Energiesparen im Rahmen eines energiepolitischen Verfassungsartikels auf eidgenössischer Ebene festzuschreiben, in der ersten Hälfte des Jahrzehnts scheiterten, nahm das Stimmvolk 1990 den sogenannten Energieartikel schliesslich an. Dieser übertrug dem Bund erstmals die Kompetenz, im Rahmen der Energiepolitik Grundsätze und Vorschriften zum sparsamen und rationellen Energiegebrauch zu erlassen.

Die Masterarbeit beschäftigt sich mit den Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung der Energiepolitik von 1970 bis 1990, wobei der Schwerpunkt der Untersuchung auf dem Energiesparen liegt. Es wird versucht, für den Untersuchungszeitraum relevante energiehistorische Entwicklungslinien aufzuzeigen, um dann im Detail herauszufinden, welche Akteur:innen an der Auseinandersetzung beteiligt waren und mit welchen Argumenten sie die Ausarbeitung einer eidgenössischen Energiepolitik mit verstärktem Fokus auf das Energiesparen vorantrieben oder behinderten. Daneben fragt die Untersuchung nach dem Einfluss der beiden Energiepreiskrisen von 1973/1974 und 1978/1979 sowie der Atomkernenergiekatastrophe in Tschernobyl von 1986 auf die Akteur:innen und damit auf die eidgenössische Energiepolitik.

Für die Untersuchung wurden einerseits digitalisierte Amtsdruckschriften des Schweizerischen Bundesarchivs, andererseits eine breite Palette weiterer Quellen zum Thema Energiesparen aus dem Schweizerischen Bundesarchiv, dem Archiv für Zeitgeschichte und dem Schweizerischen Sozialarchiv analysiert. Für die Studie wurde auf den methodischen Ansatz des *Advocacy-Coalitions-Framework* von Paul Sabatier zurückgegriffen, welcher es ermöglicht, Politik-Veränderungen akteursbezogen zu untersuchen.

Im Untersuchungszeitraum wurde die Energiepolitik in der Schweiz von drei Koalitionen massgeblich beeinflusst. Die *konventionelle Koalition*, zu der Wirtschaftsverbände und die Energiewirtschaft zählten, vertraute auf fossile Energieträger. Bei deren Substitution präferierte sie die Atomkernenergie, Energiesparen genoss für sie hingegen tiefe Priorität. Die Einführung einer Energiesteuer lehnte sie entschieden ab. Die *alternative Koalition*, der in erster Linie Umweltorganisationen angehörten, forderte bei der Abkehr vom fossilen Energiepfad einschneidende Energiesparmassnahmen inklusive einer Energiesteuer und den Ausbau erneuerbarer Energiequellen. Die *staatliche Koalition* schliesslich, die sich zwischen den beiden anderen positionierte, und der unter anderem der Bundesrat und das Bundesamt für Energiewesen (BEW) angehörten, veränderte ihre Position im Untersuchungszeitraum erheblich. War sie anfangs stark von der *konventionellen Koalition* beeinflusst, näherte sie sich im Verlauf der 1980er-Jahre zunehmend der *alternativen Koalition* an. Ausschlaggebend dafür waren die beiden Erdölpreiskrisen von 1973/1974 und 1978/1979 und die Atomkernkatastrophe von Tschernobyl 1986. Diese wirkten als Katalysatoren für die Umweltbewegung, deren wachstumskritische Ansichten sich bis 1990 selbst in Teilen der *konventionellen Koalition* durchsetzten. Die Annahme des Energieartikels und der Volksinitiative, welche ein zehnjähriges Moratorium zum Bau von Atomenergieanlagen forderte, zeigte schliesslich, dass zwischen 1970 und 1990 eine Politik-Veränderung im Sinne Sabatiers stattgefunden hatte, war doch nun eine Mehrheit der Bevölkerung bereit, den fossil-nuklearen Energiepfad zu verlassen und dem Energiesparen verfassungsmässig grössere Bedeutung zu verleihen.



## Swiss Medical Unit (1989–1990)

Ein friedenserhaltender Einsatz im Spannungsfeld zwischen EDA und EMD

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Das Engagement der Schweiz im Bereich der militärischen Friedensförderung fand bislang – mit Ausnahme des Einsatzes in Korea – wenig Beachtung in den Geschichtswissenschaften. Das Ende der Schutzfrist relevanter Archivbestände des Eidgenössischen Departments für Auswärtiges (EDA) und des Eidgenössischen Militärdepartements (EMD) ermöglicht nun die Untersuchung entsprechender Entwicklungen in den 1980er und 1990er Jahren unter Berücksichtigung von diplomatie-, politik- und militärgeschichtlichen Fragestellungen. Die Masterarbeit befasst sich mit dem ersten substantiellen personellen Beitrag der Schweiz an einer friedenserhaltenden Operation der UNO, nämlich der von 1989 bis 1990 in Namibia eingesetzten Swiss Medical Unit (SMU). Die Einheit war Teil der United Nations Transition Assistance Group (UNTAG), die den Unabhängigkeitsprozess in Namibia überwachte. Die Aufgabe der SMU war die Sicherstellung der medizinischen Versorgung der UNTAG. Zu diesem Zweck verfügte die SMU über vier vorgelagerte Kliniken, Luftmittel sowie zwei Stabsteile. Insgesamt leisteten 387 Personen verteilt auf drei Kontingente in Namibia Dienst.

Dem Einsatz in Namibia ging ein langwieriger verwaltungsinterner und politischer Prozess über den Ausbau des Schweizer Engagements im Bereich der militärischen Friedensförderung voraus. So hatte die Schweiz nach der langfristigen Verpflichtung in Korea über dreissig Jahre auf ähnliche Einsätze verzichtet. Erst im Zuge eines sich verändernden innen-, aussen- und sicherheitspolitischen Umfelds in den 1980er Jahren, sowie als direkte Folge des verlorenen Referendums über den Beitritt zur UNO 1986, entschied sich der Bundesrat 1988 für einen Ausbau der finanziellen, materiellen und personellen Beiträge an friedenserhaltende Operationen der UNO. Dieser Ausbau erfolgte im konzeptionellen Rahmen einer ausgreifenden Komponente der Sicherheitspolitik in der Tradition des sicherheitspolitischen Berichts von 1973.

Der langjährige multilaterale Friedensprozess

über die namibische Unabhängigkeit kam ebenfalls 1988 zu einem erfolgreichen Abschluss. Die Schweiz bestätigte – ganz im Sinne des beschlossenen Ausbaus – bereits im Herbst 1988 die Partizipation an der entsprechenden friedenserhaltenden Operation der UNO. Die UNTAG sollte am 1. April 1989 implementiert werden. Für die Schweiz bedeutete dies, innert weniger Monate wesentliche Herausforderungen zu bewältigen. Darunter waren die Rekrutierung, Ausbildung und Ausrüstung des Personals, die Schaffung einer Rechtsgrundlage und die Kommunikation gegenüber der Bevölkerung. Als besondere Herausforderungen stellten sich der Aufbau von Strukturen und Kompetenzen innerhalb des EDA und des EMD sowie die Organisation der strategischen und operativen Führung heraus. Die Departemente mussten diese Kapazitäten parallel zum Einsatz in Namibia aufbauen.

Die SMU war als gemeinsames Projekt des EDA und des EMD konzipiert. Aus der Zusammenarbeit der beiden Departemente ergaben sich verschiedene Spannungsfelder. Prägend war insbesondere die Auseinandersetzung der Departemente um die zivile beziehungsweise militärische Ausrichtung des Einsatzes. So handelte es sich nominell um einen zivilen Einsatz. Die SMU war jedoch Teil der militärischen Komponente der UNTAG und als solche militärisch organisiert und geführt. Weiter resultierten aus der Organisation der strategischen und operativen Führung Konflikte. Parallele Stabsstrukturen in den beiden Departementen, unklare Kompetenzabgrenzungen und Unterstellungsverhältnisse sowie ungenügende Kommunikation hatten wesentliche Friktionen zur Folge. Eine teilweise Klärung dieser Verhältnisse trat erst im Herbst 1989 ein. Schliesslich kam es in Zusammenhang mit der SMU und deren Mandat zu Differenzen. Dies betraf etwa die Unterstützung von zivilen Gesundheitseinrichtungen, die Zusammenarbeit mit den südafrikanischen Streitkräften sowie die Kommando- und Stabsführung vor Ort.

Der Einsatz konnte mit der Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit im März 1990 abge-

geschlossen werden. Die SMU leistete einen substantiellen Beitrag zu diesem Erfolg. Zu den zentralen Lehren des Einsatzes gehörte die strikte Trennung von aussenpolitisch-diplomatischen und militärisch-operativen Aspekten bei der Durchführung

zukünftiger friedenserhaltender Operationen. Der Einsatz der SMU in Namibia bildete die Grundlage für das weitere Engagement der Schweiz im Bereich der militärischen Friedensförderung, das bis heute anhält.



Michael Minder

## **Dribbling an der Grenze**

Die Entwicklung des schweizerischen Fussballsports während des Ersten Weltkriegs

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Die Einführung des Fussballsports in der Schweiz geht auf die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts und die Präsenz britischer Expats zurück. Die körperliche Ertüchtigung mit dem Lederball stiess zunächst primär in akademischen und kaufmännischen Kreisen auf Resonanz und war in den Anfangsjahren ein städtisches Phänomen. Nach relativ kurzer Zeit erlangte der Schweizer Fussball besonders über die Landesgrenzen hinaus einen exzellenten Ruf, da er zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Art Pionierrolle einnahm. Dies war darauf zurückzuführen, dass Schweizer massgeblich an der Etablierung des Fussballs in anderen Ländern beteiligt waren. In der Eidgenossenschaft selber blieb der Sport zunächst eine marginale Erscheinung, da das Turnen eine weitaus wichtigere Rolle in der körperlichen Erziehung der Bevölkerung einnahm. In der Zwischenkriegszeit erfolgte dann die Etablierung des Fussballs als Volkssport. Die historische Forschung hat sich bislang intensiv mit der Genese des Fussballs in der Schweiz sowie mit der Hochphase des Elfpersonensports in der Zwischenkriegszeit auseinandergesetzt. Eine eingehende Untersuchung über den Zeitraum während des Ersten Weltkriegs stand bislang jedoch aus, sodass sich diese Masterarbeit eines Forschungsdesiderats annimmt. Die Schweizerische Fussballzeitung stellt dabei die Hauptquelle für die Untersuchung des Fussballsports während des Ersten Weltkriegs dar. Das periodisch erschienene Druckerzeugnis wurde während des Krieges wöchentlich publiziert und berichtete über das fussballerische Geschehen in der Eidgenossenschaft.

Den methodischen Schwerpunkt der Arbeit bildet eine Diskursanalyse, die das Ziel verfolgt,

die mediale Repräsentation des Fussballs im Printmedium zu untersuchen. Um die Thematik möglichst breit abzudecken, wird die Methodik durch eine historisch-hermeneutische Vorgehensweise ergänzt. Auf diese Weise lässt sich erklären, welche Diskurse für den Fussballverband und dessen Verbandsorgan während des Ersten Weltkriegs von Bedeutung waren und was den Schweizer Fussballsport zu dieser Zeit thematisch prägte.

Die Untersuchung belegt, dass sich der Fussball zur Zeit des Ersten Weltkriegs in einer ambivalenten Phase befand. Ein beträchtlicher Anteil aktiver Fussballspieler absolvierte den Militärdienst an der Grenze und schrieb in der Zeitung über das dortige fussballerische Geschehen. Einige Offiziere erkannten das Potential des Sports und integrierten ihn in den Militäralltag. Berichte zeigen, dass zahlreiche Männer, die zuvor keine Berührungspunkte mit der Ertüchtigung am Lederball hatten, durch dessen Ausführung im Militär einen positiven Zugang zum Fussballsport fanden. Es lässt sich zudem konstatieren, dass die Fussballzeitung sowie der Fussballverband stets Wert auf eine sehr positive Berichterstattung über den Fussball legten und aktiv Propaganda für den Sport machten. Die Fussballbegeisterten erkannten die Möglichkeit einer zukünftig grösseren gesellschaftlichen Anerkennung der Ertüchtigung mit dem Ball und versuchten durch ihr Handeln den Fussballsport voranzubringen. Die positive Propaganda zielte zudem darauf ab, den in der Gesellschaft noch immer negativ behafteten Vorurteilen gegen den Fussballsport entgegenzuwirken.

Es lässt sich jedoch auch feststellen, dass der Sport durch den Krieg erheblichen Problemen

ausgesetzt war. Die Generalmobilmachung hatte zur Konsequenz, dass den Clubs vor allem in den ersten Kriegsjahren zahlreiche aktive Fussballspieler fehlten, was regelmässig in Spielverschiebungen resultierte. Des Weiteren führten die durch den Krieg bedingten Importschwierigkeiten zu erheblichen Problemen in der Durchführung der jeweiligen Saison. Dies war darauf zurückzuführen, dass der Staat die Fussballfelder landwirtschaftlich unnutzte oder der Fahrplan der SBB erheblich eingeschränkt war. In Verbindung mit der zu Kriegsende grassierenden Spanischen Grippe führten diese Faktoren massgeblich dazu, dass der Fussballverband während des Kriegs nur mit Mühe und Not den Spielbetrieb aufrechterhalten konnte und einen Mitgliederschwund verzeichnete. Bereits in den ersten Jahren nach dem Krieg

stiegen die Mitgliederzahlen signifikant an und übertrafen deutlich die Verhältnisse, die noch vor dem Krieg bestanden. Diese Entwicklung lässt darauf schliessen, dass der Fussballsport sich von den Kriegswirren rasch erholte. Es kann angenommen werden, dass der während des Militärdienstes ausgeübte Fussballsport einen bedeutenden Beitrag zur späteren Popularisierung der sportlichen Betätigung in der Zwischenkriegszeit leistete. Infolgedessen lässt sich der Schluss ziehen, dass der Krieg in gewisser Weise die Ausbreitung des Fussballsports förderte. Die Zeit während des Ersten Weltkriegs hatte einen prägenden Einfluss auf die Entwicklung des schweizerischen Fussballsports, da in dieser Periode eine Vielzahl von grundlegenden und den Sport nachhaltig beeinflussenden Entscheidungen fielen.



Alliya Ahmad Oppliger

### **„Have never been there and don't want to“**

Die Repatriierungspolitik durch die Alliierten im Spiegel der Child Search Branch Akten und die Repatriierung jugoslawischer Kinder

Masterarbeit bei Dr. Regina Fritz

Diese Masterarbeit beleuchtet die Suche, Betreuung und Rückführung jugoslawischer Kinder nach dem Zweiten Weltkrieg – ein bisher wenig erforschtes Thema. Sie geht der Geschichten von 18 Kindern nach, die durch den Krieg von ihren Familien getrennt wurden und deren Erlebnisse stellvertretend für viele andere stehen. Im Fokus stehen die politischen und bürokratischen Herausforderungen, die die vielfältigen Rückführungsbestrebungen begleiteten.

Internationale Organisationen wie die United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) und ihre Nachfolgerin, die International Refugee Organization (IRO), spielten eine zentrale Rolle bei der Suche und Betreuung dieser Kinder. Besondere Schwierigkeiten ergaben sich bei der Rückführung von Kindern, die als „volksdeutsch“ galten, da ihre Situation durch die politischen Spannungen im Rahmen des Kalten Krieges zusätzlich verkompliziert wurde. Die Analyse der individuellen Schicksale zeigt, dass sich der Lebensweg der Kinder nach dem Krieg unterschied-

lich gestaltete: einige wurden adoptiert, andere emigrierten oder kehrten freiwillig bzw. zwangsweise in ihre Heimat zurück. Die Biographien verdeutlichen, wie politische Entscheidungen und geopolitische Spannungen die Rückführung und Betreuung der Kinder beeinflussten und wie die Kinder in diesem Kontext zu politischen Akteur:innen wurden.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stand die Rückführung jugoslawischer Kinder vor erheblichen logistischen und politischen Herausforderungen. Internationale Organisationen wie die UNRRA und das Internationale Rote Kreuz arbeiteten eng mit militärischen Organen, insbesondere den britischen und amerikanischen, zusammen, um sicherzustellen, dass die logistischen Anforderungen für die Rückführung erfüllt wurden und die Kinder sicher in ihre Heimatländer zurückkehren konnten. Diese Kinder wurden registriert, ihre Herkunftsinformationen sowie weitere Umstände dokumentiert und ihre Rückführung koordiniert. Das Jugoslawische Rote Kreuz (JRK) spielte eine

wesentliche Rolle in diesen Bemühungen, indem es umfangreiche Nachforschungen in Lagern, Krankenhäusern und Waisenhäusern in ganz Europa durchführte, um jugoslawische Kinder aufzufinden.

Die Rückführung jugoslawischer Kinder begann offiziell erst 1946. Bis zum 31. Oktober 1946 wurden insgesamt 9511 unbegleitete Kinder identifiziert, die die jugoslawische Staatsangehörigkeit beanspruchten und sich unter der Obhut der UNRRA befanden. Das JRK koordinierte die Rückführung mit anderen Rotkreuz- und Hilfsorganisationen sowie mit Militär- und Regierungsbehörden. Sie leisteten humanitäre Hilfe, einschliesslich der Bereitstellung von Nahrung, Kleidung, medizinischer Versorgung und Unterkunft. Ein zentraler Aspekt der Rückführung war die Organisation von Transport und Logistik. Das JRK koordinierte mit den Transportbehörden, organisierte Reisedokumente und stellte sicher, dass die Kinder sicher nach Jugoslawien gelangten.

Die Bemühungen um die Rückführung wurden durch politische Spannungen zusätzlich erschwert. Die britischen und amerikanischen Militärbehörden sowie katholische Institutionen hatten oft unterschiedliche Ansichten zur Rückführung jugoslawischer Kinder, insbesondere vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges. Trotz dieses Widerstands setzte sich die UNRRA weiterhin für die Rückführung ein und bemühte sich, die Kinder auf ihre Rückkehr vorzubereiten.

Diese Masterarbeit stützt sich auf umfangreiche Archivrecherchen, insbesondere die Akten des International Tracing Service (ITS) und Dokumente aus den Archiven der Vereinten Nationen. Eine detaillierte Untersuchung von 64 Kinderakten aus dem Teilbestand der Verwaltungsunterlagen des Child Search Branch (CSB) aus den Jahren 1947 bis 1950 bieten tiefgehende Einblicke in die individuellen Schicksale und die umfassenden humanitären Bemühungen, diesen Kindern zu helfen.

Zu den wichtigsten Quellen gehören die Akten des ITS mit über 65'000 Einträgen zu vermissten oder wiedergefundenen Kindern sowie Dokumente und Berichte aus den UN Archives, die die Rolle internationaler Organisationen wie der UNRRA und der IRO in der Nachkriegszeit beleuchten. Zusätzliche Dokumente und Fotografien aus dem United States Holocaust Memorial Museum (USHMM) dokumentieren die humanitären Bemühungen und die Schicksale der betroffenen Kinder.

Diese Arbeit leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag zur historischen Forschung über die Nachkriegszeit und die humanitären Herausforderungen, sondern schärft auch das Bewusstsein für die komplexen politischen und sozialen Dynamiken dieser Zeit. Sie erzählt von menschlicher Hingabe, Hoffnung und Widerstandsfähigkeit in einer Zeit des Umbruchs und der Erneuerung und bietet wertvolle Einblicke in die historischen, politischen und ideologischen Konflikte der Nachkriegszeit.



Jana Bernadette Rieder

## **Schnittstellen weiblicher und männlicher religiöser Gesellschaften**

### **Das Beispiel der Freiburger Ursulinen und Jesuiten**

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Windler

Die Masterarbeit beschäftigt sich mit der Frage nach dem Verhältnis zwischen den weiblichen Ursulinen und männlichen Jesuiten in der Stadt Freiburg im Üechtland zwischen 1634 und 1773. Ausgewertet wurden dazu die Annalen, welche im Archiv der Gesellschaft Sankt Ursula in Freiburg überliefert sind. Die Arbeit zeigt, dass dieser Quellentyp in der bisherigen Forschung zu den Ursulinen zu Unrecht oft vernachlässigt wurde.

Methodisch verortet sich die Arbeit in der Geschlechtergeschichte der Frühen Neuzeit.

Die Arbeit ist in zwei Hauptteile gegliedert. Im ersten Teil (Felder der Zusammenarbeit und Kontaktsituationen) wird die praktische Ebene der wechselseitigen Kontakte untersucht, während der zweite Teil (Narrative Ebene der Zusammenarbeit) die narrative Umsetzung dieser Kontakte in den Annalen in den Blick nimmt. Auf beiden Ebe-

nen lassen sich die vielseitige Zusammenarbeit und gegenseitige Einflussnahme nachvollziehen. Die Beziehung zwischen Ursulinen und Jesuiten funktionierte unabhängig von Einzelpersonen als eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Gesellschaften. Auf narrativer Ebene erfuhr diese Zusammenarbeit eine Historisierung, während Gabenaustauschrituale die Zusammenarbeit bestärkten. Obwohl die beide Gesellschaften ähnliche Aufgaben übernahmen, zeigt die Arbeit, dass Frauen aufgrund ihres Geschlechts spezifische Strategien zur Erfüllung eines aktiven Apostolats verfolgten. Die Ursulinen adaptierten jesuitische Praktiken für ihre eigenen Lebensumstände. Sie verschoben diese teils in den kontemplativen Bereich, prägten umgekehrt aber auch Formen der Kontemplation im Handeln, wie sie auch für die Jesuiten charakteristisch waren. Die Ursulinen trugen somit auf ihre Weise zur Verbreitung der nachtridentinischen Reformbestrebungen sowie jesuitischer spiritueller Praktiken in Freiburg bei. Die Beziehung zwischen den beiden Gesellschaften verschaffte beiden Seiten Vorteile. Dazu gehörte insbesondere das Vermitteln von Zugang zu verschiedenen Sphären. Für die Jesuiten bestanden

die daraus resultierenden Vorteile in der Möglichkeit, sich durch die Ursulinen den Zugang zu den Frauen der Oberschicht zu erschliessen. Den Ursulinen wiederum eröffnete sich die Möglichkeit, sich durch die Vermittlung der Jesuiten zwischen Kirchenhierarchie und weltlichen Obrigkeiten zu etablieren. Das Geschlecht stellte dabei einen massgeblichen Faktor dar, der das Verhältnis und die Zusammenarbeit der beiden Gesellschaften beeinflusste. Das Geschlecht determinierte die Kontexte, in denen sich die beiden Gemeinschaften begegneten, die Art und Weise, wie sich diese legitimierten, die Hierarchie innerhalb der Beziehung, die geschlechtsspezifischen Vorstellungen von einem tugendhaften Leben sowie die Aufteilung und Abgrenzung von Tätigkeitsbereichen.

Die vorliegende Arbeit zeichnet sich insbesondere durch ihren Fokus auf das Geschlecht der Ursulinen und die daraus resultierenden Handlungsspielräume und Praktiken sowie durch die Differenzierung zwischen Narrativ und Praktik aus. Dadurch unterscheidet sie sich von bisherigen Forschungsarbeiten zu den Beziehungen zwischen Ursulinen und Jesuiten.



Marvin Rodriguez

## **Auswirkungen erinnerungskultureller Institutionen auf die Vergangenheitsaufarbeitung der lokalen Bevölkerung – Fallbeispiel Gailingen**

Masterarbeit bei Dr. habil. Carmen Scheide

Die Geschichte der deutschen Vergangenheitsaufarbeitung seit 1945 ist geprägt von inneren Widersprüchen, hartnäckigem Beharrungsvermögen und unerwarteten Durchbrüchen. Erst die Etablierung erinnerungskultureller Institutionen in den 1980er und 1990er Jahren, die auf Initiative von neu gegründeten historischen Vereinen gegründet wurden, hat den Weg für eine Erinnerungskultur geebnet, die sich heute darin äussert, dass die kritisch-reflexive Erinnerung an das NS-Regime mittlerweile zum festen Bestandteil des deutschen Selbstverständnisses gehört. Welchen Einfluss die institutionalisierte Erinnerungskultur auf das Geschichtsbewusstsein der lokalen Bevölkerung hat, ist jedoch ein Aspekt, der in der bisherigen For-

schung zur deutschen Vergangenheitsaufarbeitung nur untergeordnet berücksichtigt worden ist.

Die Arbeit geht der Frage nach, ob und inwiefern sich die Aktivitäten erinnerungskultureller Institutionen als Akteure der Erinnerungskultur auf die Sensibilisierung der lokalen Bevölkerung für eine kritische Auseinandersetzung mit der Zeit des NS-Regimes auswirken, und ob sie somit einen Beitrag zur Vergangenheitsaufarbeitung leisten. Der Fokus liegt dabei auf einem klar lokal definierten Kontext: der kleinen an der Grenze zur Schweiz gelegenen Gemeinde Gailingen am Hochrhein. Gailingen eignet sich gut als Beispiel dafür: So wurde die jüdische Gemeinde des Dorfes mit ihrer 300-jährigen Geschichte durch die

Deportation von 200 Gailinger Juden in das Konzentrationslager in Gurs in Frankreich im Jahre 1940 Opfer der Verfolgung durch den NS-Staat und fand dadurch ihr abruptes Ende. Wie man sich mit der damaligen Zeit nach dem Ende des Krieges auseinandersetzte und versuchte, an sie zu erinnern, zeigen erinnerungskulturelle Institutionen wie zwei Vereine und ein Museum, welche sich mit der jüdischen Geschichte des Dorfes befassen.

Mittels der Analyse und dem Vergleich von acht exemplarischen Oral-History Interviews wurde untersucht, inwiefern intergenerationelle Divergenzen in Bezug auf das Wissen zur Geschichte des jüdischen Gailingens bestehen, ob es Unterschiede in der Vergangenheitsdeutung gibt und welche Rolle dem jüdischen Museum Gailingen dabei zukommt. Anhand der Auswertung von Archivquellen aus den Gemeinde- und den Vereinsarchiven wurde zusätzlich untersucht, ob sich ein Unterschied zur Vergangenheitsaufarbeitung auf Bundesebene abzeichnen lässt.

Als Ergebnis lässt sich zunächst festhalten, dass Gailingen zwar nicht als Vorreiter der Vergangenheitsaufarbeitung in Deutschland gesehen

werden kann, insgesamt jedoch durchaus die bundesdeutsche Entwicklung auf Ebene der Gemeinden widerspiegelt. Die Interviews haben sodann gezeigt, dass sich vor allem bei der jüngeren Generation, im Unterschied zu den Angehörigen der älteren Generation, die als Zeitzeug:innen der Geschehnisse des Zweiten Weltkriegs über das meiste Wissen zur Dorfgeschichte verfügen, ein Prozess der kritischen Aufarbeitung der NS-Zeit und des Holocaust ausmachen lässt. Wie gross der Anteil der erinnerungskulturellen Institutionen an dieser Entwicklung ist, konnte anhand der Interviews nicht genau herausgefunden werden. Deutlich geht hingegen hervor, dass die Befragten aller Generationen das Museum kennen und es als integralen Bestandteil ihrer Gemeinde betrachten. Mit seinen Aktivitäten trägt es somit dazu bei, die Erinnerung an den Holocaust lokal zu verankern. Bewirken könnte es in Zukunft vielleicht auch, vermehrt das Interesse sowohl der Wissenschaft als auch einer breiteren Bevölkerung für eine Betrachtung der Geschichte des NS-Regimes aus einer lokalen Perspektive wie derjenigen Gailingens zu wecken.



Nicola Schiess

## **Von der Schweiz an die Ostfront**

Die Erfahrungen der Teilnehmenden der dritten und vierten Ärztemission 1942/43

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Die Arbeit beschäftigt sich mit den Erfahrungen der Teilnehmenden der dritten und vierten Schweizer Ärztemission an die Ostfront. Zwischen Ende 1941 und Anfang 1943 kamen insgesamt vier Schweizer Ärztemissionen an diesen Frontbereich zu Stande. Die Missionen wurden aus neutralitätspolitischen Gründen nicht vom Schweizerischen Roten Kreuz (SRK) durchgeführt, sondern von einem neu gegründeten privaten „Komitee für Hilfsaktionen unter dem Patronat des Schweizerischen Roten Kreuzes“. Im Zuge der dritten Mission reisten die Schweizer:innen in das heutige Lettland und in den russischen Nordwesten. Die vierte Mission führte die Missionsteilnehmenden in die heutige Ukraine und das heutige Russland. Somit wird in dieser Arbeit sowohl eine Mission

beleuchtet, welche die Schweizer:innen nahe an die Front brachte, als auch eine weitere, die eher im ruhigeren Hinterland verortet war. Unabhängig davon war die Teilnahme an einer Schweizer Ärztemission eine einmalige Gelegenheit, Einblick in den Lazarettalltag im Osten Europas zu erhalten. Zudem kamen die Missionsteilnehmenden, welche allesamt in deutschen Lazaretten tätig waren, in Kontakt mit verschiedenen Menschen und Landschaften. Kern der Masterarbeit sind die persönlichen Erfahrungen der Missionsteilnehmenden, wie sie in verschiedenen Missionsberichten und Reisetagebüchern festgehalten wurden. Durch die Analyse von insgesamt 21 solcher Berichte und tagebuchartigen Aufzeichnungen von Missionsteilnehmenden erfolgt eine Untersuchung der

Erfahrungen der Schweizer:innen und bringt diese miteinander in Verbindung. Die Masterarbeit fragt danach, inwiefern der humanitäre Charakter der Missionen in den Quellen Thema ist, wie die Missionsteilnehmenden den Raum „Osten“ und die darin lebenden Menschen beschreiben und wie sich die Dichotomie von Krieg (Front) und Frieden (Heimat) in den Aufzeichnungen niederschlägt. Weitere Untersuchungsfelder sind die Gestaltung der Beziehung zum Personal vor Ort, das Wissen der Schweizer:innen über deutsche „Gräueltaten“ in den besetzten Ostgebieten, sowie in den Berichten vorgebrachte Gedanken zu medizinisch-technischen Erfahrungen und deren Nutzen für die Schweiz. Die Untersuchung der Selbstzeugnisse zeigt, dass zwischenmenschliche Erfahrungen – neben den medizinisch-technischen – bei den Missionsteilnehmenden einen bleibenden Eindruck hinterlassen haben. Insbesondere

mit ihren deutschen Kolleg:innen verstanden sie sich in den meisten Fällen sehr gut, was zu einer erfolgreichen Zusammenarbeit führte. Die Art und Weise, wie die Beteiligten über die Landschaft und die Menschen des „Ostens“ schrieben, entspricht in vielerlei Hinsicht einem tradierten und auf Stereotypen basierenden Diskurs, der sich auch in anderen west- und mitteleuropäischen Schriften finden lässt. Der Krieg und seine Auswirkungen waren omnipräsent, was sich auch in den Quellen widerspiegelt. Er war auch Gegenstand zahlreicher politischer Diskussionen, die an der Ostfront rege geführt wurden. Dabei kamen vereinzelt auch die deutschen Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung in den besetzten Ostgebieten und an sowjetischen Kriegsgefangenen zur Sprache, was zeigt, welchen tiefen Einblick die Schweizer:innen in das Kriegsgeschehen erhalten haben.



Ava-Katharina Schröder

## **Mehr als Völkermord und antifaschistischer Widerstand**

Die Darstellung der systematischen Judenverfolgung und -vernichtung in der historischen Kinder- und Jugendliteratur der DDR von 1949–1990

Masterarbeit bei Dr. habil. Carmen Scheide

Aufgrund der staatlich verankerten antifaschistischen Tradition der DDR war eine vertiefte Auseinandersetzung mit Themen wie Antisemitismus, NS-Verbrechen, Schuld und Verantwortung oder die Leidensgeschichte der jüdischen Bevölkerung kaum möglich. Der Einfluss der antifaschistischen Staatsdoktrin der DDR sowie der gesellschafts- und kulturpolitische Umgang der DDR mit der systematischen Judenverfolgung und -vernichtung lässt sich auch in der ostdeutschen Literatur erkennen. Das antifaschistische Dogma war grundsätzlich für alle Formen der Thematisierung der NS-Vergangenheit in literarischen Produktionen verbindlich. Diese Umstände führten dazu, dass in der Forschung die Darstellung und Thematisierung der systematischen Judenverfolgung und -vernichtung in der DDR-Literatur lange Zeit als nicht existent galt.

Die antifaschistische Tradition, auf die sich die

DDR berief, liess vermuten, dass eine tiefere Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen an den Jüd:innen in der ostdeutschen Literatur nicht stattgefunden hat. Entgegen dieser Annahme wird in dieser Untersuchung gezeigt, dass im Bereich der ostdeutschen Literatur durchaus ein umfassendes und differenzierteres Bild der Erinnerungskultur hinsichtlich der systematischen Judenverfolgung und -vernichtung vorherrschte. Zudem wird in dieser Untersuchung mit der (historischen) Kinder- und Jugendliteratur (KJL) der DDR ein Bereich erschlossen, der in der bisherigen Forschung zur Darstellung der systematischen Judenverfolgung und -vernichtung in der DDR-Literatur kaum berücksichtigt wurde. Die (historische) KJL der DDR stellt als Teilsystem der ostdeutschen Literatur einen bislang wenig beachteten Bereich dar, in dem die systematische Judenverfolgung und -vernichtung thematisiert werden konnte und eine Form der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit

stattfind. Diese Arbeit untersucht die konkrete Darstellung der systematischen Judenverfolgung und -vernichtung in der historischen KJL der DDR im Zeitraum von 1949 bis 1990. Ziel der Arbeit ist die Sichtbarmachung und Erarbeitung von konkreten Narrativen der systematischen Judenverfolgung und -vernichtung in der entsprechenden KJL sowie die Untersuchung und Darlegung der konkreten Darstellung der Narrative in der KJL anhand von exemplarischen Beispielen.

Die Erkenntnisse dieser Arbeit ergänzen die bisherigen Untersuchungsergebnisse, indem sie mit diesem spezifischen Feld eine Forschungslücke schliessen. Im Rahmen dieser Masterarbeit konnte festgestellt werden, dass in der historischen KJL der DDR die systematische Judenverfolgung und -vernichtung thematisiert und mithilfe verschiedener Narrative dargestellt wurde. Es konnte nachgewiesen werden, dass von 1949–1990 in insgesamt 23 Kinder- und Jugendbüchern ostdeutscher Autor:innen die Thematik aufgegriffen und dargestellt wurde. Das lange vorherrschende Vorurteil, dass in der DDR aufgrund der antifaschistischen Staatsdoktrin kein Raum für die Auseinandersetzung oder Thematisierung der NS-Verbrechen war, konnte durch die Analyseergebnisse aus der Untersuchung der historischen Kinder- und Jugendbücher widerlegt werden. Mithilfe einer qualitativen Analyse konnte aufgezeigt werden, dass in den 23 untersuchten Kinder- und

Jugendbücher ostdeutscher Autor:innen insgesamt 18 verschiedene Narrative zur Darstellung der systematischen Judenverfolgung und -vernichtung verwendet wurden. Die gefundenen Narrative wurden systematisch erfasst und kategorisiert, sodass die 18 verschiedenen Narrative in die fünf Oberkategorien: ‚Widerstandskampf‘, ‚Flucht und Emigration‘, ‚Helfer- und Opfernarrativ‘, ‚systematische Judenverfolgung und -vertreibung‘ und ‚systematische Judenvernichtung‘ unterteilt werden konnten. Durch die Systematisierung und Kategorisierung konnten insgesamt 16 Narrative herausgearbeitet werden, die neben den staatlich vorgeschriebenen Narrativen des „antifaschistischen Widerstandskampfs“ und der/des „sozialistischen Heldin:in“ vorherrschend waren. Abschliessend konnte anhand zweier exemplarischer Kinder- und Jugendbücher aufgezeigt werden, wie die Narrative konkret dargestellt und umgesetzt wurden.

Die Analyse der historischen KJL hinsichtlich der Narrative der systematischen Judenverfolgung und -vernichtung hat ergeben, dass die Darstellung weit über die der/des staatlich propagierten „antifaschistischen Widerstandskämpfer:in“ hinausgehen und sich vielfältiger gestalten, als lange Zeit in der Forschung angenommen wurde. Die Darstellung der systematischen Judenverfolgung und -vernichtung in der historischen KJL der DDR von 1949–1990 war mehr als Völkermord und antifaschistischer Widerstand.



Marc André Siegenthaler

## **Antike aus Polygonen**

### **Körpergeschichtliche Rezeptionen in digitalen Spielen**

Masterarbeit bei PD Dr. Jan B. Meister

In der Arbeit *Antike aus Polygonen. Körpergeschichtliche Rezeptionen in digitalen Spielen* konnte festgehalten werden, dass sich digitale Spiele als lohnendes Untersuchungsfeld für die Rezeptionsgeschichte der Antike eignen. Hierbei kann auf der Transformationstheorie von Hartmut Böhme aufgebaut werden, die von einer wechselseitigen Beeinflussung der Aufnahme- und Rezeptionskultur ausgeht. Als einflussreiches Populärmedium erreichen digitale Spiele ein Millionenpublikum und

wirken sich auf kollektive Geschichtsbilder und Geschichtsvorstellungen aus. Dabei, wie bei allen Rezeptionen, sind die digitalen Spiele und deren Entwicklerstudios nicht isoliert analysierbar und müssen in einen (zeit-)historischen Kontext gestellt werden. Wie werden die historischen Figuren der Kleopatra VII und Gaius Iulius Caesars in den digitalen Spielen rezipiert und präsentiert? Welche Sehgewohnheiten beeinflussen diese Darstellung und wie werden Besonderheiten der Figuren spie-

lemechanisch umgesetzt? Welche vermeintlich antiken Bilder von Weiblichkeit und Männlichkeit werden in den untersuchten digitalen Spielen (re-)konstruiert? Welchen Rollen dienen diese Bilder und differenzieren sie sich? Dabei soll auch die Frage der Authentizität berücksichtigt werden, während nicht von einem simplen „richtig“ oder „falsch“ ausgegangen wird und die Debatten der *historical accuracy* zwischen Entwickler:innen und Spielenden miteinbezogen werden. Mit diesen Fragen wurden die digitalen Spiele *Total War: Rome 2* (2013) und *Assassin's Creed: Origins* (2017) analysiert.

Die Rezeption der historischen Figuren der Kleopatra VII und des Gaius Iulius Caesar in den untersuchten digitalen Spielen ist eng verknüpft mit den Sehgewohnheiten, die sich bereits in anderen Populärmedien, wie in den Spielfilmen als audiovisuell nahverwandtes Medium, etabliert haben. So ist die Figur der Kleopatra gekennzeichnet vom Topos der *femme fatale*, der Verführerin, die sexuelle Reize ausspielt und diesen Vorstellungen körperlich entspricht. Ihre Darstellung ist massiv von einer jahrtausendealten Rezeptionstradition beeinflusst, die mit der augusteischen Propaganda einsetzte und bis ins digitale Zeitalter anhält. Die Entwickler:innen sind sich diesem Umstand bewusst, so wurden bei der Entwicklung einige Expert:innen wie Ägyptologinnen, Archäologen und Historikerinnen beigezogen. Aber auch die von Populärmedien geprägten Sehgewohnheiten fließen in bestimmtem Mass in die Präsentation des digitalen Spiels ein, da sich das Publikum ansonsten zu sehr vor den Kopf gestossen fühlen würde. Die zeithistorischen Zustände in den Entwicklerstudios, allen voran bei Ubisoft, dem Studio hinter *Assassin's Creed: Origins*, wo eine Atmosphäre von toxischer Männlichkeit und Machismus relevante Stellen beherrschte, wirkten sich auch auf die Darstellung der Antike in digitalen Spielen aus. Bei der Betrachtung von weiteren Figuren fiel auf,

dass ein zu starker Ausbau von weiblichen Figuren bei einigen Spielenden eine enorm negative Reaktion auslöste. Die untersuchten digitalen Spiele sind beste Beispiele für die Aushandlung dieses Kulturkampfphänomens, das in einer digitalen Antike ausgetragen wird. In den angesprochenen Zielgruppen greift der Ansatz einer *Geek Masculinity* besonders, nach der sich bestimmte männliche Spieler von einer zunehmenden Repräsentation weiblicher Spielfiguren im Medium des digitalen Spiels angegriffen fühlen und unter dem Deckmantel der *historical accuracy* einen regelrechten Kulturkampf führen. Die Analyse und Kontextualisierung aus einer ahistorischen Perspektive bietet sich hier an, um aufzuzeigen, inwiefern sich diese Verhandlungen und Transformationen bereits in einen langfristigen Reproduktions- und Rezeptionsprozess eingliedern und durch gewisse Seh- und Erlebnisgewohnheiten befangen sind.

Körperlichkeit(en) und Sexualität sind in den betrachteten Spielen fast ausschliesslich im Rollenspiel *Assassin's Creed: Origins* anzutreffen, da diese Aspekte in *Total War: Rome 2* allein genrebedingt keine grosse spielmechanische Funktion einnehmen. Der Topos der sexuellen *femme fatale* ist in *Assassin's Creed: Origins* mit Kleopatra sowie weiteren *non playable characters* (NPCs) präsent und in einer orientalisierenden Rolle festgeschrieben. Eine interessante Beobachtung ist zudem die negative Assoziation der Sexualität, die nicht der heutigen heteronormativen Ansicht entspricht. Aufgrund der hier veranschaulichten Männlichkeitsbilder muss aber festgestellt werden, dass diese im Vergleich zur gezeigten Weiblichkeit begrenzt und weniger komplex auftreten, was wiederum auf das Quellenkorpus zurückzuführen ist. Bei der Untersuchung der Quellen liess sich zudem bereits im Verlauf weniger Jahre eine Entwicklungstendenz und Veränderung der Körperlichkeit(en) feststellen.



Joel Sollberger

## Weibliches Exil

Drei jüdische Frauen aus Wien und die Schweizer Flüchtlingspolitik von 1938 bis 1955

Masterarbeit bei Prof. Dr. Julia Richers

Als Österreich im Jahr 1938 vom nationalsozialistischen Deutschland annektiert und dem Dritten Reich „angeschlossen“ wurde, hatte dies fatale Auswirkungen für die jüdische Bevölkerung. Rund eineinhalb Jahre vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs führte diese Annexion zu einer der grössten Fluchtwellen Europas im 20. Jahrhundert. In kürzester Zeit ergriffen über 100'000 jüdische Männer und Frauen aus Österreich die Flucht vor dem NS-Terror. Rund 5'500 bis 6'500 Personen suchten dabei aufgrund der geografischen Lage als Nachbarland Zuflucht in der Schweiz. Dabei trafen sie auf ein fremdenfeindliches Klima in einem Land, in welchem die Gefahr einer vermeintlichen „Überfremdung“ die behördliche Politik bestimmte.

Die Schweizer Flüchtlingspolitik und die Rolle der Schweiz im Zeitraum des Zweiten Weltkriegs gilt als eines der meistbeleuchteten Kapitel der jüngeren Schweizer Geschichte. Der Fokus der Forschung lag dabei jedoch lange Zeit auf behördlichen Akteur:innen und weniger auf den von dieser Politik Betroffenen. Dies vermochte sich in jüngerer Zeit zu ändern, aber gerade betroffene Frauen wurden dabei von der Forschung oftmals vernachlässigt. Aus diesem Umstand ergibt sich eine Forschungslücke, der mit dieser Arbeit entgegengewirkt werden soll. Im Zentrum stehen dabei drei Einzelschicksale jüdischer Frauen, die im Jahr 1938 in der Schweiz kamen und vor dem nationalsozialistischen Terror Schutz suchten. Mit einer engen Betrachtung der Quellen in Form von Personendossiers des Schweizerischen Bundesarchivs und des Archivs für Zeitgeschichte der ETH Zürich werden dabei drei weibliche Einzelschicksale rekonstruiert und dahingehend untersucht,

wie sich die exemplarisch herausgearbeiteten Merkmale der Schweizer Flüchtlingspolitik auf diese Biografien bemerkbar gemacht und ausgewirkt haben. Mittels „close-reading“ werden die Mikrodynamiken der Schweizer Flüchtlingspolitik mit Blick auf die drei betroffenen Frauen herausgearbeitet. Für die Untersuchung wurden dabei drei Frauen ausgewählt, deren sozio-ökonomische Eigenschaften sich unterscheiden. Damit soll ein möglich breites Spektrum weiblichen Exils in der Schweiz abgedeckt werden. So wurden die Einzelschicksale einer verheirateten, einer verwitweten und einer alleinstehenden Frau hinsichtlich der Schweizer Flüchtlingspolitik untersucht. Nebst der Rekonstruktion der Einzelschicksale soll dadurch das Bild der jüdischen Frau, die in die Schweiz floh, genauer skizziert werden. Aus den drei Einzelschicksalen lassen sich schliesslich generelle wie auch geschlechtsspezifische Tendenzen erkennen. Dabei wird etwa deutlich, dass die Handlungsspielräume der drei Frauen auch von ihrem Geschlecht abhingen. Weiter spielen damals geltende Geschlechterrollen im Rahmen patriarchaler Strukturen eine wichtige Rolle. Schliesslich zeigt sich, wie vielfältig sich die starren, allgemeingültigen Merkmale der Schweizer Flüchtlingspolitik wie etwa das Credo der raschen Weiterwanderung in ein Drittland, Eigeninteressen, die Ambivalenz, Willkür und Intransparenz auf die Leben der drei jüdischen Frauen während ihrer Zeit im Schweizer Exil ausgewirkt haben. Generell wird anhand der Geschichten der drei Frauen deutlich, welche tiefgreifenden Auswirkungen die von einem Staat verfolgte Flüchtlingspolitik auf einzelne Lebensläufe haben kann.



## „For Pleasure and Instruction“

Kew Gardens als öffentlicher Freizeitort, 1841 – 1885

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christof Dejung

Die Masterarbeit untersucht die *Royal Botanic Gardens*, Kew (London) als öffentlichen Raum im Zeitraum von 1841–1885. Kew Gardens hatten im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert als private *Pleasure Gardens* der englischen Königsfamilie und als wissenschaftliche Einrichtung unter der Leitung des Naturforschers Sir Joseph Banks gedient. 1841 wurde Kew als *National Botanical Gardens* mit angrenzenden *Pleasure Grounds* für eine breite Öffentlichkeit zugänglich. Die bisherige Erforschung von Kew Gardens hat sich weitestgehend mit der Vorstellung von Kew als Zentrum eines globalen und schliesslich imperialen Austauschnetzes botanischer und landwirtschaftlicher Wissensströme auseinandergesetzt. In diesem Zentrum wurde sowohl unter Banks als auch im hier relevanten Zeitraum unter Leitung der Naturalisten-Familie Hooker die Botanik als Disziplin vorangetrieben, die Welt durch globale Verbindungen erschlossen und koloniales Wissen generiert. Die Bedürfnisse der nicht wissenschaftlich orientierten Besucher:innen aus der Mittel- und Arbeiterklasse wurden dabei, wenn überhaupt, meist als Bedrohung der wissenschaftlichen Ansprüche der Institution gesehen. Nur Einzelteile der Gärten wie das *Museum of Economic Botany* oder das Palmenhaus wurden bisher tiefergehend auf die eigentliche Erfahrung untersucht, die ein öffentliches Publikum beim Besuch in den Gärten machte. Die Arbeit geht der Frage nach, welche öffentlichen Funktionen Kew für seine Freizeitbesuchenden erfüllte. Sie betrachtet die Gärten aus Sicht dieses Publikums als Ort, der als komplexer Erlebnisraum begriffen werden muss und gleichzeitig mehrere Funktionen erfüllte. Dabei wird Kew Gardens als Park, öffentliches Museum und Reiseerlebnis gefasst. Dies geschieht durch die Analyse verschiedener Quellentypen, wie die interne Korrespondenz mit der Regierung, Parlamentsdebatten und die Schilderung von Besuchen in Zeitungsartikeln, Stadt- und Reisführern und literarischen Texten. Dieser Ansatz zeigt, dass durch die Kombination aus monarchischem Erbe, wissenschaftlicher Forschung, globalen Vernet-

zungen und erholsamer Freizeitnutzung für die Besuchenden Kew nicht als Summe unvereinbarer Elemente angesehen wurde. Vielmehr wirkten die einzelnen Raumfunktionen vor dem Hintergrund öffentlicher Reformen, nationaler und imperialer Herrschaft, urbaner Entwicklung, sich verändernder Alltagsgeschichte und Tourismus in Form eines modernen Freizeitorts zusammen. Dies zeigt beispielhaft, dass sich das viktorianische Freizeitverhalten gerade durch dieses Zusammenspiel von Bildung, Erholung und Unterhaltung definierte. Kew kann als *Heterotopie* verstanden werden, die eine wichtige Funktion für die städtische Mittelklasse erfüllte. Kew spiegelte einen wachsenden Zugang zu Kultur, Mobilität und Wissen wider, der vor dem Hintergrund von Reform-Bewegungen und der wachsenden politischen Partizipation entstand. Gruppen, die oftmals nicht in gleichem Masse in diese Entwicklungen einbezogen waren, wie Angehörige der Arbeiterklasse und Frauen, nahmen ebenfalls an der sich in Kew ausbildenden Öffentlichkeit teil. Die Teilnahme an dieser Öffentlichkeit bedingte jedoch die Anpassung an einen gehobeneren Habitus. Dies umfasste nicht nur Verhaltens- und Kleidungsvorgaben. Die Gestaltung des Raumes wurden auch durch Vorstellungen von Rationalität und Gesundheit der Bevölkerung geprägt. Kew machte es in diesem Rahmen sowohl möglich als auch notwendig, dass sich Angehörige der Unterschicht einer Mittelklasse-Identität annäherten. Damit waren die Gärten zwar kein Einzelfall unter den viktorianischen Freizeitorten. Sie vereinten jedoch mehr als andere Räume viele unterschiedliche Anforderungen an die Freizeitgestaltung der Mittelklasse: Die Kombination aus Erholung und Bildung vermittelte Ideen von individueller Selbstverbesserung, ökonomischem Fortschritt, nationaler und imperialer Macht, politischem Spektakel und der Interaktion mit der natürlichen Umwelt. Die Besuchenden mit komplexen Erwartungen, Wahrnehmungen und Imaginationen trugen wiederum die Erfahrungen, die sie im städtischen Alltag gemacht hatten mit in den Raum von Kew Gardens. Dieser war also ge-

prägt durch die Erfahrungen der Besuchenden mit Industrialisierung und sozialen Hierarchien sowie

durch ein wachsendes Bedürfnis nach Freizeit.



Julia Theresia Stucki

## **Akteur:innen, die Menschlichkeit vor Gesetzlichkeit stellten?**

Eine Analyse der Strafverfolgung von Fluchthelfenden im St. Galler Rheintal 1938–1940

Masterarbeit bei Prof. Dr. Julia Richers

Nach der Machtübernahme Hitlers 1933 suchten zehntausende Menschen aus dem Deutschen Reich und den von den Nationalsozialisten besetzten Gebieten Schutz in der Schweiz. Besonders das Grenzgebiet im St. Galler Rheintal spielte nach dem Anschluss Österreichs 1938 eine Schlüsselrolle als Schauplatz der ersten grossen jüdischen Fluchtwelle aus Wien. Als Reaktion auf die steigenden Flüchtlingszahlen reagierten die Schweizer Behörden mit einer schrittweisen Verschärfung der Einreisebestimmungen. Für viele Flüchtende war der illegale Grenzübertritt die einzige Möglichkeit der nationalsozialistischen Regierung zu entkommen. In dieser Lage spielten die Fluchthelfenden eine zentrale Rolle. Ihre Ortskenntnis, ihre Netzwerke und ihr Mut waren für die Flüchtenden in dieser Zeit, in der die Schweizer Grenzen strenger bewacht und die Gesetze gegenüber jüdischen Flüchtenden zunehmend repressiver durchgesetzt wurden, unabdingbar. Mit der Schliessung der Grenzen am 18. August 1938 durch einen Erlass des Schweizer Bundesrates entstand ein Spannungsfeld zwischen Menschlichkeit und Gesetzlichkeit. Dieses Spannungsfeld prägte die Dynamiken der Fluchthilfe im St. Galler Rheintal in den Jahren 1938 bis 1940 nachhaltig.

Die vorliegende Masterarbeit untersucht die Fluchthilfe im St. Galler Rheintal zwischen 1938 und 1940, einer Zeit verschärfter Schweizer Asylpolitik und zunehmender nationalsozialistischer Verfolgung in den Nachbarregionen. Im Fokus steht die Strafverfolgung von Fluchthelfenden, ihren Netzwerken und Motiven sowie die Schicksale der von ihnen unterstützten Flüchtlinge. Dabei verbindet die Arbeit sozialgeschichtliche Ansätze mit einer Analyse juristischer Dokumente, um die Dynamiken der Fluchthilfe und ihre Repression zu beleuchten.

Während vereinzelte Fluchthelfende wie der St. Galler Polizeihauptkommandant Paul Grüninger für sein Engagement bereits viel Aufmerksamkeit erhalten hat, existieren weitere Fluchthelfende aus dem Kanton St. Gallen in seinem Schatten. Diesen bisher unbekanntem Fluchthelfenden, die ebenfalls Risiken und Gefahren auf sich nahmen und durch ihre Taten Grosses geleistet haben, wird in dieser Forschungsarbeit Aufmerksamkeit gewidmet.

Die Analyse stützt sich auf Strafsakten der kantonalen und kommunalen Behörden, ergänzt durch Zeitzeugenberichte und einschlägige Sekundärliteratur. Diese Quellen ermöglichen eine mikrohistorische Perspektive auf die Fluchthilfeprozesse und beleuchten zugleich die sozialen und juristischen Dynamiken. Methodisch kombiniert die Arbeit biografische Analyse mit Netzwerkanalyse, um individuelle Handlungsweisen und die Verknüpfungen innerhalb der Fluchthilfestrukturen nachzuvollziehen.

Die Forschung zeigt, dass die Fluchthilfe stark durch soziale Netzwerke geprägt war, die von familiären Verbindungen in den Grenzregionen bis zu transnationalen Kontakten reichten. Besonders Diepoldsau und die umliegenden Grenzorte stellten eine zentrale Drehscheibe dar, wobei auch städtische Zentren wie Zürich und St. Gallen wichtige organisatorische Funktionen übernahmen. Neben lokalen Akteur:innen wie Landjäger und Fahrern spielten Frauen eine bisher unterschätzte, aber essenzielle Rolle. Sie agierten häufig im Hintergrund als „stille Helferinnen“, indem sie Flüchtlinge mit Unterkunft, Nahrung und Kleidung versorgten.

Die geografische Nähe zur Grenze prägte die Dynamiken der Fluchthilfe massgeblich. Das Rheintal als geografische Grenzregion war eine Schnittstelle zwischen Menschlichkeit und Ge-

setzlichkeit. Historisch etablierte Netzwerke, die zuvor für Handel oder Schmuggel genutzt wurden, dienten als Infrastruktur für Fluchthilfe. Gleichzeitig boten juristische Grauzonen Handlungsspielräume, die von Fluchthelfer:innen genutzt wurden. Die Konfrontation der lokalen Bevölkerung mit der Notlage der Flüchtlinge erzeugte moralische Imperative, die oftmals im Konflikt mit den restriktiven Bestimmungen der Schweizer Asylpolitik standen.

Ein weiteres zentrales Ergebnis ist die Heterogenität der Motive der Fluchthelfer:innen. Während einige aus moralischen und humanitären Überzeugungen handelten, waren andere durch ökonomische Notlagen oder politische Solidarität motiviert. Der Fall betreffend Hermann Hutmacher, der trotz persönlicher Risiken einen jüdischen Flüchtling unterstützte, und der Einsatz jüdischer Netzwerke, die den Informationsaustausch und die Rettung weiterer Verfolgter ermöglichten, verdeutlichen die komplexen Beweggründe und die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure.

Die Analyse der Strafverfolgung zeigt eine

ambivalente Haltung der Schweizer Behörden. Einerseits kriminalisierten sie die Fluchthelfer:innen konsequent und belegten die Beteiligten mit Geldstrafen. Andererseits offenbaren Fälle wie die Auslieferung des politischen Flüchtlings Robert Hagen an die Gestapo die Nähe zur nationalsozialistischen Politik. Trotz der systematischen Verfolgung von Fluchthilfe blieben viele Helfende, wie Johann Spirig, der laut Zeitzeugenberichten zahlreiche Flüchtlinge über die Grenze brachte, im Zeitraum von 1938-1940 unerfasst.

Die vorliegende Arbeit verdeutlicht, dass Fluchthilfe im Rheintal nicht nur ein Akt der Menschlichkeit war, sondern auch durch individuelle Lebensumstände, lokale Gegebenheiten und rechtliche Grauzonen geprägt wurde. Indem die Arbeit die Ambivalenz zwischen humanitärem Engagement und restriktiver Asylpolitik herausarbeitet, trägt sie nicht nur zur Debatte um die Rolle der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs bei, sondern wirft ebenfalls ein Schlaglicht auf die bisher unbekannteren Fluchthelfenden des Kanton St. Gallens.



Sina Margrith Thöny

## **Im besten Interesse des Kindes?**

Machtverhältnisse bei den internationalen Adoptionen Alice Honeggers unter der Privaten Mütter- und Kinderfürsorge von 1953 bis 1964

Masterarbeit bei PD Dr. Francesca Falk

Der Name der Adoptionsvermittlerin Alice Honegger ist vor allem im Zusammenhang mit den Adoptionsskandal um die Kinder aus Sri Lanka bekannt. Jedoch bildeten die Sri Lanka-Adoptionen nicht die ersten internationalen Adoptionen, die Alice Honegger organisierte. Weitaus weniger bekannt und erforscht sind ihre Vermittlungstätigkeiten bei der von ihr 1953 gegründeten Fürsorgestelle *Private Mütter- und Kinderfürsorge*. In einem kleinen Team vermittelte sie bis zu ihrer Entlassung im Jahr 1964 Kinder in der Schweiz aber auch ins Ausland.

Ein Grossteil dieser Adoptivkinder vermittelte Alice Honegger an US-amerikanische Paare, die wegen der geringen Zahl an verfügbaren Kindern in den USA im Ausland nach Adoptivkindern

suchten. Bei den vermittelten Kindern handelt es sich fast ausschliesslich um ausländische Kinder lediger Mütter, die aufgrund der strikten Einbürgerungsgesetze nur schwierig in der Schweiz platziert werden konnten. In diesen internationalen Adoptionen waren verschiedene Akteur:innen involviert, die den Vermittlungsprozess begleiteten. Dazu zählen neben den leiblichen Eltern der Kinder auch die Vormundschaftsbehörden sowie die Adoptierenden und die US-amerikanischen Behörden. Um sich auf internationaler Ebene platzieren und behaupten zu können, nutzte die *Private Mütter- und Kinderfürsorge* die zeitgenössischen Diskurse, Gesetzgebung und staatlichen Strukturen strategisch und erarbeitete sich so verschiedene Handlungsspielräume. Basierend auf der in den

Adoptionsdossiers überlieferten Korrespondenz wurden die Handlungsstrategien der *Privaten Mütter- und Kinderfürsorge* innerhalb des Netzwerkes der internationalen Adoptionen erarbeitet.

Auf nationaler Ebene profitierte die Fürsorgestelle vor allem von der schwachen Position der ledigen Mütter. Die ausländischen Mütter waren „Gastarbeiterinnen“ mit einem begrenzten Aufenthalt in der Schweiz. Die Erziehung des Kindes war für sie finanziell und auch wegen des Verbotes des Familiennachzuges schwierig. Ausserdem bewegte die gesellschaftliche Stigmatisierung der ledigen Mütter und der Druck aus ihrem Umfeld die Mütter zur Adoptionsfreigabe der Kinder. Die Fürsorgestelle nutzte die Zwangsposition der Mütter. Kurz nach der Geburt der Kinder forderten die Fürsorgerinnen bereits die Verzichtsscheine für die Kinder ein und platzierten die Kinder in Durchgangspflege. Diese sollte, laut der Narrative in den Jahresberichten, die Mutter entlasten und ihr Zeit bis zur endgültigen Entscheidung verschaffen, setzte aber wegen der steigenden Pflegekosten einen Preis an diese Bedenkzeit.

Da die Gesetzgebung für jede ledige Geburt die Einrichtung einer Vormundschaft vorsah, musste sich die Fürsorgestelle für jede Platzierung die Zustimmung der Vormundschaft einholen. Obwohl die Vormundschaften skeptisch gegenüber den internationalen Platzierungen eingestimmt waren, überzeugte Alice Honegger sie von der Auslandsplatzierung für die ausländischen Kinder. Die Beziehung zwischen der Fürsorgestelle und den Vormundschaften war meist kooperativ. Die Fürsorgerinnen übernahmen die Abklärungen und formten durch die gesendeten Berichte das Bild der Adoptierenden. Nur wenige Vormundschaften überprüften die Vorschläge der Fürsorgestelle. Dies führte zu einer Kumulation der zentralen Kompetenzen im Vermittlungsprozess von Abklärung und Vermittlung bei der Fürsorgestelle. Die Kontrolle der Vormundschaften fiel weg und die

Zustimmung blieb reine Formalität.

Im Zentrum der Vermittlungstätigkeiten stand aus Sicht von Alice Honegger die Zufriedenheit der Adoptierenden. Sie bemühte sich um die Etablierung eines persönlichen Netzwerkes, welches sie zu schnellen, oberflächlichen Abklärungen ohne die Involvierung von äusseren Stellen verwendete. Alice Honegger übernahm die Zuständigkeit für die Zusammenarbeit mit den US-amerikanischen Paaren und teilte ihnen die Kinder zu. Die Gesetzgebung in den meisten Bundesstaaten der USA sah eine Zusammenarbeit mit staatlich lizenzierten Behörden vor. Der *International Social Service* war dabei zuständig für die internationalen Adoptionen. Die stark regulierte und langwierige Vorgehensweise war im Konflikt mit den strengen Zeitplänen und der informellen Arbeitsweise der Fürsorgestelle. Dieser Konflikt mit dem ISS erschwerte die Platzierung in die USA, weshalb Alice Honegger verschiedene Wege fand, um den ISS zu umgehen. Dabei nahm sie spätere Komplikationen bei den Adoptionsprozessen der Kinder bewusst in Kauf.

Mit der Zentralisierung des Informationsflusses in einer Person, der geschickten Nutzung von Lücken in staatlichen Strukturen und der Verteidigung der Auslandsadoptionen führte Alice Honegger fast zehn Jahre erfolgreich Platzierungen ins Ausland durch. Die Kumulierung von Entscheidungskompetenzen ermöglichte eine schnelle Platzierung. Durch den Fokus auf die Zufriedenheit der Adoptierenden und die schnelle Ausreise der Kinder litt die Qualität der Abklärungen, die auch durch äussere und interne Kontrollinstanzen nicht ausreichend überwacht wurden. Obwohl immer das Wohl des Kindes als zentraler Aspekt der Vermittlungen genannt wurde, zeigt die Fahrlässigkeit der Praktiken zu Gunsten von schnellen Platzierungen, dass das Wohl des Kindes nie im Zentrum stand.



## Wertvolle Kälte

### Der kommerzielle Eisabbau an den Grindelwaldgletschern und in Strättligen am Thunersee

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Im Zentrum der Arbeit steht der kommerzielle Eisabbau am Oberen und Unteren Grindelwaldgletscher sowie in Strättligen am Thunersee. Dabei werden in einer vergleichenden Analyse die beiden Eisgewerbe in Bezug auf den Eisabbau, den Eishandel und den Niedergang des Gewerbes untersucht und die beteiligten Akteur:innen herausgearbeitet. Als Grundlage für die Analyse dienen vor allem Zeitungsartikel, die über das Eisgewerbe im Berner Oberland berichteten.

Die Eisgewinnung erfolgte sowohl in Grindelwald als auch in Strättligen durch lokale Unternehmen, wobei am Thunersee die Burgergemeinde Strättligen den Eisabbau bei ihren Eisweihern regulierte. In Grindelwald waren hingegen vor allem staatliche Institutionen für die Organisation des Gewerbes verantwortlich. Eine Besonderheit des Eisgewerbes im Bergdorf war, dass sich Kooperationen von lokalen Hotelbetrieben mit externen Firmen entwickelten. Allerdings stellte der Eisabbau an beiden Standorten einen bedeutenden Nebenerwerb dar. Die Ausrüstung und Technik, welche die Arbeiter verwendeten, wurden auf die jeweiligen Abbaugebiete spezialisiert. So konnte bei den Eisweihern ein horizontaler Abbau vorgenommen werden, während bei den Grindelwaldgletschern die Vertikalität verschiedene Herausforderungen mit sich brachte, sodass sich im Vergleich zu Strättligen beim Grindelwalder Eisabbau mehr Unfälle ereigneten.

Der vertikale Eisabbau führte in Grindelwald ausserdem dazu, dass für die Beförderung des Eises verschiedene Transportmittel entwickelt wurden. Während in Strättligen das Eis vor allem mit Fuhrwerken in die Stadt Thun gebracht wurde, verwendeten die Arbeiter bei den Grindelwaldgletschern mehrere Drahtseilkonstruktionen und eine Rollbahn, um das Eis schneller ins Dorf und zur Bahnstation zu transportieren. Dabei hatten auch die Bewegungen der Gletscher Auswirkungen auf die Entwicklung neuer Transportmittel. Für das Bergdorf war zudem der Anschluss an das Eisenbahnnetz wichtig, da das Grindelwalder

Eisgewerbe neben einem lokalen Handel stark exportorientiert war. Auch die Eröffnung der Trajektschiffahrt auf dem Thunersee ermöglichte den einfacheren Export von Gletschereis, da die Eisblöcke nicht mehr umständlich umgeladen werden mussten. Der Tourismus war ein Faktor, der den Ausbau der Infrastruktur in Grindelwald und somit indirekt auch das Eisgewerbe förderte. Allerdings war auch der Gletschereisexport für Grindelwald vorteilhaft, da so Werbung für das Bergdorf als Reisedestination gemacht werden konnte.

Das exportorientierte Eisgewerbe in Grindelwald steht dem lokalen Eishandel in Strättligen gegenüber. Dort wurde das Eis vor allem an Unternehmen in der Stadt Thun geliefert, die viel Eis zu Kühlzwecken benötigten. So waren neben Brauereien auch Hotels oder Krankenhäuser auf das Naturprodukt angewiesen, weshalb sie teilweise eigene Eiskeller und -lager besaßen. Da in der Region Thun die Nachfrage nach Eis in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts stark anstieg, reichten oft die Eisbestände aus den Eisweihern nicht, weshalb aus anderen Regionen Eis dazugekauft werden musste. In diesem Kontext zeigt die Arbeit, dass trotz der Nähe der beiden untersuchten Eisgewerbe keine gemeinsamen Handelsbeziehungen entstanden, da das Grindelwalder Gletschereis im Vergleich zu anderen Eisimporten zu teuer war. Ausserdem wird dadurch deutlich, dass sich das Grindelwalder Eisgewerbe im Vergleich zu Strättligen mit mehr Konkurrenz konfrontiert sah, da überregional Handel betrieben wurde.

Der steigende Bedarf an Eis war ein Grund, weshalb in Strättligen bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts Kunsteis in der Stadt Thun produziert wurde. Trotzdem blieben die Eisweihern vorerst noch bestehen, da sie sowohl im Winter als auch im Sommer für Freizeitaktivitäten als sozialer Treffpunkt dienten. In Grindelwald hingegen war der Niedergang des Gewerbes vor allem durch den Rückzug der Gletscher in nur schwer zugängliche Gebiete geprägt.



## Geistliche Mobilität im Bistum Basel

Der niedere Klerus in den Dekanaten Sisgau und Frickgau von 1460 bis 1490

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Hesse

Die mittelalterliche Geistlichkeit bestritt ihren Lebensunterhalt aus der ihnen zugewiesenen Pfründe als ein mit dem Kirchenamt verbundenes Recht, die daraus fliessenden Einkünfte als ständiges Einkommen zu beziehen. Der *Weg zur Pfründe* wurde meist zwischen den beiden grossen Polen der päpstlichen Provision sowie der ordentlichen Kollatur durch eine weltliche oder geistliche Institution beschritten. Verschiedene Studien haben gezeigt, dass nur ein kleiner Teil des niederen Klerus den Weg über die römische Kurie einschlug. Die Mehrheit dieser als Soldpriester angestellten Geistlichen, welche aufgrund ihrer prekären Arbeitssituation von der bisherigen Forschung als *klerikales Proletariat* bezeichnet wurden, bediente sich der Möglichkeiten der lokalen Pfründenvergabe, um auf ein Benefizium zu gelangen.

Die Forschung zum spätmittelalterlichen Niederkirchenwesen im Bistum Basel ist fragmentarisch, da Studien zu den sozialen Verhältnissen und Karrieren der lokalen Geistlichkeit weitgehend fehlen. Dieser Umstand ist insofern erstaunlich, als ab der Mitte des 15. Jahrhunderts ausführliche Registerserien des bischöflichen Officialats existieren, die heute im *Archive de l'ancien Evêché de Bâle* (AAEB) in Pruntrut gelagert werden. Als quantitativ belastbare serielle Quellen stellen sie eine *wahre Fundgrube* dar, um durch den methodischen Zugriff einer umfassenden Prosopographie die sozialhistorische Dimension der Geistlichkeit im Bistum Basel zu erforschen. Ziel der Arbeit ist es – gestützt durch die *Registra commissionum* (AAEB, A 85/40) in welcher alle kommissarischen Kleriker aufgelistet sind, deren Anstellung auf ein Jahr begrenzt war – die berufliche Laufbahn und das Mobilitätsverhalten des niederen Klerus in der Diözese Basel zu untersuchen. Mit der exemplarischen Eingrenzung auf die Dekanate Sisgau und Frickgau im Zeitraum von 1460 bis 1490 liegt dafür ein klar definiertes Einzugsgebiet vor. Dank der Quellendichte durch die im Jahr 1460 gegründeten benachbarten Universitäten Basel und Freiburg im Breisgau in Form von Matrikellisten können zusätzliche Informationen zur geographi-

schen Herkunft, der Bildungssituation und somit für eine allgemeine Personenrecherche der lokalen Geistlichkeit gewonnen werden.

Im Hauptteil der Arbeit wurden ausgehend von einem institutionellen Ansatz die Pfründenwerte sowie die Anstellungsmuster und -frequenzen der verschiedenen Pfarreien in den beiden Dekanaten analysiert. Ergänzend dazu wurden durch einen personengeschichtlichen Zugriff die einzelnen klerikalen Exponenten nach dem Rechtscharakter ihrer Pfründen in verschiedene Personengruppen gegliedert, ihre Karrieren nachgezeichnet und verglichen. Die Aufarbeitung der Register hat ergeben, dass ein *struktureller Absentismus*, der eine längere Absenz des Amtsinhabers voraussetzt, in einzelnen Pfarreien deutlich nachvollzogen werden kann. Vakante Benefizien absenter Titularpriester wurden in diesen Fällen meist unmittelbar durch Hilfsgeistliche wie stellvertretende Vikare oder Plebane aufgefangen. Diese kommissarischen Kleriker waren vertraglich gebundene Zeitarbeiter, welche die Kontinuität der Seelsorge garantierten.

Von insgesamt 508 ermittelten Geistlichen stellten die so tätigen 334 kommissarischen Vikare die grösste Personengruppe dar. Die zweitgrösste Kategorie der Altarspfründen zeichnete sich durch eine gewisse Stabilität ihrer Benefiziaten aus. Die erhöhte Mobilität auf den Altarbenefizien scheint sich mit 140 befristeten Anstellungen jedoch nur begrenzt auf die Gesamtzahl der Geistlichen ausgewirkt zu haben. Im Gegensatz dazu nahm die Anstellungsrate bei den Plebanen mit 43 versehenen Benefizien stark ab und erreichte mit nur 18 verzeichneten Frühmesspfründen den Status einer Randgruppe. Als zentrale Befunde der Arbeit konnte herausgearbeitet werden, dass bei der Vakanz eines Benefiziums ein *gut eingespielter Automatismus* existierte und meist unmittelbar ein kommissarischer Ersatz eingestellt wurde. Die räumliche Mobilität dieser kommissarischen Kleriker war jedoch eher begrenzt, da sich der Grossteil der Geistlichen meist nicht mehr als 20 Kilometer von ihrem Herkunfts- oder Wirkungsort

entfernte. Dabei scheinen persönliche Netzwerke entscheidend gewesen zu sein, um auf ein Vikariat oder eine begehrte *Dauerpfünde* zu gelangen und dadurch ein längerfristig gesichertes Einkommen zu erhalten. Wenngleich einige Geistliche von diesen sozialen Aufstiegschancen profitieren konnten, musste sich der Grossteil der befristeten Kle-

riker alljährlich um Neuanstellungen oder Pfründenwechsel bemühen. Trotz dieser teilweise stark divergierenden Anstellungsmuster konnten in der Arbeit verschiedene konkrete Mobilitätsfaktoren herausgearbeitet werden, die das von der älteren Forschung monierte Konzept des *Klerikerproletariats* in einem neuen Licht darstellen.



Mirjam Wiedemar

### „Wieder ein Kind gerettet“

Diskursive Muster zur Verschleierung von kommerziellen Marktlogiken in den Adoptionsdossiers von Alice Honegger

Masterarbeit bei PD Dr. Francesca Falk

In den letzten Jahren sind transnationale Adoptionen zum Gegenstand öffentlichen Interessens geworden. Auslöser dafür war die Ausstrahlung eines niederländischen Dokumentarfilms zu Adoptionen aus Sri Lanka in den 80er Jahren. Die Sendung berichtete von manipulierten Dokumenten, dem Raub von Neugeborenen aus Spitälern, erzwungenen Kindswegnahmen und sogenannten „baby farms“.

Auch Schweizer Ehepaare hatten im betroffenen Zeitraum über 700 Kinder aus Sri Lanka adoptiert. Die meisten davon gelangten über Alice Honegger in die Schweiz, die in Bolligen SG eine Adoptionsvermittlungsstelle geführt hatte. Trotz anhaltender Kritik und wiederholter Verstösse gegen gesetzliche Auflagen erhielt sie immer wieder die Bewilligung für ihre Tätigkeit. In ihren Adoptionsunterlagen haben sowohl Forschende wie auch Betroffene zahlreiche Unstimmigkeiten und Hinweise auf gesetzeswidrige Vorgehensweisen gefunden.

Die Adoptionsdossiers aus Alice Honeggers Privatarchiv gelangten erst 2020 ins Staatsarchiv St. Gallen. Bisher wurden erst die Dossiers aus dem Kanton St. Gallen systematisch ausgewertet. Die vorliegende Arbeit analysierte sowohl eine grössere Stichprobe wie auch eine kleinere qualitative Auswahl aus dem Bestand. Die Stichprobe wurde quantitativ auf das Vorhandensein kommerzieller Marktmechanismen untersucht. Den Ergebnissen wurde die qualitative Feinanalyse gegenübergestellt. Ziel war es, diskursive Muster zur

Verschleierung von kommerziellen Marktlogiken in Alice Honeggers Adoptionsdossiers auszumachen. Methodisch orientierte sich die Arbeit an der kritischen Diskursanalyse nach Siegfried Jäger.

Die qualitative Analyse der Dossiers konnte aufzeigen, dass kommerzielle Marktlogiken wie Angebot und Nachfrage in den untersuchten Adoptionen eine zentrale Rolle spielten. Die Nachfrage ging dabei von kinderlosen Schweizer Adoptiveltern aus. Viele Adoptiveltern äusserten spezifische Wünsche zum Alter oder zum Geschlecht ihres künftigen Kindes. Auch Zwillings- und Geschwisterwünsche waren häufig. In Einzelfällen wurden zusätzliche Wünsche angebracht, z.B. nach einem noch nicht gezeugten, leiblichen Geschwister eines bereits adoptierten Kindes. Das Herkunftsland der Kinder hingegen wurde eher von Kosten, Wartefristen und Regulierungen bestimmt. Bisweilen gibt es Hinweise auf fragwürdige oder gesetzeswidrige Praktiken, die den Adoptiveltern möglichst schnelle, unbürokratische Adoptionen ermöglichen sollten. Die Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass eher Kinder für Eltern gesucht wurden als Eltern für Kinder: Die meisten Eltern haben ein wunschgemäßes Kind erhalten.

Die Ergebnisse der qualitativen Analyse ergaben, dass diese kommerziellen Marktlogiken von Narrativen überlagert wurden, die Adoptionen als „Rettung“ darstellten: Alice Honeggers Vermittlungsstelle wurde als seriöse und professionelle Hilfsorganisation dargestellt, die Vermittlerin selbst als aufopfernde Wohltäterin. Das Leben der

Kinder vor der Adoption wurde abgewertet: Der Diskurs drehte sich um Armut, gesundheitliche Mängel, Hunger oder gar um den kurz bevorstehenden Tod der Kinder. Die Erfahrungen der leiblichen Eltern fanden nur in Form von Beschreibungen durch Dritte Eingang in den Diskurs und wurden auf zwei widersprüchliche Narrative reduziert: Auf die Adoption als Folge einer „zwingenden Not“ oder als „freie Entscheidung“ der leiblichen Mütter. Das neue Zuhause in der Schweiz dagegen wurde von den Akteur:innen überaus positiv dargestellt: Die ausgemachten diskursiven Muster drehten sich um die grosszügigen Häuser, die finanzielle Sicherheit und die emotionale Geborgenheit, die die Adoptiveltern den Kindern bieten können. Die Beschreibungen waren stark durchzogen von traditionellen, geschlechtsspezifischen Rollen- und Familienbildern. Die Schilderungen zum Leben der Kinder nach der Adoption fokussierten auf die hervorragende gesundheitliche Ent-

wicklung der Kinder, auf ihre Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung oder auf ihre sofortige Integration. Negative Adoptionserfahrungen wie z. B. Rassismus wurden kaum thematisiert. Allgemein konnte festgestellt werden, dass der Diskurs von Akteur:innen aus dem globalen Norden bestimmt wurde. Die Stimmen der Herkunftsfamilien fanden darin kein Gehör.

Die beschriebenen Narrative rund um Adoption hatten nicht nur Folgen für die gesellschaftliche Wahrnehmung der Adoption in der Schweiz. Sie manifestierten ein kolonial geprägtes Bild von „rückständigen“ Gesellschaften im globalen Süden; sie legitimierten zweifelhafte Adoptionspraktiken; Sie begünstigten die Nachlässigkeit der Behörden. Darüber hinaus beeinträchtigten sie mitunter die Verbindung der Kinder zu ihrer Herkunftskultur und erschwerten eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Adoption.





